

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 12. Dezember 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Beamte und Reichstagswahl.

Während der Reichstagswahlkampagne werden sich natürlich wieder die bürgerlichen Parteien alle Mühe geben, ihr gutes Herz für die Beamten, namentlich die unteren und mittleren Beamten, in das beste Licht zu setzen. Sie werden wiederum die schönsten Versprechungen geben, was sie, wenn sie erst einmal gewählt sind, alles für die Beamten tun werden. Ihr Eifer ist begreiflich, da es sich um die Stimmen von vielen Hunderttausenden von Beamten handelt. Und das Liebeswerben um diese Beamtenstimmen erscheint unseren bürgerlichen Kandidaten umso gebotener, als ja innerhalb der Kreise namentlich der unteren Beamten größte Erbitterung herrscht über die ganz unzulängliche Gehaltsausbesserung, die ihnen sowohl in Preußen als auch im Reich durch das Parlament beschert worden ist. Seit Jahren haben ja zahlreiche Riesenbeamtenversammlungen stattgefunden, in denen die Beamten ihrem Unwillen in der unerblicklichsten Weise Luft gemacht haben. Es gilt deshalb, diesen unzufriedenen Elementen nach Kräften blauen Dunst vorzumachen, um sie wiederum für die bürgerlichen Parteien einzufangen.

Ihr Bemühen ist freilich ein sehr schweres, da die Beamten diesmal wohl so vernünftig sein werden, sich nicht wieder durch schöne Redensarten und Versprechungen einfeisen zu lassen. Die Beamten brauchen ja nur die Taten der bürgerlichen Parteien zu betrachten, um zu wissen, wo ihre Freunde sitzen. Daß sie nicht im Lager der bürgerlichen Parteien sitzen, daß weder Konservern, Ultramontane, Antisemiten, noch auch Nationalliberale oder Freisinnige ihre Interessen vertreten haben, dafür liefert ja die Geschichte der im Jahre 1909 vorgenommenen Beamtenbesoldungsreform sowohl in Preußen als auch im Reich den allerbündigsten Beweis. Die Geschichte dieser Reform beweist vielmehr, daß nur eine einzige Partei sich entschieden und konsequent ihrer Interessen angenommen hat: die sozialdemokratische Partei! Lassen wir die Tatsachen sprechen.

Die Beamtenbesoldungsreform wurde zuerst im preussischen Abgeordnetenhaus in Angriff genommen. Die Regelung der preussischen Beamtengehälter war nicht nur für die im preussischen Staatsdienst stehenden Beamten von der größten Bedeutung, sondern auch für die Reichsbeamten, da es ja ohne weiteres einleuchtete, daß die preussische Besoldungsreform Vorbildlich sein würde auch für die Regelung der Gehälter der Reichsbeamten. Kein denkender Mensch konnte darüber im Zweifel sein, daß die entsprechenden Kategorien der Reichsbeamten keine höhere Besoldung erhalten würden, als die in Frage kommenden preussischen Beamten.

Als die preussische Besoldungsordnung dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde, war es der Vertreter der Sozialdemokratie, der bereits in der ersten Beratung in der eindringlichsten Weise die von der Regierung vorgeschlagenen Gehaltsätze untersuchte und die schärfste Kritik an der Unzulänglichkeit der für die unteren und mittleren Beamten vorgeschlagenen Gehälter übte. Er forderte, daß das Mindestgehalt nicht unter 1200 M. betragen dürfe. Er wies darauf hin, daß doch auch den preussischen Ministern eine 36proz. Teuerungszulage in Gestalt einer Repräsentationszulage von 14 000 M. gewährt worden sei, und daß deshalb vor allen Dingen auch die Gehälter der unteren Beamten ganz entschieden aufgebessert werden müßten. Die erforderliche Summe müsse aufgebracht werden, und sie könnte aufgebracht werden, da ja leicht die höheren Einkommen und Vermögen schärfer zur Einkommens- und Ergänzungsteuer herangezogen werden könnten. Mit demselben Nachdruck wie hier der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion sich der Interessen der Beamten annahm, ging die Sozialdemokratie auch in der Kommission vor. Trotzdem fand sich die Mehrheit der Kommission nur zu geringfügigen Zugeständnissen bereit, obgleich selbst nach den Berechnungen von Richard Calwer seit dem Jahre 1900 eine Verteuerung der Lebensverhältnisse um mindestens 20 Prozent eingetreten war, und obgleich die im Jahre 1909 festgesetzten Gehälter voranschreitend für mindestens ein Jahrzehnt in Geltung bleiben sollten. Aber alle Kritik der sozialdemokratischen Vertreter blieb resultatlos. Sämtliche bürgerlichen Parteien, der Freisinn mit eingeschlossen, einigten sich auf die Beschlüsse der Kommission. Alle diese bürgerlichen Abgeordneten erklärten, daß man ja gerne den Unterbeamten eine höhere Gehaltszulage gewährt hätte, daß jedoch nicht die nötigen Mittel vorhanden seien, um den Wünschen der Unterbeamten zu willfahren.

Diese Ausrede war ebenso wohlfeil wie fadenscheinig. Denn selbst wenn man keine höheren Steuern für die großen Einkommen und Vermögen hätte einführen wollen, so hätte innerhalb der Beamtenbesoldung genug gespart werden können, was für die notleidenden Beamtenklassen hätte verwendet werden können. So hätte man einfach die völlig unnütze Ausgabe für die sieben Legationssekretäre, die beim päpstlichen Stuhl, in München, Dresden, Karlsruhe, Hamburg, Stuttgart und Oldenburg beschaulich ihre Einkünfte verzehren, streichen können. Der Legationssekretär für Oldenburg erhält 24 000 M., die in Dresden, Karlsruhe, Hamburg und Stuttgart je 20 000 M., der in München 46 200 M. und der beim päpstlichen Stuhl einschließend des Nietszuschusses gar 75 000 M. Hätte man diese absolut überflüssigen Stellen einfach aufgehoben, so wären mehrere hundert-

tausend Mark erspart worden; desgleichen hätte man nur die Gehaltserhöhung für die Geistlichen abzulehnen brauchen, um mit einem Schlage 13 1/2 Millionen Mark jährlich zu ersparen. Diese Summe hätte allein ausgereicht, um 135 000 Unterbeamten ihr Gehalt jährlich um weitere 100 Mark aufzubessern!

Die Einkommen der Geistlichen jedoch, die im Durchschnitt zwischen 3000 und 6000 M. betragen, erhöhte man ohne weiteres um 1000 M. pro Kopf und Jahr, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß die schwer arbeitenden Unterbeamten eine erheblichere Gehaltszulage viel eher verdient hätten. Dabei man nicht einmal der Forderung der Sozialdemokraten Rechnung trug, nun wenigstens auch für die Geistlichen ein Höchstgehalt festzusetzen, wie es für jeden anderen Beamten besteht. Die üppigen Pfünden, die viele Hunderte von Geistlichen weit über das Durchschnittsgehalt hinaus zu verzehren haben, wurden vielmehr nicht um einen einzigen Pfennig beschnitten!

Auch sonst war man ja keineswegs so ängstlich bei den Zulagen, sofern es sich um höhere Beamte handelte. So wurde beispielsweise das Endgehalt der wissenschaftlichen Lehrer von 5100 auf 7200 M. erhöht, also um 2100 M., den Oberlandesgerichtspräsidenten und den Ersten Staatsanwälten wurde über die Regierungsvorlage hinaus eine Zulage von 600 M. gegeben. Die Geistlichen bei den Straf-Anstalten, die bis dahin ein Gehalt von 2400 bis 4800 M. bezogen, erhielten künftig 3000 bis 6000 M. Sie wurden also im Endgehalte gleich um 1800 M. = 33 1/2 Proz. aufgebessert.

Vergebens war auch der Hinweis der Sozialdemokraten darauf, daß z. B. in Bayern die Unterbeamten besser besoldet werden als in Preußen, dem größten Bundesstaat, daß nämlich ein Schaffner dort in 21 Jahren 37 800 M. erhalte, in Preußen in derselben Zeit nur 27 150 M., also 10 650 M. weniger. Selbst unter Anrechnung des Wohnungs- und des Kleidungsgeldzuschusses sieht sich also ein Schaffner in Bayern immerhin noch jährlich um 200 M. besser, als ein solcher in Preußen. Ebenso ergibt eine gleiche Berechnung, daß die Weichensteller in Bayern 150 M. jährlich mehr erhalten.

Was es aber mit der Ausrede auf sich hat, daß die Mittel nicht aufzubringen seien — die sozialdemokratischen Forderungen hätten nicht mehr als 17 Mill. Mark Kosten mehr verursacht — geht schon daraus hervor, daß man sich auf bürgerlicher Seite wiederholt auf die Erhöhung der Ergänzungsteuer um 25 Proz. berief. Diese Ergänzungsteuer aber beträgt 50 Pf. für je 1000 M. Ihre Erhöhung um 25 Proz. macht 12 1/2 Pf. pro 1000 M. aus, für 10 000 M. 1,25, für 100 000 M. die Riesensumme von 12,50 M.! Im Reich, wo in erster Linie die Beschäftigten die Steuern aufbringen müssen, bewilligt man ohne viel Federleses Hunderte ja Laufende von Millionen für den Militarismus, in Preußen aber konnten die armen Reichen nicht lumpige 17 Millionen Mark mehr aufbringen!

So war denn durch das einmütige Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien eine Besoldungsreform geschaffen, die die berechtigten Forderungen der schlechtbezahlten Beamten in keiner Weise befriedigte. Und da Preußen derart mit dem bösen Beispiel vorangegangen war, blieb auch keine Hoffnung, daß es im Reich anders kommen würde. Die Gehaltsätze für die unteren und mittleren Beamten fielen denn auch im Reich genau so aus, wie in dem Staat mit dem elendesten aller Wahlsysteme.

Freilich, als der Schacher um die Reichsfinanzreform nicht zum Ziel zu führen schien, als es im Sommer 1909 den Anschein hatte, als ob der Reichstag der Auflösung verfallen würde, da bekamen es die bürgerlichen Abgeordneten mit der Wahlangst zu tun. Deshalb beschloß die Kommission des Reichstages, in den Sähen für die Unterbeamten und einzelne Kategorien der mittleren Beamten, wie die Postassistenten, über die Gehaltsätze in Preußen hinauszuweichen. Man erlebte das geradezu widerlich groteske Schauspiel, daß die Vertreter derselben Parteien, die in Preußen erklärt hatten, den Unterbeamten könnten unter keinen Umständen höhere Zulagen gewährt werden, und zwar gerade auch mit Rücksicht auf die bevorstehenden Gehaltsfestsetzungen im Reich, nunmehr in der Kommission für höhere Gehaltsätze stimmten! Als die Regierung erklärte, man könne doch nicht im Reich andere Gehälter beschließen, als sie in Preußen bereits angenommen worden seien, erklärten die bürgerlichen Heuchler, Konservern, Zentrumsleute und Liberale, einmütig, daß sie sich durch das Vorgehen in Preußen keineswegs gebunden fühlten. Es seien eben höhere Gehaltsätze für die Unterbeamten notwendig; sie müßten also bewilligt werden, das Reich müsse dann sehen, wie es die nötigen Gelder aufbringe. Ränder Beamte mag sich durch dies elende Gaukelspiel damals haben täuschen lassen, obgleich der „Vorwärts“ dieses Vorgehen sofort als dreiste Schmeichelei brandmarkte und den Umfall der braven bürgerlichen Abgeordneten voraus sagte. Und was der „Vorwärts“ prophezeit hatte, das traf dann auch wirklich ein! Kaum war die Gefahr der Reichstagsauflösung beseitigt, kam die Reichsfinanzreform angenommen, als auch die bürgerliche Mehrheit des Reichstages schleunigst umfiel und die Beamten um die ihnen versprochene höhere Zulage schmächtig prellte! Die Gehälter für die Reichsbeamten

wurden nur ebenso färglich bemessen, wie sie vorher im Dreiklassenparlament beschlossen worden waren.

Kein Wunder, daß die Beamten über solch unerhörte Vorehre erbittert waren. Kein Wunder, daß die Beamtenerschaft seitdem nicht mehr zur Ruhe gekommen ist. Sind es doch gerade die Beamten, die unter der Vertreibung aller Lebensmittel durch die indirekte Steuerausplünderungspolitik gleich den Arbeitern am schwersten zu leiden haben!

Die Beamten haben es am 12. Januar in der Hand, dafür zu sorgen, daß nicht wieder so zweifelhafte Beamtenfreunde in das Reichsparlament entsandt werden, wie bei den Gotten-tottewahlen. Sie brauchen sich nur an die nüchternen Tatsachen zu halten, um zu wissen, daß sie keinem bürgerlichen Abgeordneten, gleichviel welcher Partei, trauen dürfen, sondern einzig den Vertretern der Sozialdemokratie. Am 12. Januar können sie bei der geheimen Abstimmung durch ihre Stimmzettelnabe den bürgerlichen Heuchlern und Schwindlern die Quittung für ihr beamtenfeindliches Verhalten ausstellen!

Das haben die Beamten ja selbst oft genug gelobt. In einer Beamtenversammlung, die am 10. Juli 1909 in der Brauerei Friedrichshain stattfand, erklärte einer der Redner unter dem tosenden Beifall der Beamtenerschaft, daß die Unterbeamten nicht gewillt wären, vor den Beschlüssen der Parla-mentsmehrheit stillschweigend die Waffen zu strecken. Er schloß damals mit dem Gelöbniß: Bei Philipp! sehen wir uns wieder!

Der Tag der Abrechnung, das angekündigte Philipp, rückt nun heran. Am 12. Januar haben es die Beamten in der Hand, ihre wahre Meinung über die volks- und beamtenfeindlichen Taten der bürgerlichen Vertreter rücksichtslos zu bekunden. Die Einsichtigen unter ihnen werden trotz aller Einschüchterungs- und Ungarnungsversuche des Wortes gedenken: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Wehret selber!

Die Friedensadresse der englischen Arbeiterpartei an die deutsche Sozialdemokratie.

Wir haben bereits über die Solidaritätskundgebung der englischen Arbeiterpartei telegraphisch berichtet. Nunmehr liegt der Wortlaut der Adresse vor, die dem Genossen Vebel als Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion übermittelt worden ist.

Der Text der Adresse lautet:

London, Unterhaus, 7. Dezember 1911.

Die Mitglieder der Labour Party (Arbeiterpartei) übermitteln ihren Kameraden im Deutschen Reichstag brüderliche Grüße.

Das gegenwärtige unglückliche Verhältnis, die Entfremdung zwischen unseren zwei Ländern, ist nicht die Schuld des werttätigen Volkes dieser Länder, sondern politischer und wirtschaftlicher Interessen, welche denen des Volkes entgegengesetzt und die nur so lange mächtig sind, als sie im Dunkeln wirken können, wie jetzt.

Um so mehr ist es notwendig, daß diejenigen, welche diese Ueberzeugung des Volkes und das Gemeinwohl vertreten, in nicht mißzuverstehender Weise ihre internationale Solidarität und ihren guten Willen demonstrieren; und wir ersuchen Euch, den Volksklassen, die ihr in Deutschland vertreten, die Versicherungen der Freundschaft derjenigen zu übermitteln, die wir in Großbritannien repräsentieren und zu glauben, daß es der Wunsch unseres Landes ist — ebenso wie wir sicher sind, daß es der Wunsch Eurer ist — daß wir in Frieden und mit einander bleiben und daß alle unsere Differenzen, politische und wirtschaftliche, beigelegt werden sollen durch die vernünftigen Mittel schiedlicher Verhandlung und nicht durch die barbarischen Mittel des Krieges.

- | | | |
|-------------------|-----------------|------------------|
| Ramsay Mac Donald | J. Keir Hardie | Arthur Henderson |
| Vorsitzender | J. W. Goldstone | Philipp Snowden |
| George Lansbury | J. C. Sutton | J. A. Clynes |
| Charles Duncan | H. Jowett | Wm. Adamson |
| Albert Smith | Walter Hudson | W. J. Wilson |
| J. Pointer | John Hodge | G. Edwards |
| Th. Richardson | James Parker | Geo. J. Hardie |
| A. S. Hill | Stephen Walsh | W. Abraham |
| John Wadsworth | M. Geo. Hancock | Wm. Johnson |
| M. G. Harvie | Geo. R. Barnes | C. W. Bowdler |
| Albert Stanley | J. Hall | Jaf. Haslem |
| William Grace | Geo. S. Roberts | J. W. Taylor |
| Th. Os. Richards | Wm. Thorne | Alex. Wolfe |
| J. W. Thomas | | J. Williams |

Zur Reichstagswahl.

Der Reichstagswahlkampf in Thüringen.

Wenn es nach den bürgerlichen Parteien ginge, dann würden in den 12 Thüringer Wahlkreisen nur noch die bürgerlichen Kandidaten gewählt. Vorläufig liegen sich in den meisten Wahlkreisen allerdings die „vereinten“ Liberalen mit Konservern

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehörige Annoncenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereine- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zulässig 2 geteilte Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen des ersten Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

und Antisemiten noch in den Haaren. Die dem schwarzblauen Block geschworene Fehde der Liberalen hält bei der Wandlungsfähigkeit der Thüringer Liberalen allerdings höchstens bis zur Hauptwahl an. Das wissen Antisemiten und Konservative genau, deshalb schlagen sie auch rücksichtslos auf die Liberalen los. — Mit einer wahren Barmherzigen Fühnen schon jetzt die vereinten Liberalen ihre Erfolge in den einzelnen Wahlkreisen an, als ob sie die Mandate der Thüringer Wahlkreise schon in der Tasche hätten.

In Weimar-Apolda-Weimar hat Genosse Vaudert. Weimar bereits den Kampf mit den vereinten Liberalen und den Antisemiten und Konservativen aufgenommen. Der Fortschrittler Enders, dem in seinem bisherigen Wahlkreise Sonneberg-Saalfeld der Boden zu heiß wurde, hat sich hierher gestürzt, um wie sein antisemitischer Gegenkandidat Graef, mit dem Durchfall für ihre Wahlkandidaten zu büßen.

In Eisenach-Weimar hat Genosse Leber. Jena zwei neue Gegenkandidaten erhalten. Die vereinten Liberalen haben sich den zweiten Vorsitzenden des Leipziger Handlungsgehilfenverbandes, Marquardt, verschrieben, und die Konservativen haben den antisemitischen weimarschen Landtagsabgeordneten Kaiser, einen kleinen Landwirt, als ihren Mann auf den Schild erhoben. Marquardt will den Wartburgkreis von der „Schmach“ befreien, von einem Sozialdemokraten im Reichstage vertreten zu werden.

In Jena-Neustadt kandidiert wieder Genosse Leuter. Apolda. Auch dieser hat es mit drei neuen Gegenkandidaten zu tun. Der streitbare Professor und Theologe Thümmel vertritt den Lehmannschen Nationalliberalismus. Da dieser sich aber zu stark nach rechts entwickelt hat, haben die Fortschrittler sich hier eine Extrakandidatur in der Person des ganz „entschiedenen“ Fortschrittlers Vershofen geleistet. Aber auch die Agrarier haben sich für ihren freiwillig abgedankten Lehmann eine besondere Kandidatur in der Person des antisemitisch angehauchten Amtsrichters Schauer geleistet.

In Weimarschen-Weimarschen kämpft Genosse Knauer. Sonneberg gegen den Fortschrittler Müller-Weimarschen. Der Wund der Landwirte versucht es mit einem Antisemiten, dem Redakteur Schaefer aus Karlsdorf.

In Sonneberg-Saalfeld dürfte unzweifelhaft Genosse Reich. Haus. Es führt diesmal wieder gewählt werden; deshalb können sich auch die bürgerlichen Parteien den Luxus der drei Kandidaten leisten. Die Fortschrittliche Volkspartei hat einen Geheimen Justizrat, die Demokratische Vereinigung Dr. Dreißfeld und der Bund der Landwirte einen Gutbesitzer aufgestellt.

In Gotha hat Genosse Vol. Gotha sich mit zwei vom Reichsverband Hilfe verlangenden Kandidaten der Nationalliberalen, für die auch die „genannten“ Fortschrittler eintreten, sowie mit einem antisemitischen Amtsrichter, der für den Bund der Landwirte kandidiert, herumzuschlagen. Aussicht auf Erfolg haben seine Gegner nicht.

In Coburg kandidiert gegen den Genossen Zietsch. Charlottenburg ein Herr Quara, ein nationalliberaler Regierungsbeamter, der schon in der Reichswahl, die uns den Sieg brachte, als Bewerber um das Coburger Mandat auftrat; für ihn wollen sich auch die größeren Landwirte ins Zeug legen. Die Fortschrittler präsentieren einen Lehree Sander. Bei der Reichswahl schob die fortschrittliche Organisation diesen Sander beiseite, weil sie glaubte, mit dem Fabrikanten und Kammerpräsidenten Arnold in Neustadt mehr Erfolg zu haben. Jetzt ist Sander wieder gut genug für den sicheren Durchfall. Die Situation für die Sozialdemokratie ist nicht ungünstig; aber es muß alles aufgedoten werden, um den Kreis zu halten.

Seit unbrannt ist schon seit Wochen der Kampf in Altenburg, wo Genosse Käppler. Berlin den konservativen Kommerzienrat Schmidt aus dem Reichstage verdrängen will. Die vereinten Liberalen treten für den Fortschrittler Peipelmann ein. Aussicht auf Erfolg hat diese Kandidatur nicht; sie kann höchstens zu einer Stichwahl führen.

Der Schwarzburg-Rudolstädter Kreis wird gegenwärtig durch den nationalliberalen Kommerzienrat Müller vertreten. Er wurde 1907 von allen bürgerlichen Parteien gegen unseren Genossen Hofmann-Saalfeld gewählt, scheint aber kein rechtes Vertrauen zu einem abermaligen Sieg zu haben, und hat sich deshalb nicht wieder aufstellen lassen. Die bürgerlichen Parteien haben sich indessen wieder auf einen einzigen Kandidaten geeinigt. Der Kreis war früher schon in unserem Besitz und kann, wenn auch mit Anstrengung, wieder geholt werden.

In Schwarzburg-Sonderhausen arbeiten unsere Genossen schon seit Wochen rüchrig, um dem Genossen Kurt Rosenfeld. Berlin den Sieg erringen zu helfen. Die Nationalliberalen und Fortschrittler haben hier wieder den Landrat Dr. Barwinkel aufgestellt. Die Bündler sind mit dem antisemitischen Outbisher Reil auf dem Plan erschienen.

Obgleich in Neuh. L. alle bürgerlichen Parteien sich wieder auf den nationalliberalen Regierungsrat Horn geeinigt haben, werden sie an dem vorausgesetzlichen Siege unseres Genossen Wurm-Berlin nichts ändern können. Die unerhörten Belastungen haben die Bevölkerung in den industriellen Teilen des Wahlkreises aufgeweicht.

Wahrscheinlich liegen die Dinge in Neuh. L., wo Genosse F. F. F. Hamburg sich gegen die vereinten Liberalen und die anderen rechtsstehenden Parteien zu wehren hat.

Ein Stadtbürgerlicher Parteisekretäre und ein großes Aufgebot der Reichsverbände überschweben Thüringen mit der überbustenden Jauche bürgerlicher Verleumdungskünste. Der Wahlkampf, der jetzt schon äußerst heftig ist, dürfte unter diesen Umständen sicher an Schärfe noch zunehmen.

Der freisinnige Kampf gegen rechts.

Den meisten freisinnigen Blättern ist es durchaus nicht recht, daß das „Berliner Tageblatt“ den ausschließlichen Kampf des Freisinn gegen rechts fordert und eine Verhinderung der Sozialdemokratie mit der fortschrittlichen Volkspartei zum Zweck der gegenseitigen Unterstützung bei den Stichwahlen empfiehlt. Nachdem schon mehrmals die Wiemersche „Freisinnige Zeitung“ sich sehr groß gegen solche Wahlakt ausgesprochen hat, hat jetzt auch die „Dresdener Zeitung“ auf das „Berliner Tageblatt“ los:

„Der ausschließliche Kampf gegen rechts unter Schonung der Sozialdemokratie ist in dieser Woche bekanntlich wiederum von dem „Berliner Tageblatt“, und zwar in einer Reihe von Zuschriften und redaktionellen Bemerkungen, verurteilt worden. Die Fortschrittliche Volkspartei geht diesmal sogar so weit, daß die fortschrittliche Volkspartei in den Wahlkreisen, in denen ihr die Sozialdemokratie bisher überlegen war, einen Gegenkandidaten überhaupt nicht aufstellen soll. So müßten wir zum Beispiel hier in Breslau-Weist auf die Aufstellung einer eigenen Kandidatur verzichten! Gegen diese Auffassung hatten sich am vorigen Dienstag im hiesigen Fortschrittverein im Anschluß an ein Referat unseres Dr. Lehle, der diese Frage übrigens in seinem Vortrage nicht berührt hatte, eine Reihe von Disfunktionsrednern gewandt. Es wurde darauf hingewiesen, daß wir hier in Nieder-Schlesien, der Hochburg des entschiedenen Liberalismus, in allen Wahlkreisen in Gefahr stehen, von der Sozialdemokratie aus der Stichwahl verdrängt zu werden, und daß es daher

die denkbar verkehrteste Taktik wäre. Wenn man hier den Wahlkampf ausschließlich nach der rechten Seite richten wollte. Der Erfolg könnte dann sehr leicht der sein, daß in einer Anzahl von Wahlkreisen der Reaktionsär mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl käme, wobei dann die Wahl des Reaktionsär alle Wahrscheinlichkeit für sich hätte, da die schlesische Landbevölkerung nur zum geringen Teil dazu zu bewegen ist, auch in der Stichwahl ihre Stimme einem Sozialdemokraten zu geben. Bei dieser Lage der Dinge, über die in Schlesien eine Meinungsverschiedenheit in der Partei, soweit wir unterrichtet sind, überhaupt nicht besteht, kann die Haltung des „Berliner Tageblatts“ nur verwirrend und schließlich wirksam, und das war es, was in jener Stellung des Fortschrittvereins mit aller dankenswerten Arbeit zum Ausdruck gebracht wurde. Wenn das „Berliner Tageblatt“ es nicht wahr haben will, daß der Feind seiner Ausführungen darauf hinausläuft, daß wir in diesem Wahlkampf der Sozialdemokratie im weitesten Umfange das Feld ohne Schwertstreich räumen sollen, dann müßten wir nicht, wozu es seine Artikel überhaupt veröffentlicht hat.“

Die Wahrung des Wahlgeheimnisses.

Aus einem Wirtshausgespräch mehrerer Agrarier im Jankburger Kreise teilt die fortschrittliche „Ostf. Volksz.“ mit:

„Als das Gespräch auf die Geheimhaltung der Wahl gelangt und die Bekauptung aufgestellt wurde, daß es jetzt unmöglich sei, festzustellen, wie der einzelne Wähler gewählt hat, widersprach ein als konservativ bekannter Gutbesitzer, indem er erklärte, wie er es als Wahlvorsteher machen wird, um die Bestimmung der Geheimhaltung zu durchbrechen. Er führte etwa folgendes aus: Das Stimmrecht des Wählers des ersten Wählers, von dem ich vermute, daß er liberal wählt, kneife ich mit dem Nagel des Daumes in der linken untern Ecke ein, von dem zweiten vermute ich liberalen Wähler in der Mitte und von dem dritten in der rechten Ecke des Umschlages des Wahlzettels usw. — Wenn ich dann die Kurbel aus der Urne nehme und öffne, kann ich un schwer feststellen, wer von den Verdächtigen liberal gewählt hat. Der Betreffende kommt dann auf die Liste.“

Der Minister sollte eine Verordnung erlassen: Die Wahlvorsteher haben mit beschnittenen Daumnägeln zu erscheinen!

Centrum und Lothringer Block.

Das reichsländische Centrum trat kürzlich an den sogenannten Lothringer Block mit dem Ersuchen heran, bei den Reichstagswahlen gemeinsam vorzugehen. Das Centrum wollte sich mit dem Kreis Saargemünd-Forbach begnügen und die drei anderen Lothringer Kreise dem Block überlassen. Nachträglich stellte das Centrum indessen noch die Bedingung verschiedener Programmverpflichtungen, in denen die konfessionelle Schule eine besondere Rolle spielte. Daraus ging der Block nicht ein und beschloß, nunmehr in allen Kreisen selbständig vorzugehen.

Weiteres zur Freisinnigkeit.

Ein beunruhigender Streit ist im Wahlkreise Raumburg-Weichenfels. Seit unter den bürgerlichen Parteien und ihren Reichstagskandidaten ausgebrochen. Dort haben die Fortschrittler, dem Antrage des reichsverbändlerisch-nationalliberalen Herrn Dr. Blankenburg folgend, schon im Mai d. J. ein Stichwahlabkommen mit den Konservativen und den Nationalliberalen abgeschlossen. Die beiden bürgerlichen Kandidaten, die das Mandat zu erobern hoffen, der freisinnige Rektor Sommer, der den Kreis seit 1907, dank reichsverbändlerischer und agrarischer Hilfe, vertreten durfte, und der Landwirt Rodehn bekämpften sich im Wahlkampfe nicht gerade höflich. Gehässige, unwahrscheinliche Kampfbeweise werfen sie sich gegenseitig vor. Besonders der fortschrittliche Herr Sommer ist sehr erbittert über den agrarischen Nebenbuhler und zieht in Versammlungen gegen das „nimmerjähige Junkertum“ vom Leber. Da ist es denn schon mehrfach vorgekommen, daß Freisinnige ihren Kandidaten an das Stichwahlabkommen erinnerten, weil es ihnen nicht einleuchtet, daß derselbe Herr, der so mächtig gegen die Agrarier donnert, im Falle einer Stichwahl demselben Agrarierum seine Wähler zuführen will. Aber Herr Sommer wußte sich aus der Verlegenheit zu helfen. Er sagte, das Stichwahlabkommen sei ohne sein Wissen zustande gekommen. Da der Abgeordnete bei der Schließung des Abkommens um seine Meinung offenbar nicht befragt wurde und sich auch die freisinnigen Stimmen mehrten, die behaupteten, von dem Stichwahlabkommen nichts zu wissen, so sieht sich das agrarische Raumburger Kreisblatt genötigt, das schöne vom 2. Mai datierte Dokument von Freisinn Schande zu veröffentlichen. Es lautet:

Die unterzeichneten Vorstände der Konservativen, nationalliberalen und fortschrittlichen Volkspartei verpflichten sich zu unbedingter Unterstützung des in die Stichwahl kommenden bürgerlichen Kandidaten bei der Reichswahl.

Für die fortschrittliche Volkspartei: Sprenger.
Für die konservative Partei: Reinhardt.
Für die nationalliberale Partei: Opel.

Einige nicht gefragte freisinnige Größen sind erbittert, daß man ohne sie ein solches Stichwahlabkommen abschließen konnte und schänden Stein und Bein, daß die Fortschrittler unter diesen Umständen nicht einmal für Herrn Sommer eintreten würden.

Die Sozialdemokratie denkt, gutmütig wie sie ist, die Herren nicht auf die Probe zu stellen. Sie will dafür sorgen, daß es gar nicht zu einer Stichwahl kommt.

Neue Forderungen für das Landheer.

Der Land-, Luft- und Wasser-Militarismus ist unerlässlich. Die Kosten, die das deutsche Volk infolge des ewigen Rüstungsfebers schon zu tragen hat, sind noch nicht schwer genug. Die Forderungen zum Ausbau unserer Streitmacht gehen immer weiter trotz aller Ministerreden und aller Diplomatenverträge. So teilt jetzt das „Berliner Tageblatt“ nach einer „im allgemeinen sehr zuverlässigen Quelle“ mit, daß eine neue Gesetzesvorlage in Vorbereitung sei und im nächsten Jahre dem Reichstage vorgelegt werde. Ganz unglauwürdig klingt es aber, wenn dieselbe Korrespondenz behauptet, daß die Forderungen für die Flotte mit Rücksicht auf diese Gesetzesvorlage für einige Jahre zurückgestellt werden sollen. Daß diese Einschränkung nur ein sehr durchsichtiges Manöver ist, um auf die Wahlstimme einzuwirken, liegt klar auf der Hand. Die Sege unserer Flottenführer nach den letzten Auseinandersetzungen mit der englischen Regierung werden unserer Regierung sicher Anlaß geben, mit vermehrten Forderungen für die Marine hervorzutreten. Sie kann dabei der Zustimmung aller bürgerlichen Parteien bis auf den linken Flügel der Fortschrittler sicher sein. So hat dieser Tage der ehemalige Nationalsozialist Rohrbach in einem Artikel der „Silbe“ an Englandhege und Flottentreiber geradezu hervorrageendes geleistet.

Die deutsche Regierung wird sicher vor den neuen Reichstag mit Forderungen für das Landheer und für die Marine treten.

Das, was jetzt über die neue Gesetzesvorlage bekannt wird, klingt ganz plausibel. Denn die militärische Sach-

und die militärisch verfeuchte Tagespresse hat in der letzten Zeit die beabsichtigten Neuformationen usw. besprochen und dafür Stimmung gemacht. Es ist ja auch ein beliebter Kniff der Heeresleitung, bei jeder Militärvorlage „Lücken“ zu lassen, um mit deren Hilfe das nächste Mal neue Forderungen begründen und noch etwas mehr als die „Ausfüllung der Lücken“ verlangen zu können.

So hat man noch bei der letzten Festlegung des Quintenats 32 Infanterieregimenter ohne dritte Bataillone gelassen. Um diese „Lücke“ etwas auszufüllen, sollen im nächsten Jahre 18 neue Infanteriebataillone formiert werden. Es bleibt dann immer noch eine kleine „Lücke“, mit der man später wieder Forderungen begründen kann.

Eine weitere, sehr kostspielige Neuerung wird die Errichtung zwei neuer Generalcommandos und zwar in Allenstein und Mülhausen i. E. sein. Damit würde das deutsche Heer 25 Armeekorps mit 50 Divisionen zählen. Diese Neuformation würde aber auch die Errichtung von zwei neuen Divisionsstäben erfordern, also in beiden Fällen um Kommandoeinheiten, die ganz besonders teuer sind.

Man versichert zwar, daß die vorhandenen Infanterieregimenter für die Errichtung der zwei neuen Armeekorps ausreichen, läßt aber durchblicken, daß die Neuordnung wieder eine „Lücke“ für die Artillerie offenlasse. Da wir jetzt nur 94 Feldartillerieregimenter haben, für die Division aber deren zwei gerechnet werden, müßten früher oder später 6 neue Artillerieregimenter gebildet werden, um die 50 Divisionen mit Artillerie zu komplettieren.

Natürlich darf bei uns in Deutschland auch die Kavallerie nicht zu kurz kommen. Bei dieser Waffe soll die erforderliche Zahl an Kavalleriedivisionen bereitgestellt und mit reitender Artillerie und Maschinengewehren ausgerüstet werden. Also auch hier neue Divisionsstäbe, wobei die geplante Aufhebung der jetzt bestehenden vier Kavallerieinspektionen kaum ins Gewicht fällt.

Daß die Zahl der Maschinengewehrkompanien beträchtlich vermehrt werden soll, ist im „Vorwärts“ schon ausführlicher mitgeteilt worden.

Auch auf die Vermehrung des Trains ist im „Vorwärts“ hingewiesen worden. Außer dieser wird die neue Heeresvorlage aber noch die vollständige Neubildung von zwei Trainbataillonen für die zwei neu zu formierenden Armeekorps vorsehen.

Eine in der militärischen Presse viel erörterte Frage ist die Bildung von Nachfahrtruppen. Auch für diese sieht die neue Heeresvorlage dauernde Friedensorganisationen vor.

Der Entwicklung der modernen Kriegstechnik entsprechend werden dann auch für die Vermehrung der technischen und Befehlsstruppen erhebliche Forderungen gestellt. In dieses Gebiet fallen die erhöhten Aufwendungen für das militärische Flugwesen. Ferner spricht man davon, daß eine ganz neue Art von technischen Truppen gebildet werden soll.

Es sollen nämlich Scheinwerferabteilungen formiert werden, die in einem zukünftigen Kriege mit seinen Mienenherren und weit auseinandergezogenen Kampfstellungen das nächtliche Schlachtfeld beleuchten sollen.

Das ist in großen Zügen das, was nach der erwähnten Korrespondenz die neue Heeresvorlage bringen wird. Die Kosten all dieser Neuformationen werden auf 60 bis 70 Millionen Mark

berechnet. Daß dieser Rüstungswahnsinn, dessen Ende nicht abzusehen ist, neue Steuerforderungen zur Folge hat, braucht wohl kaum betont zu werden. Es ist allerdings nicht unmöglich, daß diese Angaben vor den Wahlen noch demontiert werden, nach den Wahlen werden die Forderungen aber sicher kommen, denn die militärische Rüstungsstreberei bewegt sich vollständig in den angegebenen Bahnen. Mag das deutsche Volk am 12. Januar dafür sorgen, daß dem vollaufausgehenden Betrüsten ein Riegel vorgehoben wird.

Der Krieg.

Da mit der Festlegung der Italiener in Ungarn und durch den Rückzug der Türken in das Innere die kriegerischen Aktionen wieder ins Stoden gekommen sind, liegen auch keine erwähnenswerten Nachrichten vom Kriegsschauplatz in Tripolis vor. In der Cyrenaika sind die Italiener offenbar noch nicht über die nächste Umgebung der von ihnen besetzten Küstenstädte herausgekommen. Daß man sich in Italien aber noch auf lange Kämpfe gefaßt macht, beweist die Meldung von der Umformung des Expeditionskorps in eine Kolonialarmee. Die dem italienischen Heere entnommenen und nach Tripolis entsandten Truppeneinheiten sollen damit wieder für die europäische Streitmacht disponibel werden.

Ausweisung der Italiener aus der Türkei?

Konstantinopel, 10. Dezember. Nach Blättermeldungen erhalten die Italiener in Gallipoli an den Dardanellen eine Frist von drei Tagen für ihre Abreise. Den Italienern in Smyrna, deren Zahl einschließlich der Frauen und Kinder ungefähr 8000 beträgt, wurde eine Frist bis zum 16. Dezember gesetzt. Das deutsche Konsulat ersuchte um Verlängerung der Frist.

Konstantinopel, 11. Dezember. Nach Blättermeldungen wird der Beschluß bezüglich des Aufenthalts der Italiener in der Türkei auch auf die besetzten Städte der Adria und auf den Inseln des Archipels Anwendung finden. Es handelte sich nicht um eine Ausweisung der Italiener, sondern um ihre Verschiebung in andere Landesteile.

Die Dardanellenfrage.

Mn, 11. Dezember. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Die Frage der Öffnung der Dardanellen für russische Kriegsschiffe wird hier nach dem Vorschlag des russischen Vizekonsuls erwogen. Dieser Vorschlag läuft im wesentlichen auf die Wiederherstellung des Vertrages von Huniars-Jokelski vom 8. Juli 1833 hinaus. — Die Haltung Österreichs-Ungarns in dieser Frage ist ablehnend, in dessen liegt noch keine amtliche Versicherung vor. (In dem Vertrag von Huniars-Jokelski ging die Pforte mit Rußland ein Defensivbündnis ein und verpflichtete sich, keinem fremden Kriegsschiff die Durchfahrt durch die Dardanellen zu gestatten.)

Der Vandalenkrieg in Mazedonien.

Genosse Parvus schreibt uns aus Konstantinopel: In Mazedonien stehen sich die Vandalen und die Regierung gegenüber. Die Bevölkerung ist der leidende Teil. Das Ganze spielt sich auf dem Rücken des Bauerntums ab. Die Bauern werden von den Vandalen gebrandschatzt und terrorisiert. In der Zwischenzeit von einem zum andern Bombenwurf besteht die Tätigkeit der mazedonischen Vandalen darin, daß sie den Bauern das Vieh abtreiben. Das ist es, was man von ihnen am häufigsten zu

hören bekommt. Sie nehmen auch anderes als Vieh; Verschmähen auch Geld nicht. Eine weitere Beschäftigung der Banden ist, Strafexpeditionen vorzunehmen, um die Bauern, die sich ihnen nicht willig genug zeigen, zur Kasse zu bringen. Eine weitere Spezialität der gegenwärtigen Bandenbewegung ist die Jagd nach Verrätern in ihrer eigenen Mitte. Auch hier sind Revolver und Messer sofort bei der Hand.

Die Bauern sind nicht mit den Banden. Das erklärt zum Teil auch die Gewaltmaßregeln, welche diese letzteren der friedlichen Bevölkerung gegenüber anwenden. Aber die Bauern sind auch nicht für die Regierung. Sie haben keinen Grund, regierungsfreundlich zu sein, da die Regierung nichts getan hat, um ihren Not abzuhelfen. Die Regierung hat die Gutsherren geschützt, die während der Jahre der Konstitution ihre Einnahmen verdoppelt und verdreifacht haben; die Lage der Bauern dagegen und ganz besonders der macedonischen Naturalspäcker hat sich verschlimmert. Aber während die Bandenführer mit nationalistischen Phrasen um sich werfen, die Regierung auf den großtürkischen Gedanken sich stützt, ein Groß-Bulgarien auf der einen Seite, die Integrität der Türkei auf der anderen Seite ins Feld geführt werden, bleibt die eigentliche Bauernfrage, die Agrarfrage, außerhalb der Diskussion: die einen haben sie vergessen, die anderen haben sie nie gekannt.

Die Regierung bekämpft die Banden durch Gendarmen. Die Bauern hassen beide. Sie suchen, sich beiseite zu halten. Werden sie aber gezwungen, so helfen sie den einen gegen die anderen, ohne Unterschied, wie es sich trifft. Es werden unter anderem eine ganze Anzahl „Wojwoden“, Bandenführer genannt, die von den Bauern getötet wurden: unter anderem der berühmte Apostol.

Es ist klar, daß die Banden leicht zu Handlangern einer Politik dieser oder jener Regierung werden können, die mit dem sozialen Interesse der Volksmassen oder selbst mit deren nationalem Interesse nichts gemein hat.

Soweit die Banden überhaupt noch einen politischen Gedanken vertreten, müssen sie, um ihn zu betätigen, eben weil ihnen die Unterstützung der Volksmassen fehlt, auf die abenteuerlichsten Wege sich begeben. Die Bombenmärkte haben den offenen, wiederholt kundgegebenen Zweck, eine Einmischung der Großmächte hervorzurufen. Das scheußlichste, was überhaupt ausgeübt werden konnte, war das längste Attentat in der Menschheit in Yschib. Man wollte eine größere Anzahl friedlicher mohammedanischer Einwohner treffen, was auch gelang. Man wollte die mohammedanische Bevölkerung in ihrem religiösen Gefühl verletzen — auch dieses Resultat stellte sich ein. Man erhoffte, daß der auf diese Weise gereizte Fanatismus der muslimanischen Masse in Verbindung mit dem Schrecken der Katastrophe und dem gewirkten Mordgefühl sie zu Ausschreitungen gegenüber der christlichen Bevölkerung verleiten werde, — und auch diese Folge blieb nicht aus.

Was weiter? Die Regierung will den Belagerungszustand über die Provinz verhängen. Wer darunter zu leiden haben wird, sind wieder die Bauernmassen.

Die Revolution in China.

Waffenstillstand und Verhandlungen.

London, 11. Dezember. „Times“ melden aus Peking: Wie zu erwarten war, ist der Waffenstillstand um 14 Tage verlängert worden und wird nunmehr erst am 24. Dezember ablaufen. Das Abkommen ist in Hankau abgeschlossen worden und erstreckt sich auf alle Provinzen bis auf drei, mit denen die telegraphische Verbindung unterbrochen ist. Es ist beschlossen worden, daß während des Waffenstillstandes die beiden Armeen keine Truppen und Munition verschieben dürfen.

Peking, 10. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Tangshaoqi ist nach Wutschang aufgebrochen, um dort, ausgerüstet mit den ihm von Juanshikai verliehenen Vollmachten, mit den Aufständischen zu verhandeln. Die Regierung glaubt, daß die Rebellen eine beschränkte Monarchie annehmen werden, ist aber auch bereit, einen Vergleich einzugehen. Die ausländischen Gesandtschaften neigen der Ansicht zu, daß das Ende des Aufstandes bevorstehe.

Finanzielle Nöte der Wandschuregierung.

London, 11. Dezember. „Daily Telegraph“ meldet aus Peking: Die finanzielle Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag. Seit vier Tagen bemüht sich der Finanzminister, eine Anleihe von drei Millionen Taels zu erlangen, deren die Regierung absolut bedarf, um die Regierungsmaschine im Gang zu halten. Bis jetzt waren aber alle Verhandlungen erfolglos.

Schanghai, 11. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Wutingsang (Mitglied der provisorischen revolutionären Regierung) hat gestern an die Vertreter der fremden Banken in Schanghai ein Rundschreiben gerichtet mit der Warnung, daß die vereinigten Provinzen Chinas die Verantwortung für eine mit Peking abgeschlossene auswärtige Anleihe nicht übernehmen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Dezember 1911.

Maurenbrecher als freisinniger Wahlagitator.

Am Sonntagabend fand im großen Saale der Frankfurter Börse eine stürmische Wählerversammlung statt. Das „freisinnige Kartell“ hatte sich den Epöth geleistet, den Ergossen Maurenbrecher in der Versammlung auftreten zu lassen. Maurenbrecher versicherte nur, dem Fortschritt des freien Gedankens dienen zu wollen, wütete seine Rede aber mit einer Anzahl bissiger Bemerkungen über die Sozialdemokratie, die von den freisinnigen Herren mit vergnügtem Schmunzeln quittiert wurden. (Auerdem sprachen noch zwei Freidenker als Referenten, die die bekannnten Forderungen der Freireligiösen vertraten.) Genosse Düntz hatte sich bereits während des Referats von Maurenbrecher zum Wort gemeldet, um gegen einzelne Äußerungen dieses Herrn zu polemisieren. Der Vorsitzende der „Freidenker“, dem offensichtlich nur darum zu tun war, eine Kundgebung für den freisinnigen Deser zu bringen, erklärte jedoch kategorisch: „Diskussion! Nichts davor!“ Die Versammlung ist geschlossen! Aus der Versammlung, in der unsere Genossen die Weisheit hatten, erschollen stürmische Proteste. Darauf drohten die „freien Geister“ mit der Polizei und drohten das Licht aus, bedrohten auch den Genossen Düntz mit einer Anklage wegen Hausfriedensbruchs. Trotzdem sprach Düntz in völliger Dunkelheit etwa eine Viertelstunde und schloß mit einem stürmisch aufgenommenen Doch auf die Sozialdemokratie.

Ein richtiges Konterfei.

Die „Magdeburger Zeitung“ leitartikel über die „die nicht wiederkehren“, das heißt über die bisherigen Reichstagsabgeordneten, die im Wahlkampf auf der Straße liegen bleiben

werden. Charakteristisch für sie um für die Nationalliberalen, die sie als großes nationalliberales Blatt genau kennt, ist ihre Schilderung der Motive, aus welchen so manche nationalliberalen Politiker nach einem Reichstagsmandat verlangen. Die „Magdeb. Ztg.“ schreibt nämlich:

Manche gehen, weil sie, wie der greise Schröder, müde sind. Wieder andere, die noch mitten in rüstiger Kraft stehen, fielen Wahlkompromissen zum Opfer, oder aber, sie müßten, wie der Löbauer Bankdirektor, feiern, weil in einem Terrorismus, der bislang noch ohne Beispiel war und hoffentlich auch keine Nachfolge findet, die Gegner ihm die bürgerliche Ehrentätigkeit zu untergraben suchen und das Institut bedrohen, bei dem er angestellt ist. Wozu sich bei wieder anderen noch unterschiedliche neue Motive — persönliche, politische und gesellschaftliche, bei jedem anders gefächert und doch im Wesenszug vielfach übereinstimmend — gefielen. Denn dieser Wahlkampf wird hart; härter und bitterer vielleicht als irgend einer der ihm vorangegangenen. Einzelne überwinden ihren Ekel und wollen trotzdem — auch trotz der Winterwahlen, die gerade für die vermögteren und körperlich nicht so widerstandsfähigen Angehörigen der bürgerlichen Schichten eine schwere Belastung bedeuten — in die hohlerste Arena hinaustragen. Nicht immer oder wenigstens nicht durchweg nur aus patriotischen Beweggründen. Ihnen ist dieser monatelange Winteraufenthalt in Berlin zu einem Bedürfnis der Natur geworden. Sie möchten das Gefühl nicht missen, mit an der Spitze zu stehen; die Nervenerregungen sind ihnen zugleich doch auch willkommenen Anreize und für die Einbuße an Gesundheit und für all den Berger und die Reibungen, die ja nicht immer auf das Verhältnis zu anderen Fraktionen und der Regierung beschränkt bleiben, entschädigen sie die Ehrungen, die sich auf ihrem Scheitel und mitunter auch auf ihrer linken Praxseite häufen. Sie haben lange Jahre im Mittelpunkt der deutschen Welt (zum mindesten in dessen Nähe) gestanden, und ihr Macedonien wurde ihnen längst zu klein. Ihnen graut davor, für den Rest ihrer Tage nichts weiter zu sein als Honoratioren ihrer Heimatstadt. Denn die gewöhnlichen M. d. R. haben dieses mit den Ministern a. D. gemein: das „dankbare Vaterland“ weih nach kurzer Aufenthaltsfrist sich ihrer kaum noch zu erinnern. Wir vergessen ja so schnell: wessen Namen man nicht immer und unausgesetzt liest, der ist für die weitere Dessenlichkeit bald erledigt.

Klerikale Kampfesweise.

Bei der Reichstagswahl in Düsseldorf hat zum ersten Male das Zentrum in größerem Umfange auch die Frauen mobil gemacht. Im gegenwärtigen Wahlkampf geht es im Westen allgemein mit der Abhaltung von Frauenversammlungen vor. In einer solchen Versammlung, die in Oberhausen, einem der großen Industrieorte des Duisburger Wahlkreises, meinte die Hauptrednerin, der Frau komme es vor allen Dingen zu, die christliche Weltanschauung und die Religion in den Vordergrund der politischen Bewegung zu stellen und in dieser Weise auf Mann und Kinder zu wirken. Ein geistlicher Redner führte die Autorität des Papstes in Feld und wies auf dessen Worte hin: die Frauen sollten dafür sorgen, daß ihre Männer und Söhne gut wählten, besonders aber sollten die Frauen sich angelegen sein lassen, gegnerische Flugblätter ins Feuer zu werfen und zu verbrennen, damit ihre Männer und Söhne diese Lügen nicht zu lesen bekämen!

Proben einer derartigen „Erziehung“ hat man im Westen schon genügend zu kosten bekommen und wenn die katholischen Frauen in dieser Weise weiter „ausgebildet“ werden, kann man noch was erleben. Seit sich die Liberalen mit ihrer Agitation in die ländlichen Zentrumsgenden begeben haben, merken auch sie, was es mit der ultramontanen Kampfesweise auf sich hat. In einer Versammlung der vereinigten liberalen Parteien des Kreises Bonn-Rheinbach ließ sich der Bonner Professor Pfleger über die Kampfesweise der Zentrumspartei aus. Nach dem Bericht der „Rheinischen Zeitung“ rühmte er im Namen seiner Bonner Freunde die vornehme Art, mit der die Gegner, Konservative sowohl wie Sozialdemokraten, die Diskussion zu führen pflegten. Den Liberalen, die es hier bei ihren Verammlungen auf dem Lande immer nur mit Zentrumseuten als Gegnern zu tun hätten, sei das etwas ganz Neues. Wo Zentrumseute in die liberalen Versammlungen kamen, geschehe ihr Eingreifen in die Verhandlungen in einer Form, die einem mehr als einmal die Schamröte ins Gesicht treibe. Der Redner schilderte das Verhalten der Ultramontanen in gegnerischen Versammlungen wie folgt:

„Man schickt uns in unsere liberalen Versammlungen Agitatoren fünften und sechsten Ranges, meist Windhorst-Bändler, mit einem Schwarm rabaulustiger Anhänger. Sie führen sich beziehungsweise immer damit ein, daß sie „ganz zufällig im Dorfe anwesend“ seien. Diese Leute benutzen die Redefreiheit, die wir gewähren, um durch stundenlanges Reden über Themata, die ganz und gar nicht zur Sache gehören, geistigt mit aufreizenden Ausfällen und groben Beschimpfungen, durch stundenlanges Ablesen belletrischer Broschüren und Flugblätter, durch ruhestörende Zwischenrufe, durch fortwährende lärmende Hochs auf die Zentrumspartei, die Teilnehmer an der Versammlung aufzureizen und schließlich die pöbelhaftesten Värmizenen zu erregen. Damit soll eben eine sachliche Diskussion, die man zu fördern scheint, unmöglich gemacht werden. Es wäre solch, den Bildungsgrad der bauerlichen Teilnehmer dafür verantwortlich zu machen. Wir haben vielmehr immer gefunden, daß unsere Vornehmheit ein sehr verständiges Urteil beugt und ruhigen Erwägungen geneigt ist. In der Tat verlaufen diejenigen Versammlungen, in denen Zentrumsgegner von der bezeichneten Art fehlen, immer ruhig und friedlich.“

Das Verhalten der klerikalen Agitatoren ist um so schädlicher, als das Zentrum selber sich wohlweislich hütet, in seinen Versammlungen dem Gegner freie Aussprache zu bewilligen.

Eine totgeschlagene Lüge.

In der Bekämpfung der Sozialdemokratie mit verleumderischen Mitteln steht nicht an letzter Stelle die Behauptung, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in sozialdemokratischen Betrieben in argem Gegensatz zu den sozialistischen Theorien stehen. Selbst im Reichstage ist von den Gegnern wiederholt behauptet worden, daß die ganzen Arbeitsverhältnisse in den sozialdemokratischen Betrieben erheblich schlechter seien, als die bei bürgerlichen Unternehmern. Auch im Wahlkampf spielt die schon so oft wiederholte Lüge eine große Rolle, um den Wählern die ganze Niedrigkeit der Sozialdemokratie zu demonstrieren. Wie es in Wirklichkeit um die Lohn- und Arbeitsbedingungen sozialdemokratischer Betriebe bestellt ist, erhellt aus einem Artikel, den der „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker“ gelegentlich des Abschlusses des neuen Buchdruckerartikels brachte. Es heißt in dem Artikel:

„Wenn dieser Artikel die Aufnahme des neuen Tarifs bei der Prinzipalität behandelt, so gebietet es die Pflicht, auch einer Kategorie von Firmen zu gedenken, die eine Ausnahmestellung einnehmen, es sind dies die Druckereien der sozialdemokratischen Organe. Ueberwiegend befinden sie sich jetzt in eigener Regie, sind also Arbeiterdruckereien im wahren Sinne des Wortes. Es ist bekannt, daß diese Geschäfte

im Allgemeinen bessere Arbeitsverhältnisse aufzuweisen haben als die sogenannten Privatbetriebe; namentlich gilt dies von der Arbeitszeit und den Ferien. Es gereicht uns zur Genugtuung, mitteilen zu können, daß eine kürzlich stattgehabte Konferenz der Geschäftsführer der Parteidruckereien ihre Stellungnahme zu dem neuen Tarif in einer Weise präzisierete, die Befriedigung auslösen kann und jedenfalls den Verlegern von solchen Blättern, die nicht genug die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin verunglimpfen können, zur Nachahmung zu empfehlen wäre. Danach tritt für diese eine ansehnliche Zahl unserer Kollegen beschäftigenden Druckereien der neue Tarif bereits am 1. Dezember in Kraft. Eine Verlängerung der Arbeitszeit an den Sechsmaschinen findet nicht statt. Der Sommerurlaub hat eine Erweiterung erfahren. Die Zulagen über die tarifliche Pflichtgrenze hinaus erfolgen je nach dem Lokalaufschlag in vier, fünf und sechs Staffeln. In der untersten macht die Lohnhöhung zum Teil volle 10 Proz. aus, teils eine Kleinigkeit weniger; in den höheren Lohnklassen finden Abstufungen nach unten statt. In Druckereien ohne Lokalaufschlag beträgt die Spannung 2,75 M. bis 2 M., in den mit dem höchsten Aufschlag 3,25 M. bis 2 M. Das übrige Personal erhält eine Teuerungszulage. So mancher Kollege in diesen Druckereien wird ja seine Erwartungen höher gestellt, auf volle 10 Proz. für alle gerechnet haben. Allein auch in derartigen Betrieben geht es nicht allein nach dem Willen. Das Gesamtergebnis ist jedenfalls anerkennenswert, denn auch der freiwillige Charakter der Zulagen entfällt hier vollständig.“

Es wäre ja auch ein Skandal, wenn es anders wäre, denn selbstverständlich sollen die Arbeitsbedingungen in sozialdemokratischen Betrieben, soweit die Verhältnisse es gestatten, besser sein als in Privatbetrieben. Aber so selbstverständlich diese Tatsache für jeden vernünftigen Menschen ist, so begegnet man doch immer wieder in der gegnerischen Presse und in Wahlversammlungen denselben Tiraden über die unsäglich schlechten Verhältnisse in sozialdemokratischen Betrieben. Ob nach der sachkundigen Darstellung des Fachorgans der Buchdrucker die so oft gebörte Lüge endgültig totgeschlagen ist? Bei der vornehmen Denart unserer Gegner haben wir wenig Hoffnung darauf.

Die Hirsch-Dunderschen und die ultramontanen nationalliberalen Kompromißbestrebungen in Rheinland-Westfalen.

Die „Westdeutsche Post“, das Düsseldorf „liberale“ Blättchen für die Hirsch-Dunderschen Gewerbetreibenden für Rheinland und Westfalen, ist sehr verärgert, weil ihre Gruppe bei den mancherlei Verhandlungsbestrebungen zwischen Liberalen und Zentrum gar nicht beachtet wird. Der Hirsch-Dundersche Gewerbetreibende Pieper mahnt aus Gründen der „liberalen Einigung“ mit seiner Fortschrittscandidatur im Wahlkreise Bochum einzuweichen. Die „Westdeutsche Post“ schreibt dazu:

„Nun ist im Bochumer Kreise ein christlicher Gewerkschafter als nationalliberaler Kandidat aufgestellt. Wobin hat sich derselbe aber noch gar nicht darüber ausgelassen, wie er sich unserer, das heißt, der deutschen Gewerbetreibendenbewegung gegenüber verhalten will. Gewiß sind wir deutschen Gewerbetreibenden keine politische Partei, aber das eine können wir als Gewerbetreibender doch verlangen, daß wenn der Kandidat auf Gewerbetreibenden rechnet bei der Wahl, derselbe sich darüber ausdrückt, wie er sich unserer Bewegung gegenüberstellt.“

Weiter heißt es, es sei nur immer von einer christlich-nationalen Arbeiterbewegung die Rede. Mit keinem Worte erwähne man die deutschen Gewerbetreibenden! Es sei weit gefehlt, wenn man pläbe, daß sich die Hirsch-Dunderschen Gewerbetreibenden das so ohne weiteres gefallen lassen würden.

Als sachredliche Drohung wird dann erwähnt, daß, wenn nötig, eine allgemeine Konferenz aller Ortsgruppen im Wahlkreise einberufen werden müsse, um hierzu Stellung zu nehmen und eventuell zu beschließen, wie sich die Mitglieder bei der Wahl verhalten sollen — und sei es auch durch Stimmenthaltung.“

Die Stimmenthaltung wird also als die „ärgste“ Gegenwirkung bei fernerer Nichtbeachtung hingestellt! Und das im Bochumer Wahlkreise, wo der Genosse Düe kandidiert, der, wie auch von den Gegnern anerkannt wird, energisch für die Pflügen eingetreten ist, unter denen auch die Hirsch-Dunderschen im Westen Deutschlands einen guten Teil ihrer Mitglieder sitzen haben.

Die Mitglieder der Gewerbetreibenden haben da ja aber auch noch ein Wort mitzureden, und sie werden es, das steht zu erwarten, auch tun. Sie werden über die Eiferfächerlein der „Händler“ nicht ihr eigenes Arbeiterinteresse aus den Augen lassen. Sie werden weder für den Starkschmiedekandidaten, der „christlicher“ Gewerkschafter ist, stimmen, noch werden sie sich der Stimme enthalten, sondern sie werden für Düe eintreten.

Aus dem Zuchthaus

kommt zwei Tage vor Weihnachten, nach dreijähriger Einlieferung, der einhige Reaktor des anarchischen „Freien Arbeiters“, Horner Rudolf Destrach. Er war vom Reichsgericht zu der furchtbaren Strafe verurteilt worden, in der Hauptsache wegen eines antimilitaristischen Artikels. Wenn wir diesen Prozeß erwähnen, so deshalb, damit die für gewisse Anschauungen überaus kennzeichnende Anklage des Reichsanwalts Rigel wieder ins Gedächtnis zurückgerufen werde. Er sagte:

„Der Ehebegriff ist der Reflex der und beherrschenden Rechts- und Gesellschaftsbegriffe. . . Wenn jemand nun den Bestand der herrschenden Rechtsordnung bekämpft, wenn er sie bestialisch nennt, dann hat er keine Ehre. Er handelt ehrlos.“

Das höchste Gericht scheint sich diesen Anschauungen, die eine Justiz gegen Leberzeugungen fordert, angefallen zu haben, denn es ging noch um ein volles Jahr über den Antrag des Reichsanwalts hinaus.

Die „christlichen“ Gewerkschaften und die Reichstagswahlen!

Nachdem die Zentrumspartei beschlossen hatte, „falsche“ Stichwahlen zu verhindern, d. h., dort wo sie numerisch schwach ist, gleich bei der Hauptwahl für einen konservativen Kandidaten einzutreten, müssen die „nationalen“ christlichen Gewerkschaften dasselbe tun. Wir unterstützen bei den Wahlen die Konservativen!“ so erklärte der Führer der Gewerkschaften, die genau wissen, wie die Zentrumspartei zu den Gewerkschaften und zu den Arbeitern überhaupt steht. In Sachsen, Westfalen, Ostpreußen ist christliche Wahlunterstützung den Junkern schon zugelagt worden.

Wir gehen in der deutschen Arbeiterbewegung einer Klärung entgegen, die aus in den Organisationsverhältnissen ein Hüten und Dröben schafft. Die christlichen Gewerkschaften entwickeln sich vollständig zum Schrottblöcken der früheren Reaktion. Und wenn sie nicht wollen, so werden sie gezwungen.

Vergrabene Hasen.

In der letzten öffentlichen Sitzung des Gemeinderats des Stadt Weimar schlug Genosse Paudert vor, eine Art Preisausschreibung für die städtische Verwaltung nach den großen Jagden in der Umgebung größere Hasen aufzukaufen und für den Selbstkostenpreis an die ärmere Bevölkerung abzugeben. Bei den in diesem Jahre außerordentlich guten Ergebnissen der Hasenjagden wählten die Jagdpächter und Jagdbesitzer ohnehin oft genug nicht, wie und wo sie die großen Mengen von Hasen unterbringen sollten. So habe zum Beispiel das großherzogliche Hofjagdbamt kürzlich nach einer Hasenjagd weit über hundert Hasen eingegraben lassen, da man keine Abnehmer gefunden habe! Man habe diesen Ausweg vor allem deswegen gewählt, weil man nicht unter dem bislang erzielten Preise habe verkaufen wollen. „**Die**

Preise nicht zu verderben". Erster Bürgermeister Dr. Donndorf entgegnete, daß ihm irgendwelche Mittel, auf das großherzogliche Jagdsamt einen Einfluß auszuüben, nicht zur Verfügung ständen. Die amtliche "Weimarer Zeitung" hat es vorgezogen, bislang über diese Sitzung nichts zu berichten. Wisher hat sich das Jagdsamt zur Sache noch nichts geäußert.

Die persische Krise.

London, 11. Dezember. Die "Morning Post" meldet aus Teheran vom 10. Dezember: Am Freitag hat in der englischen Gesandtschaft eine Konferenz des britischen und russischen Gesandten stattgefunden. Das Ergebnis dieser Konferenz scheint zu sein, daß Persien geneigt ist, der Entlassung Shusters zuzustimmen und Entschädigung zu zahlen, dagegen es ablehnt, der russischen Forderung betreffend Beaufsichtigung und Ernennung von Ausländern zu persischen Beamten nachzugeben. Rußland verlangt, daß Persien bis zum 12. Dezember antworte. Wie das selbe Blatt aus Washington von gestern meldet, erklärt Shuster in einem Telegramm an seinen Vater, welches diesem durch das Staatsdepartement übermittelt wurde, er habe die Absicht, auf seinem Posten zu bleiben. Dem Vernehmen nach geschieht dies in Uebereinstimmung mit den Wünschen der amerikanischen Regierung, welche glaube, daß es für Entschädigungsansprüche Shusters besser sein würde, wenn er nur der höheren Gewalt weiche.

Nach einer Pariser Meldung sollen 5000 Mann türkische Truppen die persische Grenze bei Salmas überschritten haben. Die türkische Regierung soll die Absicht haben, die Truppen auf persischem Gebiet zu belassen, bis die russischen Truppen wieder zurückgezogen sind. Das Gerücht, daß auf Forderung Morgans Shuster entlassen werden soll, hat in der Bevölkerung große Aufregung hervorgerufen. Protestmeetings wurden in den Moscheen abgehalten.

Oesterreich.

Eine interessante Parlamentswahl.

In dem tschechischen Städtewahlbezirk Kremsier usw. in Mähren wurde dieser Tage eine Reichsratswahl vorgenommen. Dabei ging die Stimmenzahl der tschechischen Sozialdemokratie (Separatisten) auf 1181 Stimmen zurück gegen 2729 in 1907 und noch 1094 bei den allgemeinen Wahlen von 1911. Die tschechischen Zentralisten (Tschechische Sozialdemokratie) hatte bei den allgemeinen Wahlen 170, jetzt 181 Stimmen. Ihrem Kandidaten Genowien Merta war von dem Obmann der Arbeiterkrankenkasse, deren Beamter Merta ist, den Urlaub zur Wahlkampfverweigerung verweigert worden. Dieser Obmann ist der "sozialdemokratische" Abg. Banjel. Das Wahlergebnis zeigt die Folgen des Bruderzwistes im tschechischen Proletariat in schmerzlicher Weise.

Gewählt wurde mit separatistischer Unterstützung ein gewisser Votraba, der Kandidat der tschechischen "fortschrittlichen Volkspartei", mit der die mährischen Separatisten aufs engste verbündet sind. Dieser Herr hat nun an einen liberalen Wahlmacher, einen Kaplan, ein Schreiben gerichtet, worin er sich bitter beklagt über die "egoistische Politik" seiner Parteiführer und eine Einigung aller "nationalen Parteien" gegen die Sozialisten fordert, die immer gegen eine gerechte Regelung der tschechischen Verhältnisse standen. Im Falle der Wahl verspricht er als Christ und Ehrenmann, daß er immer unseren heiligen Glauben verteidigen werde, insbesondere aus aller Kraft gegen die freie Schule und die Lösbarkeit der Ehe wirken werde. Zum Schluss heißt es: "Bewahren Sie diese Zeilen in voller Heiligkeit, eingedenk dessen, daß es sich um einen treuen Sänder handelt, der sich auf dem Wege zur Ruhe befindet. Ich habe mich zu diesem Schritt entschlossen, der, wenn ich verrotten würde, mich politisch vernichten würde. Ich zweifle auch, daß ich noch jemals auf das Programm der Volkspartei kandidieren würde..." Und so was wird von den Separatisten mitgewählt!

Frankreich.

Die Verhandlungen mit Spanien.

Paris, 11. Dezember. Ueber die französisch-spanischen Verhandlungen meldet der "Paris Parisien" aus Madrid: Die spanische Regierung lehnt den französischen Verständigungsvorschlag in seiner jetzigen Form ab. Sie weiß zwar Frankreich Dank dafür, daß es auf gewisse Forderungen verzichtet, die Spanien für seine nationale Würde als beleidigend angesehen hätte, aber sie hält die von der französischen Regierung verlangte Entschädigung für übertrieben.

England.

Vom Wettstreit.

London, 11. Dezember. "Daily News" schreibt, es habe Grund zur Annahme, daß die Admiralität bereits den Flottenetat erörtert, der im Januar dem Kabinett vorgelegt werden müsse. Man erwarte eine Herabsetzung um mindestens zwei Millionen Pfund, aber wenn das deutsche Flottengesetz wieder revidiert werde, werde England das Gleiche tun, was immer dies kosten möge. Wenn jedoch das deutsche Flottengesetz unverändert bleibe, werde die Zahl der vorgeschlagenen Umlinienschiffe vier nicht überschreiten. Das Blatt schreibt weiter, es bestehe kein Grund zur Aufnahme einer Marineleihe zum Zwecke eines Baues von Schlachtschiffen. Wenn irgend eine Anleihe aufgenommen werde, werde sie für den Bau eines dauernden Flottenstützpunktes in Rosyth dienen.

Die deutsch-englischen Beziehungen.

London, 10. Dezember. Kriegsminister Balfour hielt gestern in Kerrington eine Rede, in der er ausführte, daß er keinen Grund dafür sehe, worum England nicht gute Beziehungen zu Deutschland unterhalten solle. Er sehe der Zukunft hoffnungsvoll entgegen. England wünsche, daß Deutschland seinen Handel so weit als möglich entwickle und seinen vollen Platz an der Sonne habe, aber es müßten auch die Rechte anderer respektiert werden. Er selbst könne sich nichts Besseres vorstellen, als wenn England und Deutschland nebeneinander arbeiteten und so das Niveau ferner und weniger zivilisierter Teile der Erde heben würden.

Ein neues Ladengesetz in Großbritannien.

London, 9. Dezember. (Sig. Ver.) Nachdem es drei Jahre im Unterhause beraten worden ist, ist das Ladengesetz in sehr veränderter, kaum wiederzuerkennender Form endlich im Unterhause in dritter Lesung angenommen worden. Der Kernpunkt der Gesetzesvorlage war ursprünglich die Bestimmung, nach der die Arbeitszeit der Ladenangestellten nicht mehr als 60 Stunden die Woche betragen sollte; die gesetzlich erlaubten Ueberstunden betragen 90 im Jahre. Mit der Entschädigung, daß es an Zeit mangelte, um diese für die Ladenangestellten so wichtigen Klauseln ordentlich zu beraten, hat die Regierung die Vorlage mit Ausnahme einiger von allen Parteien des englischen Parlaments bestrittenen Teile fallen lassen. Das neue Gesetz bildet nunmehr eine Kollektion von Armen und Weinen ohne den Kumpel. Das

wichtigste daran ist die Bestimmung, daß alle Ladenangestellten wöchentlich einen halben freien Tag haben müssen. Obwohl der halbe freie Tag in den meisten Geschäften schon beobachtet wird, ist diese gesetzliche Festlegung dennoch als ein Fortschritt zu bezeichnen. Ferner legt das Gesetz bestimmte Pausen für die Wohlfahrt fest und schließlich bringt es auch noch eine Verdrängung des bestehenden Ladenangestelltengesetzes. Nachdem die liberale Herne so lange und so laut gegardet hat, hätte man wohl etwas Besseres erwarten können. Was das Zustandekommen des Gesetzes in seiner ursprünglichen Form betrafte, war der Widerstand der Ladenbesitzer. Die englischen Liberalen mögen den Mund mit sozialpolitischen Verprechungen recht voll nehmen, und mögen es selbst ehrlich meinen; wenn es aber zur Tat kommt, dann leiden ihre Pläne wie hier an dem Widerstand ihrer bürgerlichen Anhänger Saftbruch.

Amerika.

Edle Raube.

In Martins Ferry (Ohio) haben viele Arbeiter und Angestellte des Plattenwalzwerkes der Amer. Sheet u. Tin Plate Co. ihre Entlassung erhalten. Man nimmt an, das ganze Werk werde wegen des Sieges der sozialistischen Gemeindegewerkschaft geschlossen. Wie lange können solche Ränke noch wirken? Bald wird alles Industriegebiet auch sozialistisch sein.

Aus Industrie und Handel.

Elektrische Vorkriegsgeschäfte.

Die Elektrizität ist längst schon zu einer Frage der kulturellen Entwicklung geworden. Wasserkräfte, Erzeugung und elektrische Fernbahnen höchster Schnelligkeiten, die Licht- und Kraftenergie für jedermann, das sind volkswirtschaftliche Notwendigkeiten, deren zögere Durchföhrung nur dadurch gehindert wird, daß den großen privaten Elektrofongern das Betätigungsfeld völlig allein überlassen bleibt. Diese sachen natürlicherweise nur die Geschäfte mit härtester Rentabilität. Wie die größten Elektrofongern — es sind im wesentlichen nur drei: A. E. G., Siemens u. Halske, Schuckert und Bergmann — heute schon die Behörden und den Staat über den Köpfen barbarieren, das spottet mitunter jeder Beschreibung.

Die Ueberlandzentralen erhalten in der Regel von Staats, Provinz oder Kreis wegen des Alleinrechts auf die Verlegung von Kabeln in allen Gassen und Straßen, ein Zwang, ja nicht einmal eine Kontrolle über die geographische und volkswirtschaftlich richtige Ausbreitung des Leitungsnetzes wird nicht ausgeübt, daran denkt keine Behörde. Wenn schon in einer reinen Zentralisation gerade die Billigkeit und Rentabilität der Ueberlandzentralen liegt, die umfangreiche und starkstromtragende Fernleitungen, Wasserkraftausnutzung usw. besitzen; diese Allgemeinheitswerte einer Monopolgesellschaft ausliefern ist schämmer als indirekte Steuern beschließen. Das alleinige Verfügungsrecht über die Staatsströme in Kabelverlegungen schieft von vornherein jede Ueberlandzentralen-Konkurrenz aus. Damit ist natürlich auch sofort der Boden für einen Preiswucher gegeben, der in seiner Höhe nur durch den guten Willen der in Frage kommenden Werksbesitzer begrenzt ist.

Als gegen solche Ueberlandzentralenpolitik des Staates, der Provinzen und Kreise von allen Seiten Protest erhoben wurde, kam zuerst Preußen, dann Oldenburg, Fisch-Rosfringen, Bayern und Sachsen und erklärten: Installationsmonopole bilden nur auf keinen Fall. Die Installation, die Verlegung innerhalb des Betriebes und der Privatwohnung ist ja nur allzu leicht monopolisiert, wenn die Kraftzentralenkonkurrenz fehlt und der Preiswucher wird dadurch überhaupt nicht behindert. Aber so weit so gut. Die preussische Regierung im besondern protestierte energisch gegen die Behauptung, daß sie den Elektrizitätswucher unterstütze, und begründete dies mit einem Erlaß gegen — Installationsmonopole! Die Erlasse, auch diejenigen der anderen Staaten, sind im wesentlichen demselben wirkungs- und bedeutungslos, weil die Zentralen regelmäßig das Prüfungs- und Abnahme-recht der von anderen Firmen installierten Leitungen behalten. Da jede andere Kontrolle fehlt, hängt im wesentlichen die ganze Installationskonkurrenz von dem guten Willen des elektrischen Machhabers im Bezirke ab.

Der Ueberlandzentralenvertrag des Kreises Teltow ist typisch für die Art solcher Abmachungen. Er verbietet glattweg die Konkurrenz jedes anderen Elektrizitätswerkes, überläßt es aber der Elektrizitätzentrale der Teltower Kanalverwaltung, die von den Berliner Elektrizitätswerken gepachtet ist — die wieder vielmehr eine und verwässerte Tochtergesellschaft der A. E. G. ist —, völlig allein, zu bestimmen, wohin Anschlüsse für ganze Ortschaften und Bezirke gelegt werden sollen.

Noch lustiger werden die Elektromonopole, wenn man in die ureigenen Gebiete des Königs Landrat kommt. Die Ueberlandzentrale Mittelteschen in Striegon, die die Wasserkraft einer Weichwasserpferre ausnutzen wird, ließ durch den Landrat — Herrn v. Nischhofen — im Kreisblatt einfach für das ganze Gebiet des Provinzialverbandes bekanntmachen, daß Installationen, also auch Fabrik- und Hausanschlüsse, durch andere als der Ueberlandzentralenfirmen — Bergmann — "noch nicht" erlaubt seien. Erst dann, wenn das "Leitungsprojekt" endgültig festgelegt sei, dürften andere Firmen mitkonkurrieren. Dann werden natürlich die Bergmannwerke die Hauptinstallationsarbeit in ihrer Tasche haben. Ja, so ein Landrat betrachtet auch die Großindustrie, wenn sie agrarisch wuchert, als so selbstverständliche Thron- und Altarstufe, daß er in beherrschter Form und mit der üblichen Energie für das Nötige sorgt.

Draufschweig hat jetzt einen Erlaß bekanntgegeben, in dem es seine nachgeordneten Behörden streng darauf aufmerksam macht, daß Installationsmonopole auf jeden Fall zu vermeiden sind. In ähnlicher Weise hat das Ministerium von Neuchâtel durch einen Erlaß an die künftigen Landratsämter verordnet, daß Installationen und Materialmonopole grundsätzlich zu vermeiden sind. Ueberall das selbe Lied. Das Preußen vorgemacht hat, die großen Elektrofongern ungenierd arbeiten und wirken zu lassen, ohne entscheidende staatliche, provinciale oder gemeinliche Kontrolle und ihnen nur das durchaus nicht schmerzhafteste Verbot des Installationsmonopols auf den Hals zu hängen — alle anderen Staaten und Städtchen machen es fröhlich und ohne eigene Gedanken nach.

Die Inhabierung von Installationsmonopolen erscheint diesen Deuten als Hilfe für den Mittelstand der Elektroindustrie und als Sicherung der freien liberalen Konkurrenz. In Wirklichkeit ist es nichts weiter als die verschleierte absolute Unfähigkeit der Regierungen, neuen Wirtschaftsproblemen gegenüber den Weg zu finden, der der Allgemeinheit nützlich ist.

Genossenschaftlich organisierte Geldmächt.

In Deutschland sind die jüngsten Bankbrüche so erklärt worden, daß es sich dabei um Mittel- und Provinzialbanken gehandelt habe, die gesunken seien, risikante und minderwertige Geschäfte zu machen, weil die mächtigeren Bankinstitute sie nur von abgefallenen Broden leben lassen. So richtig dies erscheinen mag, der tiefere Sinn bleibt dabei doch, daß das kapitalistischere Finanzinstitut vor den Banken rangiert, welche nur für beschränkte Landesgebiete oder Mittelstädte tätig sind. Auch im Geldgeschäft ist der Kleinbetrieb zur veralteten Wirtschaftsform geworden. Zu paralytischen hat man dies oft versucht. Zuletzt wohl in der Art, daß kleinste und mittlere Institute in den Schuh und damit in das Verhältnisverhältnis von Hundertmillionen-Banken rückten.

Die Schweizer Klein- und Mittelbanken haben jetzt einen anderen Weg gefunden, der zwar genau so Konzentration bedeutet und ebenso notwendig über den Kapitalismus hinaus führt, der aber doch nicht dem einzelnen das demokratische Mitbestimmungsrecht nimmt.

Sechzig Institute, die an Mitteln rund 350 Millionen frank repräsentieren, haben sich zu einer Bankengenosenschaft

zusammengeschlossen. Fortan wird nicht mehr die einzelne Klein- oder Mittelbank Gelder aufzunehmen versuchen, die Genossenschaft wird sie gegen Hypothekensicherheit in Obligationenform beschaffen. Gegenüber den großen Bankbrüchern wird die Gesamtheit des Bankennittelstandes nicht mehr im Nachteile sein, sie wird sich ihre eigenen Kontroll-, Auskunfts- und Informationsstellen einrichten.

Soziales.

Achtstundentag für städtische Arbeiter. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Der Gemeinderat von Gera, Neuchâtel (zwei Daniel Sozialdemokraten), beschloß, daß für die Arbeiter der Gasanstalt am 1. Januar 1912 drei Wechselschichten von je acht Stunden täglich eingeföhrt werden. Jetzt beträgt die Arbeitszeit 10 Stunden.

Auf Antrag des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Gera, ersuchte der Gemeinderat den Stadtrat, so bald wie möglich ein Ortsgesetz zur Beschließung vorzulegen, durch das die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe erweitert wird.

Gegen beide Beschlüsse erklärte sich der Stadtrat. Nur zwei bürgerliche Gemeinderatsmitglieder stimmten mit den Sozialdemokraten.

Ausbeutung weiblicher und jugendlicher Arbeiter.

In Bayreuth wurde ein dreitägiger Massenprotest durchgeföhrt, der wieder einmal zeigte, wie windig es mit der Durchföhrung des Arbeiterschutzes, namentlich gegenüber jugendlichen und weiblichen Arbeitern aussieht. Angeklagt waren der Direktor Steiner, die Obermeister Pöhlmann und Schönherr, sowie 18 Meister und Hilfsmeister der Neuen Baumwollspinnerei in Bayreuth wegen Uebertretung der Gewerbeordnung durch Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Arbeitern über die gesetzlich festgesetzte Zeit hinaus. In der Fabrik sind zirka 1200 Personen beschäftigt, die wenn die tägliche Arbeitszeit auch nur um wenige Minuten überschritten wird, für die Aktionäre einen ganz erheblichen Mehrertrag schaffen. Die Angeklagten haben Arbeiterinnen, die nicht über zehn Stunden täglich beschäftigt werden dürfen, morgens und mittags je eine Viertelstunde vor dem angeordneten Arbeitsbeginn und auch Sonnabends nach 3 Uhr, zu welcher Zeit der Arbeit sein soll, beschäftigt, den jugendlichen die gesetzlichen Ruhepausen verweigert, die vor- und nachmittags je eine halbe Stunde betragen sollen, selbst Kinder unter 14 Jahren wurden über 6 Stunden täglich beschäftigt. Die sogenannten Schoneit der Schwangeren wurde öfters nicht eingehalten. Einem Meister lag zur Last, daß er Arbeiterinnen, die über die gesetzliche Zeit hinaus nicht arbeiten wollten, am Hals packte und zur Maschine zurückschleppte. Jugendliche wurden veranlaßt, dem recherchierenden Schuhmann gegenüber über die Dauer ihrer wirklichen Beschäftigung falsche Angaben zu machen, usw.

Das Urteil gegen diese Gesetzesübertreter fiel recht milde aus: Direktor Steiner wurde zu 300 M., Obermeister Pöhlmann zu 80, Obermeister Schönherr zu 45 M. und 16 Meister und Hilfsmeister zu je 3 bis 45 M. Geldstrafe verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Diese Strafen sind nicht im geringsten geeignet, von weiteren Gesetzesübertretungen abzuhalten. Eine einzige Uebertretung verlohnt den Verlust reichlich wieder ein.

Eine Mietergewerkschaft.

Unter dem Namen "Mietergewerkschaft Zürich" hat sich in Zürich III ein Verein gebildet, dessen Zweck die "Vertretung der Mieterinteressen", insbesondere die "energische Bekämpfung weiterer Mietsteigerungen" ist. Diese Mietergewerkschaft ist nicht identisch mit dem neutralen "Zürcher Mieterverein". In einem an die Arbeitervereine verschickten Zirkular definiert sie selber den Unterschied dahin, daß sie "weniger auf dem Boden akademischer Diskussionen und mehr auf dem des proletarischen Klassenkampfes" stehe. Das betreffende Zirkular schließt mit den Worten: "Unser erstes Ziel: keine neuen Steigerungen mehr! Ist durchaus erreichbar, und wenn der erste Schritt einmal getan ist, dann wird auch ein späterer zweiter, der eine Herabsetzung der so übermäßig gesteigerten Mieten bezweckt, nichts Unmögliches mehr sein."

Die Mietergewerkschaft erklärt, zur Erreichung ihres Zieles "auch vor den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes, wie Boykott, Kollektivmietvertrag, Streik, nicht zurückzuschrecken". Ob und wie dieses Programm durchführbar ist, bleibt abzuwarten. Die Hausmeister werden aber kaum willens sein, ihren Profit ohne weiteres schmälern zu lassen, und so müßten schwere wirtschaftliche Erschütterungen auf einem solchen Klassenkampf der Mieter resultieren. Auf jeden Fall aber hat man es hier mit einer sozialen Erscheinung zu tun, die auf diesem Gebiete noch neu ist und, so oder so, Interesse beansprucht. Die in aller Stille ins Leben gerufene Organisation ist durchaus ernst zu nehmen. Es gehören ihr eine große Zahl von Gewerkschaftsfunktionären und Sekretäre an.

Letzte Nachrichten.

Die Wahlreform in Baden.

Karlsruhe, 11. Dezember. (W. L. V.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer fanden die Anträge der Sozialdemokraten und Nationalliberalen auf Einföhierung der Verhältniswahl bei den Wahlen zur Zweiten Kammer einstimmig Annahme. Der Minister des Inneren v. Bodmann hatte sich die Stellungnahme der Regierung vorbehalten. — Daraus erfolgte Vertagung und zwar mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen auf den 23. Januar 1912.

Die französisch-spanischen Marokkoverhandlungen.

Paris, 11. Dezember. Eine anscheinend offizielle Note erklärt, daß die französisch-spanischen Marokkoverhandlungen entgegen pessimistischen Meldungen, die von einzelnen Blättern verbreitet worden sind, einen normalen Verlauf nehmen und auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten stoßen. — "Journal des Debats" meint, die pessimistischen Nachrichten entsprächen einer Verkümmung jener Kreise, die geglaubt hätten, von Spanien einen Gegenwert für die Deutschland gemachten Zugeständnisse erlangen zu können. (Siehe auch unser Frankreich.)

Die Revolution in China.

Paris, 11. Dezember. (W. L. V.) "Le Temps" meldet aus Saigon: Die Lage im Annamgebiet scheint sich zu bessern. Die Beamten der Annambahn bleiben alle auf ihren Posten, nur ihre Frauen und Kinder sind nach Indochina in Sicherheit gebracht worden. Der Generalgouverneur von Indochina hat alle Maßnahmen getroffen, um erforderlichenfalls die Polizeitruppen zu verstärken, die europäischen Bahnangestellten zu schützen und die Veränderung der Bahnhöfe zu verhindern.

Eine heilige Allianz gegen die portugiesische Republik.

Paris, 11. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In der heutigen „Humanität“ beginnt Genosse Fabra Ribas eine Artikelreihe über ein Komplott gegen die portugiesische Republik, das seine Verzweigungen in den dynastischen und kolonialkapitalistischen Kreisen verschiedener Länder, darunter namentlich auch an deutschen Fürstentümern und in der feudalen Clique der deutschen Zentrumspartei hat.

Der heutige, einleitende Artikel greift auf die Zeit vor dem Sieg der portugiesischen Revolution zurück. Schon damals versuchte Manuel, sich Hilfe vom Ausland zu verschaffen. Bei seiner eiligen Flucht aus dem Palacio das Reccafidades am 5. Oktober 1910 hat er eine Anzahl von Dokumenten im Stich gelassen, die sich derzeit teils in den Händen des portugiesischen Ministeriums des Innern, teils in den Händen eines Ministers der provisorischen Regierung befinden. Zu dieser zweiten Gruppe gehören namentlich eigenhändige Briefe Alfons XIII. an Manuel.

Die Antwort Wilhelms II. ist nicht bekannt. Auch den Wortlaut der Briefe Alfons XIII. kann den Verfasser der Enthüllungen nicht mitteilen. Aber es ist eine feststehende Tatsache, daß Canalejas geradezu verzweifelte Versuche gemacht hat, um vom derzeitigen Besitzer der Briefe die Rückgabe zu erreichen — wie wir hinzufügen können, ohne Erfolg.

Der Sieg der Revolution hat nun diesen Umtrieben kein Ende gemacht und namentlich auch den Projektmachern in Deutschland den Raubbau nicht verschlagen. Die von der jungen Republik durchgeführte Trennung von Kirche und Staat wirkte mit, gewisse Souveräne und den Generalstab des internationalen Merkantilismus in feindselige Stimmung gegen die neue Ordnung in Portugal zu versetzen und so konnte von geschäftlichen Händen ein wahrer Kreuzzug mit dem Ziel der politischen und religiösen Restauration in Portugal vorbereitet werden.

Kleines feuilleton

Die ältesten Schreibmaschinen. Obwohl noch keine 40 Jahre seit dem Zeitpunkt verstrichen sind, da die amerikanische Waffenfabrik von Remington u. S. in den Staaten New York sich auf den Bau und Vertrieb von Schreibmaschinen zu werfen begann, kann dieser nützliche Apparat demnach doch auf eine 200jährige Geschichte zurückblicken. Über einen Typendrucker, den der Bostoner Mechaniker George Windham im Jahre 1790 erfunden haben soll, ist nichts Bisheriges bekannt, und diese Geschichte gehört vielleicht zu den wissenschaftlich falschen Behauptungen, mit denen Schwärmler sich einen nicht verdienten Ruhm zu holen hoffen. Sicher dagegen steht es fest, daß der Engländer Mill im Jahre 1711 an der Konstruktion einer Schreibmaschine zu arbeiten begann, von der er in seinem erst 1714 eingereichten Patentierungs-gesuch schreibt, daß sie gestatte, die Buchstaben getrennt und fortlaufend wie in einem Manuskript zu drucken.

Die jüdische Bevölkerung der Welt. Einen statistischen Überblick über die Zahl der Juden, soweit zuverlässige amtliche Angaben zu erlangen waren, gibt die „Nature“. Nach dieser Aufstellung befreit sich die Gesamtzahl der Juden auf 11 817 783, wovon weitaus der größte Teil, 9 942 266, in Europa leben.

Riguels von Braganza, die französischen Royalisten, die imperialistische und ultraklerikale Clique, die im Ruysschburger Schloß zu Hause oder zu Gast ist, Leute aus der nächsten Umgebung Wilhelms II. — über das Verhalten des Kaisers selbst liegen keine sicheren Zeugnisse vor —, deutsche Zentrumsführer und deutsche Kolonialpolitiker, endlich Alfons XIII. und konservative und liberale Monarchisten Spaniens. Was die Höfe von Wien (bzw. die Nebenregierung des Belvedere) und Rom anlangt, so liegen nur Möglichkeiten, aber keine präzisen Beweise vor.

In der morgigen Nummer wird die „Humanität“ über die Rolle, die Alfons XIII. und sein „liberaler“ Minister Canalejas in der reaktionären Konspiration gespielt haben, wichtige Details veröffentlichen. Von höchstem Interesse ist ein Bericht über den Verlauf einer am Abend des Revolutions-tages, dem 5. Oktober 1910, in Madrid unter Vorsitz des Königs abgehaltene Ministerratssitzung, die damals völlig geheim gehalten worden ist. Ihr war eine Besprechung zwischen Canalejas, Graf Sagasta (Minister des Innern), General Aznar (Krieg), Durrell (Unterricht) in einem Saale im Ministerium des Innern vorangegangen. In diesem Abend sagte Canalejas einem Ministerkollegen und intimen Freund: „Vereiteln Sie sich auf alles vor und helfen Sie mir nötigenfalls.“ Von der erwähnten Vorbesprechung begab sich die Teilnehmer, um kein Aufsehen zu erregen, einzeln nach einander in den Palacio de Oriente.

Canalejas, dem die Intervention seiner Kollegen das Rückgrat etwas gesteiht hatte, wies nun darauf hin, daß die Minister in der Tat über diesen wichtigen Gegenstand noch nicht hätten beraten können, und meinte, ein so folgenschwerer Schritt sei unmöglich, so lange man über die Haltung der anderen Mächte noch nicht vergewissert sei.

Die Regierungen Frankreichs und Englands zeigten sich in der Tat der spanischen Intervention entschieden abgeneigt. Alfons rüstete aber nicht ab und suchte nun in Deutschland Anknüpfungen. Auch gab er die portugiesische Grenze den Verschwörern frei. Canalejas hat wohl im September in einem privaten Gespräch seine politische Ehre zu retten gesucht, von seiner Amtsmüdigkeit und von seinem Widerstand gegen „gewisse“, die Intervention begünstigende Milleus gesprochen. Es sei ihm zugemutet worden, 3—4000 Monarchisten die Möglichkeit zum Uebertritt in portugiesisches Gebiet zu geben. Es ist aber

Land mit 106 988. In Holland zählte man 103 988, in Frankreich dagegen nicht ganz 100 000, von denen nahezu 70 000 in Paris leben. Italien weist nach der Volkszählung 52 115 Juden auf. Anders liegen die Verhältnisse in den Großstädten der Welt. Hier steht New York mit einer Bevölkerung mit 1 082 000 Anhängern der jüdischen Religion an der Spitze. Es folgen Warschau mit 294 712, Budapest mit 186 017, Wien mit 146 926, London mit 144 800, Odessa mit 138 085, Brooklyn etwas über 100 000, Berlin mit 98 893, Lodz mit 98 671, Chicago mit 80 000, Saloniki und Philadelphia mit je 75 000, Paris mit 70 000, Konstantinopel mit etwa 65 000, Wilna mit 63 941, Amsterdam mit 60 065, Jerusalem mit 53 000, Pischinow mit 50 237, Riga mit 45 000, Lemberg 44 258 und Bukarest mit 40 533.

Theater.

Freie Volkstheater (im Thalia-Theater): „Die Thurnbacherin“ von Rudolf Greinz. Greinz war der erste unter den Schriftstellern Jung-Tirols, dem es gelang, auf reichsdeutschen Theatern Fuß zu fassen und zwar mit seinem „Tiroler Stripsenspiel“. Auch mit einigen Volksstücken ist er vornehmlich in Süddeutschland heimisch geworden. Mit der „Thurnbacherin“ gibt er nun ein Bauerndrama von ganz bedeutendem Werte. Immer, sobald ein österreichisches Dialekt drama in Frage kommt, sind wir gewohnt, an Ludwig Anzengruber, den Klassiker der süddeutschen Volksdichtung, zu denken. Nun weist die Bewohnerhaft aller dieser Alpenländer, unbeschadet der Verschiedenheit ihrer Dialekte, ziemlich die gleichen Merkmale der Sitten und Lebensanschauungen auf. Das starke Band des Katholizismus, das sie gemeinsam umschließt und in dumpfer Erstarrung hält, hat doch nicht ihr unbändiges Freiheitsgefühl zu knebeln vermocht. Noch weit weniger hat es die robuste Kraft der Leidenschaft, den Schrei des Blutes unterbinden können. Wir sehen das wieder deutlich bei Greinz, dem gründlichen Kenner seines Heimatvolkes. „Agente heißt Leidenschaft, die einer Lamine gleich daherschießt, weder nach moralischen Gründen noch nach tragischen Folgen fragt, sind hier zu einer ebenso natürlichen als konsequenten dramatischen Handlung erhoben.“

Woid, die Thurnbacherin, kennt nichts als sich selbst. Ihren Mann hat sie nicht aus Liebe geheiratet, sondern weil sie hier oben die unbeschränkt herrschende Bäuerin sein wollte. Zwei Jahre nach dessen Tode steht sie im Begriff, sich in ihrem Anecht Pias den Mann zu nehmen, der ihrem Herzen und herrischen Willen paßt. Da aber löst sie auf harten Widerpruch. Der alte Thurnbacher, wohl einsehend, daß sein Hof dann für immer verloren geht, läßt es lieber, daß sie seinen zweiten Sohn Friedl zum Manne wähle. Allein den schlägt sie mit einer Energie aus, die keine Vermittlung aufkommen läßt. Friedl jedoch wirbt nun um sie. Er hat ja die Bäuerin von Stund an, da sie in den Hof einzog, rasend geliebt. Und er hat ja beobachtet, daß die Woid ihren kranken Mann mit dem Anecht betrogen. Und noch weit fürchtbarer: er war heimlich Zeuge, als sie jenen im Bette mit ihren Händen erwürgte. Woid ist in seine Hand gegeben. Sie fählt das auch. Friedl verlangt leidenschaftlich, daß sie ihm endlich einmal angehöre, ganz wie sie sich dem Anecht hingeeben. Woid vertritt ihn bis

nicht wahr, daß er amtsüde ist und ebensowenig, daß er Widerstand geleistet hat. Das Hauptquartier der monarchistischen Bänden im Hotel Peinador in Galizien blieb unbehelligt und der bekannte Hauptmann Conceiros, den die Republik gegen Ehrenwort freigelassen hatte, konnte ungehindert den Guerillakrieg organisieren. Die spanische Regierung gab den Behörden von Lugo, Vigo, Drense und Pontevedra die Order, vor den Kundgebungen und militärischen Exzessen der monarchistischen Bänden die Augen zu schließen. So konnten im Oktober 2500 Mann die Grenze überschreiten und sich Vinhaes bemächtigen. Canelejas hat ferner den ehemaligen Minister Louis Morete persönlich vorgeworfen, in „El Mundo“ Artikel zugunsten der portugiesischen Republik geschrieben zu haben. Es ist richtig, daß die spanische Regierung am 14. Juni ein riesiges Waffen- und Munitionslager mit Beschlag belegt hat, aber sie konnte eben nicht anders, da ein Mann in Drense schon am 11. Juni darauf hingewiesen und die Republikaner und Sozialisten von Drense, Vigo und Pontevedra mit Nachdruck ein Einschreiten gefordert hatten.

Nach dem 12. Oktober hat Canelejas wohl unter dem von zwei europäischen Regierungen auf ihn ausgeübten Druck einige strenge Maßregeln gegen die Treiberien der Emigranten angeordnet, aber im jetzigen Augenblick begünstigt er wieder die neue Unternehmung, die für das Ende dieses Monats vorbereitet wird.

Aus der Partei.

Su den Vorgängen in Stuttgart

wird und geschrieben. Die Gemeinderatswahl 1911 hat die Parteidifferenzen in Stuttgart derart verschärft, daß es der äußersten Disziplin der Parteigenossen bedarf, um von der Partei schweren dauernden Schaden abzuwenden. Die Vorgänge seien hier kurz chronologisch aneinander gereiht geschildert:

In einer von über 900 Genossen besuchten Parteiversammlung am 17. November d. J. nahm die Parteiorganisation Stuttgart Stellung zu der Gemeinderatswahl am 8. Dezember. Vor Aufstellung der Kandidaten wurde beschlossen, diejenigen fünf Genossen, die bei der geheimen Abstimmung die höchste Stimmengahl erreichen würden, mit je 2 Stimmen auf den Wahlvorschlag zu nehmen und so ihre Wahl sicher zu stellen. Die Proporzwahl gestaltet nämlich, einem Kandidaten bis 8 Stimmen zu geben, jedoch darf die Gesamtstimmengahl des Wahlgewinns die Zahl der zu besetzenden Mandate nicht übersteigen. Da diesmal 14 Mandate zu besetzen waren, konnte die Sozialdemokratie noch 9 Kandidaten auf ihren Anteil nehmen, 5 mit je 2 Stimmen und 4 mit je 1 Stimme, macht zusammen 14 Stimmen. Das Prozentverhältnis unserer Gesamtstimmengahl zu dem aller bürgerlichen Parteien bei der letzten Gemeinderatswahl, 42 Prozent, ließ die Eroberung von 6 Mandaten möglich erscheinen. Von den auf dem Wahlvorschlag stehenden Kandidaten sind dann die mit den höchsten Stimmengahlen gewählt.

In früheren Jahren hatte die Partei von einer Stimmensammlung auf einzelne Kandidaten abgesehen im Vertrauen auf die Disziplin der Wähler, da bei gleicher Stimmengahl die ersten auf dem Wahlvorschlag stehenden Kandidaten als gewählt gelten. Durch die systematische Stimmensammlung seitens einer kleinen Gruppe entgegen dem Parteibeschluß war jedoch regelmäßig der Wille der Parteigenossen durchkreuzt, die in der Versammlung mit den höchsten Stimmengahlen an die Spitze des Parteilists gestellt Genossen bei der Wahl zu Fall gebracht worden. Im diesen Querstreichen entgegenzuwirken, wurde von der Versammlung am 17. November von der alten Uebung abgewichen und die Stimmensammlung beschlossen. Die Versammlung stimmte dem Antrag auf Stimmensammlung gegen drei oder vier Stimmen zu; der Antrag, nur drei Genossen zu kumulieren, wurde abgelehnt; die Versammlung trat dem Antrag der Parteileitung bei, fünf Kandidaten zu kumulieren. Dann erst erfolgte die Aufstellung der Kandidaten.

Das Resultat der Abstimmung war: Von 400 abgegebenen Stimmen erhielten: Wejneger 678, Oster 549, Stettler 404, Engelhardt 480, Schwaab 477, Wosner 450, Taucher 400, Mattutat 368,

auf den Wochenschluß. Als Friedl dann in der verprochenen Sonnabendnacht kommt, wird er zurückgeschoben. Jetzt will er Gewalt brauchen; es gibt einen erregten Auftritt. Der Thurnbacher kommt hinzu. Woid klagt den Friedl der Gewalttätigkeit an. Als er das hört, da plagt er heraus mit seinem Geheimnis. Der alte Vater ist zuerst völlig niedergeschmettert. Dann aber packt ihn die Wut. Er bringt zu Woid ein und erwidert sie genau so, wie sie damals seinen Sohn erschosselt hat. Mit diesem Akt bäuerlicher Justiz schließt die Tragödie; und der Dichter überläßt es dem Zuschauer, sich die Sühne selber auszumalen. Sehr richtig auch; denn das Drama im Bauernhose ist wirklich aus. Greinz wußte sehr wohl, was er tat. Fast durch seinerlei Sentiments störte er den Fortgang der Handlung. Sie ist, nachdem im ersten Akte das bäuerliche Zustandsmilieu mit sicheren Strichen gemalt worden, in sich geschlossen und wird auch so mit energischer Steigerungskraft zu Ende geführt. Kernig, unabweichend sind Sprache und Dialog. Alles ist echt dramatisch geschaut und gestaltet.

Ganz vortrefflich war die Aufführung. Direktor Fritz Witte-Bild hat hier wieder einmal bewiesen, was er selbst unter so erschwerenden Umständen als Regisseur zu leisten vermag. Er hat ein Ensemble aufgestellt, das nicht bloß der Verständlichkeit des Tiroler Dialekts, sondern auch den Charakteren zum Siege verhalf. Adele Hartwig war die harte leidenschaftlich auf ihr Ziel losgehende Woid. Und wenn man daneben Karl Wilhelm als Pias sah, so läßt sich so leicht kein prachtvolleres Menschenpaar denken als die beiden. Die sehr komplizierte Rolle des Thurnbacher (Witor Hartberg) ließ an Ausschöpfung des Reimmenschlichen nichts zu wünschen übrig. Und Friedl konnte kaum überzeugender gegeben werden als wie ihn Alexander Bildner in Gestalt und Spiel hinstellte. Von dem Drama wie seinen Darstellern ging eine mächtige Wirkung aus. Die Zuschauer folgten mit Spannung und Ergriffenheit und der anwesende Dichter mußte sich mehrfach für den einmütigen Beifall dankend zeigen. Es war ein großer kühner Erfolg.

Notizen.

— Eine Ausstellung alter und neuer Gartenkunst wird die Brandenburger Gruppe der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst vom 15. September bis 8. Oktober 1912 im Kunstgewerbe-Museum zu Berlin veranstalten. Es soll die Entwicklung und der gegenwärtige Stand der deutschen Gartenkunst durch bildliche und plastische Darstellungen veranschaulicht werden.

— Der Nobel-Friedenspreis ist nun doch trotz des Einspruchs der sozialistischen Störhischmittler zur Verteilung gekommen. Die Preisträger sind ein holländischer Staatsrat, der das Institut des internationalen Rechts mit ins Leben gerufen hat, und der Begründer der deutschen Friedensgesellschaft, ein österreichischer Schriftsteller. Die Ohnmacht und die Nutzlosigkeit des Friedenspreises konnte nicht wirksamer erwiesen werden, als durch diese Zuweisung in diesem Jahr des Krieges. Der Friedenspreis könnte seinen Zweck nur dann erfüllen, wenn er ein für allemal der einzigen großen, ehrlichen und konsequenten Friedenspartei der Welt: der Sozialdemokratie überwiesen würde.

Ballinger 338. Diese 9 Genossen kamen also auf den offiziellen Stimmzettel, die ersten 5 mit je 2 Stimmen. Es erhielten außerdem noch Dr. Lindemann 330, Fischer 308, Sämann 286 Stimmen usw.

Gegen die fünf mit je zwei Stimmen bedachten Parteigenossen setzte sofort nach der Aufstellung in bürgerlichen Blättern eine wärende Hege ein. Das „Neue Tagblatt“ in Stuttgart, eines der schlagigsten gegnerischen Organe, veröffentlichte angebliche „Aufschriften aus Parteireisen“, in denen die Genossen in der unflätigsten Weise beschimpft wurden. Leider hat auch ein Parteiorgan, die „Donauwacht“ in Ulm, einen Beitrag zu diesem Kapitel geleistet, der der Wahrheit der Genossen schweren Schaden zufügte. Die Vorwürfe gipfelten in der Hauptsache darin, die „Radikalen“ hätten alle verdiente Parteigenossen wie Wasner, Taucher, Mattutat, Ballinger, Lindemann, Fischer usw. brutal hinausgedrängt. „Vandalismus“ wurde der Versammlungsmehrheit vorgeworfen, den Kandidaten wurde Mandatsjägerie nachgesagt usw.

Die Parteileitung sah sich schließlich gezwungen, gegen dieses Treiben öffentlich Stellung zu nehmen. Die von ihr veröffentlichte Erklärung lagelte aber die Gegner nur zu neuen schweren Beschimpfungen an. Es mag ein Fehler der Parteileitung gewesen sein, daß sie nicht kurz und bündig die Gründe dargelegt hat, die in der Versammlung gegen die Wahl der angeblich verewaltigten „Revisionisten“ geltend gemacht worden waren. Ein Redner hatte sich nämlich klar und deutlich gegen die Häufung mehrerer Mandate auf einzelne Genossen ausgesprochen. Parteisekretär Wasner hat außer seinem Parteiposten noch ein Landtagsmandat ausüben, Fischer und Taucher dazugehört, ebenso Lindemann, der zudem aller Voraussicht nach noch ein Reichstagsmandat erhalten wird. Arbeitsekretär Mattutat ist ebenfalls Landtagsabgeordneter, die Parteigenossen rechnen damit, daß er bei der bevorstehenden Reichstagswahl den Herrn Konrad Haushmann, den Führer der Volkspartei, werfen wird. Diese Erwägung mag diese Versammlungsteilnehmer betrogen haben, davon abzusehen, ihnen zu diesen Mandaten auch noch ein weiteres als Gemeinderat aufzubürden. Versehen darf allerdings nicht werden, daß die Haltung, die Wasner, Fischer und Mattutat bei verschiedenen Gelegenheiten gegen die Mehrheit der Stuttgarter Parteigenossenchaft eingenommen haben, zu dem Abstimmungsergebnis mit beigetragen haben wird.

Einige Tage vor der Wahl wurde in der bürgerlichen Presse bereits ein Gegenvorschlag gegen den offiziellen Wahlvorschlag der Partei veröffentlicht. Es gelang der Parteileitung festzustellen, daß ein der Partei nicht angehöriger Buchdrucker bei diesem Stücklein beteiligt war. Am nächsten Tag wurde jedoch bekannt, daß der eigentliche Urheber ein Parteigenosse war, der den Stimmzettel auch an ein Parteiorgan eingesandt hatte. Das Begleitschreiben dazu trug eine gefälschte Unterschrift.

Währenddessen ging die Hege in der bürgerlichen Presse munter weiter. Am Abend vor der Wahl wurden nun in allen größeren Betrieben Stuttgarts durch gewerkschaftliche Vertrauensleute Stimmzettel zur Verteilung gebracht, die, mit der Aufschrift des offiziellen Parteizettels versehen, eine andere Kumulierung enthielten als der Parteizettel. Die drei an erster Stelle stehenden Genossen sind vollständig gestrichen, die beiden folgenden mit je einer Stimme belassen, die letzten vier jedoch mit je zwei Stimmen bedacht. Zur Anfertigung dieses gefälschten Zettels hat man einen offiziellen Zettel erst zerstückelt, dann photographiert und den Druck mit Klischee bewerkstelligt.

Ein Teil der Vertrauensleute, die den Schwindler meckten, hat diese Fälschungen der Parteileitung zugestellt, der andere Teil hat sie ausgegeben, wohl ohne sich sofort der Fälschung bewußt zu sein.

Die Parteileitung bemühte sich, noch am Wahltag die Arbeiterschaft über das Stücken aufzuklären durch Plakate und Flugblätter; leider war das nicht überall mehr möglich. Ob die Ausübung einer Belohnung von 100 M. für die Feststellung des Fälschers Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.

Daß dieses Wahlmanöver die Mehrheit der Parteigenossenchaft aufs äußerste erbittert hat, ist begrifflich. Die Spekulation auf die durch die bürgerliche Presse bearbeitete Mißtrauferschaft dürfte aber wohl den gewünschten Erfolg gezeitigt haben.

Ueber das Ergebnis der Stuttgarter Gemeinderatswahl
Wird uns mitgeteilt, daß unserer Partei von 14 zu Wählenden 6 Sitze zu stehen, darunter 4 auf 6, 1 auf 4, 1 auf 2 Jahre. Die Nationalliberalen bekommen 4, die Volkspartei 3, die Konservativen 1 Sitz, das Zentrum ging leer aus. Gewählt wurden die Genossen Taucher, Wasner, Ballinger (bisher Gemeinderäte), Mattutat (bisher Bürgerausschuhmitglied), Schwab und Engelhardt. Die Genossen Westmeyer, Oster und Stetter blieben in der Minorität. Die Gesamtzahl der für uns abgegebenen Stimmzettel betrug 1175 gegen 1278 bei der Oberbürgermeisterwahl im Mai d. J. Während bei früheren Wahlen nur 13 bis 14 Proz. der sozialdemokratischen Wahlzettel abgegeben wurden, stieg dieser Prozentsatz diesmal auf 48! Es wurden nämlich 5832 sozialdemokratische Zettel abgegeben, 5342 abgegeben. Auch bei den bürgerlichen Parteien waren die Abänderungen viel zahlreicher als früher, was zur Folge hatte, daß das Ergebnis der am Freitag vorgenommenen Wahl erst Sonnabend in später Nachtrunde bekannt wurde.

Die bürgerliche Presse hält es angesichts des Wahlergebnisses für angebracht, von einer „Niederlage des Radikalismus“ zu sprechen. Davon kann gar keine Rede sein. Trotz des parteischädigenden und heimtückischen Treibens einzelner Personen, die sich aus Heißheit noch nicht einmal zu ihrer Tat zu bekennen wagen, sind 489 unbedachte, also „radikale“ Wahlzettel mehr abgegeben worden als abgeändert. Daß die radikalen Genossen unterliegen, ist auf das Kumulierungssystem zurückzuführen.

Die erste Landeskonferenz der serbischen Sozialdemokraten Ungarns
Sah am 19. und 20. November in Ujvidek unter Teilnahme von 36 Delegierten statt. Außer der Zentralparteileitung waren noch die kroatische und die Partei des Königreichs Serbien (zugleich für die bulgarische Partei) vertreten. Die Partei, deren Mittelpunkt bisher in Pest war, besteht erst seit vorigem Jahre. Sie zählt 15 Vereine mit 580 Mitgliedern. Etwa 2000 serbische Arbeiter gehören den Gewerkschaften Ungarns an. Das Parteiblatt „Sloboda“, das bisher dreimal monatlich erschien, hat 1000 Abonnenten. Es wird nun wöchentlich herausgegeben werden. Daneben besteht noch „Napred“ mit 300 Abonnenten, 35 Versammlungen mit Demonstrationen und 125 Vorträge wurden veranstaltet. Daneben wurden 37 Volksversammlungen veranstaltet, und „Sloboda“ hat bereits 26 Preßprozesse. Neben der Brutalität der Behörden ist der fanatische Alexikalismus, dem der größte Teil des serbischen Volkes noch ergeben ist, der Hauptfeind.

Parteiliteratur.
Der Kampf um die Reichsversicherungsordnung. Herausgegeben vom Vorstande der sozialdemokratischen Partei. Berlin 1911. Verlag Buchhandlung Vorwärts.
In übersaus klarer und übersichtlicher Weise wird in diesem Werke die so vielgerühmte Reichsversicherungsordnung beleuchtet und die antisoziale und arbeitserwidende Haltung der bürgerlichen Parteien an den Pranger gestellt. Gleichzeitig gibt das Werk ein sehr reiches Bild von dem Wesen der gesamten Sozialversicherung.

Künstlerischer Wandschmuck.
Der Bildungsausschuh hat auch in diesem Jahre auf eine bödige neue Herausgabe des Verzeichnisses für künstlerischen Wandschmuck verzichtet und nur den Nachtrag vom Vorjahre erweitert und mit

einer illustrierten Beilage versehen. Der Nachtrag enthält Angaben über Bilder aus den Verlagen Voigtländer-Weipzig, Merfeld und Donner-Weipzig, Jander-Berlin, Nordwestdeutscher Kunstverlag-Goslar a. S., Marquardt-Hamburg, Buchdruckerei Auer u. Co.-Hamburg. Der Nachtrag und das vor zwei Jahren erschienene große Verzeichnis wird an alle Interessierten von der Geschäftsstelle des Bildungsausschusses (Heinrich Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3) versandt.

Zum Parteitag der ruthenischen Sozialdemokratie. Wie nachträglich gemeldet wird, hat der Parteitag die seit Jahren in Galizien konstituierte „jüdische sozialdemokratische Arbeiterpartei“ als Bruderpartei anerkannt.

Jugendbewegung.

Vom Kampfe gegen die proletarische Jugendbewegung.

Das Schöffengericht zu Görlitz hatte den Obmann des Jugendauschusses, Genossen Fritz Eichhorn, zu 15 M. und die übrigen acht Mitglieder zu je 5 M. Geldstrafe verurteilt und zwar wegen angeblicher Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes. Der Jugendauschuh sollte ein politischer Verein sein. Alle Verurteilten legten Berufung ein. Die Strafkammer als Berufungsinstanz fällt am Sonnabend folgendes Urteil: Die Verurteilung des Angeklagten Eichhorn wird auf dessen Kosten verworfen. Seine Verurteilung sei mit der Wahgabe erfolgt, daß er sich der Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes in zwei Fällen schuldig gemacht habe. Die Jugendorganisation (1) bilde einen Verein, der auch politische Zwecke verfolgte. Als Vorstand habe der Angeklagte die Pflicht gehabt, die Statuten und die Liste der Vorstandsmitglieder einzureichen. Ferner habe er Personen unter 18 Jahren in den Versammlungen geduldet. Die übrigen acht Angeklagten wurden freigesprochen. Sie seien keine Vorstandsmitglieder der „Freien Jugendorganisation“ gewesen, hätten vielmehr nur aufsichtsweise die Vertretung geführt und seien deshalb nur als gewöhnliche Mitglieder zu betrachten.

Nach dem Urteil hat das Gericht in dem Jugendauschuh eine Organisation erblickt, obwohl dafür jede Voraussetzung fehlt. Warum der Jugendauschuh ein politischer Verein sein soll, wurde mit keinem Wort erwähnt; es muß darum das schriftliche Urteil abgewartet werden. — Innerlich ist es, wie eine Bestrafung des Genossen Eichhorn wegen Nichterreichung der Liste der Vorstandsmitglieder erfolgen kann, wenn das Gericht selbst ausspricht, daß die übrigen Jugendauschuhmitglieder keine Vorstandsmitglieder sind. Die Sache wird voraussichtlich noch eine höhere Instanz beschäftigen.

Der Kampf um die Jugend.

Auf einer Tagung des Altsächsischen Verbandes in Pöbe sprach Generalmajor a. D. Reim-Wein über die deutsche Jugend-erziehung und Jugendpflege. Er stellte dabei die Forderung auf, daß die eigentliche Fürsorge für die Schulentlassenen künftig organisiert werden muß, weil es nur auf diese Weise möglich ist, in die jugendlichen Kreise der Arbeiterbevölkerung und des Kleinbürgertums zu gelangen, die, wie die Dinge jetzt liegen, mit der Zeit der Sozialdemokratie zufallen müssen. — Solange es Arbeiterfamilien gibt, die wissen, was ihnen frommt, wird alle Anstrengung die Arbeiterkinder der Arbeiterschaft zu entfremden und sie für die der Ausbeutung zu gewinnen, vergeblich sein.

Gerichts-Zeitung.

Freie Volkshöhne und Zensur.

In der Nummer vom 23. September 1911 haben wir über die Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht in dem Prozeß berichtet, den die Freie Volkshöhne, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Peinemann, gegen den Polizeipräsidenten von Berlin geführt hat. Obernützlich hat der Polizeipräsident in Uebereinstimmung mit dem Oberpräsidenten ausgesprochen, daß die Vorstellungen des Vereins „Freie Volkshöhne“ als öffentliche der Zensur unterliegen. Gegen diese Anordnung erhob die Freie Volkshöhne Klage beim Oberverwaltungsgericht. Dieses hat, wie wir seither mitgeteilt haben, die Urteilsverföndung ausgesetzt und erklärt, daß den Parteien schriftlich das Urteil zugestellt werden solle. Diese Zustellung ist am 11. Dezember erfolgt.

Das Oberverwaltungsgericht hat die Klage der Freien Volkshöhne zurückgewiesen. In den Gründen wird ausgeführt:

Die Vorschriften, betreffend die Theaterzensur sind trotz des Reichsvereinsgesetzes in Geltung geblieben. Die Entscheidung hänge mithin allein davon ab, ob die Theatervorstellungen als öffentliche angesehen seien. Diese Voraussetzung liege aber vor. Bei der Freien Volkshöhne handelt es sich um einen Verein, der sich die Aufgabe gestellt hat, das Verständnis für Kunst in der Arbeiterschaft zu fördern. Dieser Zweck sei zwar für alle Mitglieder ein gemeinsamer, aber kein einheitlicher. Jedes Mitglied verfolgt für sich den persönlichen Zweck, sein Bedürfnis nach Kunstgenuß zu befriedigen, und es bedient sich des Zusammenschlusses mit den anderen nur, weil es seinen Zweck günstiger auf anderem Wege nicht erreichen kann. Dies tritt scharf vor, wenn diesem Verein andere Organisationen, wie namentlich die Wahlvereine oder sonstige politische Vereine gegenüber gestellt werden. Diese erschöpfen sich nicht damit, daß sie den Mitgliedern Gelegenheit zur Aufklärung und Belehrung über politische Fragen und über ihre Stellungnahme zu Wahlen bieten. Sie verfolgen darüber hinaus den Zweck, durch den Zusammenschluß ihrer Mitglieder ein bestimmtes, einheitliches Ziel, wie die Einwirkung auf die Zusammenfassung der gesetzgebenden oder sonstigen öffentlichen Körperschaften oder auf andere politische Angelegenheiten in bestimmtem Sinne zu erreichen. An einem einheitlichen, über dem persönlichen Sonderinteresse der einzelnen Mitglieder stehenden Ziele in diesem Sinne mangelt es aber der Freien Volkshöhne, im Gegensatz zu den Wahlvereinen. Unter diesen Umständen könne der Verein als eine geschlossene Gesellschaft nicht angesehen werden, da der Zutritt zum Verein jedermann frei stehe, die Zahl der Mitglieder eine überaus große sei und der Zweck des Vereins sich in der Beteiligung an den Theatervorstellungen erschöpfe. Deshalb könne der Verein nicht als ein in sich geschlossener, bestimmt abgegrenzter Kreis innerlich unter einander verbundener Personen angesehen werden. Insbesondere komme noch in Betracht, daß außer den Mitgliedern auch deren Angehörige und Gäste, zwar nur gegen Karten, aber ohne jede weitere Kontrolle, zugelassen werden. Gäht man dies zusammen mit der Tatsache, daß der Verein über 18 000 Mitglieder zählt, die sich hauptsächlich aus der mehr oder minder fluktuierenden Arbeiterbevölkerung zusammensetzen, so könne keine Rede davon sein, daß der Verein eine geschlossene Gesellschaft bilde.

Die Frage der Zulässigkeit von Plakaten.

Die die Bewilligung von Streifenforderungen betreffen, beschäftigte wieder den Strafsenat des Kammergerichts, und zwar in einer Sache, wo das Urteil des Landgerichts, der zweiten Instanz, wenn auch nicht im Ergebnis, so doch in der Begründung beziehungsweise tatsächlichen Feststellung etwas abwich von der neulich mitgeteilten Sache. Das bekannte Plakat:

„Teile meiner verehrten Kundenschaft mit, daß ich die Forderungen der Wähler und Kandidaten bewilligt habe.“ war auch in den 50 Großberliner Plakaten der Großbäckerei von Plotner aus-

gehängt worden. Deren Geschäftsführer Zacharias wurde vom Landgericht wegen Uebertretung des § 9 des preussischen Preßgesetzes verurteilt, weil er ein Plakat öffentlich ausgehängt habe, das nicht zu den durch § 9 zugelassenen Plakaten gehöre. In Frage käme hier nur, so wurde ausgeführt, ob es sich um eine nach § 9 zulässige Nachricht für den gewerblichen Verkehr handele. Es könne nun nicht verkannt werden, daß das Plakat inhaltlich auch gewerblichen Zwecken diene. Es soll darin dem Publikum beziehungsweise der Plakatsendenden Kundenschaft mitgeteilt werden, daß die Firma sich den Streifenenden gefügt habe. Das bezwecke auch, den mit diesen sympathisierenden Teil des Publikums vom Konkurs abzuhalten, zum Kauf anzuregen und von der Konkurrenz fernzubalten. Das sei aber nicht der einzige Zweck des Plakats. Vielmehr erfolge es noch weit mehr, wie das Gericht überzeugt sei, die Tendenz, die streifenenden Arbeitnehmer in ihrem Kampfe um günstigere Arbeitsbedingungen dadurch zu unterstützen, daß die Gefügigkeit einer großen Firma der Öffentlichkeit bekanntgegeben werde, sowie weiter, Kundgebungen und Ansammlungen, wie sie bei solchen Streifen zuweilen seitens der Streifenenden und ihrer Angehörigen und Anhänger veranstaltet würden, zu verhüten. Das seien aber keine Nachrichten für den gewerblichen Verkehr mehr.

Zacharias legte Revision ein und sein Anwalt, Dr. Karl Liebkecht, machte geltend, daß das Landgericht zu Unrecht ein nach § 9 ausgeschlossenes Plakat annehme. Zweifellos handelte es sich hier um eine Nachricht für den gewerblichen Verkehr im Sinne des § 9. Jede Nachricht eines Gewerbetreibenden, die bestimmt und geeignet sei, auf die Kundenschaft zugunsten des Gewerbetreibenden einzuwirken, müsse als Nachricht für den gewerblichen Verkehr angesehen werden, selbst im Sinne jenes an sich durchaus veralteten und nur gegen die sozialpolitischen Bestrebungen der Arbeiterschaft noch angewandten Gesetzes. Die sprachliche Bestimmung und Fügung des Plakats sei hier festgestellt worden. Nun komme aber das Gericht zur Verurteilung, indem es sage, auch noch andere Zwecke würden mit dem Plakat verfolgt. Das müsse aber doch ganz gleichgültig sein der Tatsache gegenüber, daß das Plakat eine Nachricht für den gewerblichen Verkehr sei. Daß es überhaupt eine solche sei, müsse genügen, es als zulässig erscheinen zu lassen. Im übrigen sei es auch falsch, diejenigen Plakate als öffentlich ausgehängt anzusehen, welche von der Straße aus nicht sichtbar seien. —

Das Kammergericht verwarf aber die Revision, indem es auch in diesem Falle seinen kürzlich schon im „Vorwärts“ mitgeteilten Standpunkt für ausschlaggebend erachtete. Danach darf sich eine „Nachricht für den gewerblichen Verkehr“ im Sinne des Gesetzes lediglich auf das Verhältnis zwischen Gewerbetreibenden und Publikum beziehen.

Gegen den Messerstecher Vennewitz.

Der besonnllich in dem Verdacht steht, jene Messerattentate auf Frauen und Mädchen begangen zu haben, die Ende vorigen Jahres allgemeine Erregung verursacht hatten, hatte gestern die 12. Abtheilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Günther zu verhandeln. — Der Angeklagte war, wie seither mitgeteilt, am 21. August d. J. von der 1. Strafkammer des Landgerichts I wegen zweier Messerattentate auf Prostituierte zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt worden, die er zurzeit in dem Strafgefängnis Wlodenfer verbüßt. Schon damals ruhte der Verdacht auf ihm, auch jene Messerattentate verübt zu haben, die Ende v. J. von einem unbekannt gebliebenen Täter auf der Straße verübt worden waren. Es handelte sich im ganzen um 70 derartige Fälle, die von der Kriminalpolizei zum Gegenstand eines sehr umfangreichen Ermittlungsverfahrens gegen Vennewitz gemacht wurden. Zahlreiche der gestohlenen Frauen und Mädchen mochten ihn mit aller Bestimmtheit als den Täter wieder erkennen, während andere ihn wiederum nicht relognoszieren konnten. — Zur Anklage stand jetzt einer der Fälle, in denen Vennewitz mit aller Bestimmtheit wiedererkannt worden sein soll. — Im November v. J. wurde die Prostituierte Olga Hubrig, die sich jetzt in Wredau aufhält, in der Vorhofsstraße von zwei Männern angegriffen, die sie dann in ihre in der Elssasser Straße gelegene Wohnung begleiteten. Hier kam es wegen der Begehung zu Streitigkeiten, in deren Verlauf der kleinere der beiden Männer mit einem Taschenmesser auf die H. eintraf. Als auf die Hilferufe der H. deren Wirtin und ein ebenfalls dort wohnhafter Kaufmann Wilhelm Seidler hinzueilten, äußerte der Messerstecher zu dem zweiten Manne: „Du hol' doch Deinen Knauer raus und schlege los.“ Die beiden Leute entfernten sich dann ungeschindert. — Bei einer späteren Gegenüberstellung vor dem Kriminalkommissar Peters will die Hubrig den Angeklagten Vennewitz mit aller Bestimmtheit als den Täter wiedererkannt haben. Sie beidete diese Aussage dann auch bei ihrer kommissarischen Vernehmung in Wredau. Der zweite Mann wurde von der Kriminalpolizei in der Person des sich jetzt in Bromberg aufhaltenden Palers Timm ermittelt. Dieser schilderte den Sachverhalt genau so wie die H., nur behauptete er, nicht gesehen zu haben, daß Vennewitz die H. mit dem Messer gestochen habe. — In der gestrigen Verhandlung waren auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Posener der Kaufmann Seidler und die frühere Wirtin der H. geladen. Beide erklärten übereinstimmend, daß der Angeklagte nicht der Täter sei. Dieser sei viel größer gewesen. Bei diesen widersprechenden Zeugenaussagen hielt es das Gericht doch für geboten, die Zeugen Hubrig und Timm persönlich vorzuladen, um eine nochmalige Gegenüberstellung vor Gericht herbeizuführen. Die Verhandlung mußte deshalb verlagert werden.

Einen eigenartigen betrügerischen Trick.

Durch den mehrere Sargfabrikanten und Blumenhändler geschädigt worden sind, hatte sich die Näherin Flora Liepe erksonen. Sie erschien kurz hinter einander bei zwei Sargfabrikanten, setzte eine Trauermiete auf und bestellte einen Sarg für ihren angeblich in Kaufdorf gestorbenen Bruder. Dann machte die Angeklagte plötzlich die Entdeckung, daß sie ihr Portemonnaie verloren haben oder daß es ihr gestohlen sein müsse und sie war anscheinend untröstlich über ihren Verlust, da sie nun gar nicht wußte, wie sie wieder nach Hause kommen sollte, zumal sie auch noch einen kleinen Einkauf zu besorgen hätte. Die beiden Sarghändler, die die Bestellung dankend entgegengenommen hatten, erklärten sich sofort bereit auszubestellen und opferten der eine 1 M., der andere 2 M. Als dann die bestellten Särge abgeliefert werden sollten, sahen die Geschäftsinhaber, daß sie einer dreisten Gaunerin zum Opfer gefallen waren, die auf diese Weise sich Geld zu verschaffen wußte. In ganz ähnlicher Aufmachung sind auch zwei Blumenhändler und ein Friseur um je 5 M. geprellt worden. Hier lautete die Bestellung auf Lieferung eines Brautbräutens und einer Brautfrisur, wobei sich die Angeklagte als die glückliche Braut ausgab. In diesen Fällen gab sie an, daß sie ihr Portemonnaie vergessen habe und noch in der Eile einiges für ihr Brautkleid einlaufen müsse. Auch in diesen Fällen wurde es ihr nicht schwer, die in Frage kommenden Geschäftleute um die kleinen Beträge zu erleichtern. In einem weiteren Falle wurde sie als Verirrerin erkannt und verhaftet. Die Angeklagte war geständig. Die Rechtsanwält Dr. Karl Uwensthal unter Beweis stellte, hatte sie aus Not gehandelt. Mit Rücksicht hierauf verurteilte sie das Schöffengericht gestern zu vier Wochen Gefängnis.

Namensänderung.

Dr. jur. Kay, der sich u. a. literarisch betätigt, nannte sich Dr. Kay-Forsner. Er wurde wegen unbefugter Namensänderung angeklagt und auch in zweiter Instanz vom Landgericht Berlin zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er sich nach Annahme des Gerichts ohne behördliche Genehmigung einen andern, als den ihm allein zukommenden Namen Kay beigelegt habe, in der Absicht, ihn dauernd zu führen. Er habe ihn nicht nur in seinen Kreisen, sondern auch Behörden gegenüber geführt. Bei dieser Feststellung behandelte das Gericht den Einwand des Klägers, er habe sich einen Schriftstellernamen beilegen können, als unerheblich. Das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten, weil die Vorinstanz die tatsächlichen Feststellungen rechtlich richtig gewürdigt habe.

Verfammlungen.

Die polnischen Genossen Berlins im Wahlkampf.

Nachdem durch die amtliche Ausschreibung der Reichstagswahlen die Hesse, die der berüchtigte Sprachenparagraf des Vereinsgesetzes den Polen auferlegt, gelöst worden sind, hat der Verein polnischer Sozialisten in Berlin eine öffentliche Wählerversammlung einberufen, um gegen die durch die Nationalpolen aufgestellte Sonderkandidatur Stellung zu nehmen. In einem einhelfständigen Referat beleuchtete Genosse Rybicki die heuchlerisch verzerrende Politik der polnischen Reichstagsfraktion und empfahl zum Schluss folgende Resolution, welche einstimmig angenommen wurde:

„Die am 10. Dezember 1911 in Berlin, „Concordia-Saal“, Andreasstraße, versammelten polnischen Reichstagswähler sind mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und brandmarken die völkerverfeindliche Politik der polnischen Reichstagsfraktion, welche nur die Interessen des polnischen Adels und der polnischen Besitzenden Klasse vertritt, jedoch für die wichtigsten Bedürfnisse des arbeitenden Volkes kein Verständnis, sondern nur heuchlerische Phrasen gehabt hat. Die Versammelten können es aber

polnischen Reichstagsfraktion nicht vergeffen, daß sie im trauten Wettbewerb mit den preußischen Junkern bei der Finanzreform dem arbeitenden Volke die wichtigsten Lebensmittel verteuert hat, und verpflichtet sich, alles aufzubieten, um möglichst sämtliche polnischen Wähler zur Abgabe ihrer Stimmen für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zu bewegen, denn nur diese geben die Gewähr, daß die Rechte des Volkes verteidigt und nicht verraten werden.“

Briefkasten der Redaktion.

Spandan G. S. 101. Sie sind in Spandan wahlberechtigt. Militärpost 3. S. genügt. Sehen Sie nach Auslegung die Wahlweise ein. — **Ruther. 1. u. 2.** Sie können aber Ihre Pflicht auf den Nachschickschränken. 3. Sa. sofern die Kinder noch nicht 15 Jahre alt sind. Antrag muß sofort gestellt werden. 4. Sa. — **D. W. 011.** 1. Kein. 2. Drei Ränitel des Jahresverdienstes des Verstorbenen als Abfindung. 3. Die Witwe kann verlangen; Forderung unzulässig. — **Steuer. 1. u. 2.** Sa. **N. S. 100.** Besprechen Sie sich bei der Schuldenverwaltung. — **D. S. Dunderstr. 73.** Sa. — **D. S. 1880.** Bis Ende dieses Monats kann

der Antrag noch gestellt werden, sofern die Ehe nicht vor länger als einem Jahre geschlossen ist. — **G. S. 100.** 1. u. 2. Die Eltern, Geschwister und Geschwisterkinder sind nacheinander zur Hälfte erbberechtigt, ausgenommen die Hausaltungsgegenstände. 3. Testament, das entweder zu notariellen oder gerichtlichen Protokoll erklärt oder eigenhändig errichtet sein muß. —

Witterungsüberblick vom 11. Dezember 1911.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10 U. 10 U.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10 U. 10 U.
Stettin	758	SW	7	bedeckt	1	Saparanda	761	SW	2	halb bb.	6
Danzig	748	SW	4	bedeckt	0	Petersburg	765	SW	2	Schnee	3
Berlin	759	SW	2	halb bb.	0	Warschau	744	SW	2	halb bb.	8
Frankfurt	749	SW	2	Regen	4	Berlin	728	SW	2	Regen	6
München	753	SW	2	bedeckt	1	Paris	747	SW	3	bedeckt	6
Wien	756	SW	3	Wolke	0						

Wetterprognose für Dienstag, den 12. Dezember 1911.

Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich starken südwestlichen Winden, später aufklarend und wieder etwas kälter. Berliner Wetterbureau.

Bestes Weihnachtsgeschenk!

Wiederverkäufer für Bromsberkarten zum 12. 1. 1912 gesucht.



Wiederverkäufer für Bromsberkarten zum 12. 1. 1912 gesucht.

Gruppenbild der Reichstagsabgeordneten

Singer * Liebknecht * Bebel

in künstlerischer Ausführung und gut unter Glas gerahmt
Größe 30x30 cm, ungerahmt M. 1,—
in verschiedenen Rahmen 3,—
44x54 cm, ungerahmt 2,75
in Eiche mit Goldvorstoß 6,25
55x65 cm, ungerahmt 4,50
in Eiche mit Goldvorstoß 9,50

Ansichtskarten 100 Stück 6 M., Dtzd. 80 Pf.
Vereine erhalten Rabatt.
Wiederverkäufer und Vertreter werden gesucht.

Kunstverlag „Veritas“

Berlin C. 2

An der Stralauer Brücke 3.

Größte Puppen-

Spezial-Fabrik Berlins

P. R. ZIEROW

Berlin N., Schönhauser Allee 179.
Größtes Lager von
Kugelenpuppen, Charakterbabys, Bälgen,
Köpfen, Perücken, sämtl. Puppenartikeln.
Reparaturen und alle Ersatzteile.
Engros. Einzelverkauf.

Das neue Zündholz

(D. N. Patent angemeldet.)

ist das praktischste Weihnachtsgeschenk!
Einzig vollkommener Erfolg für die alten Streichhölzer.
Eine bombstrenge Wesheit! Bündel mit tödlicher Sicherheit!
Ohne Rückwerk, ohne Mechanismus. Jahreslang haltbar! Sparsamer und bequemer als alles bisher existierende! Preis per Stück



nur Mf. 1.25, Porto 20 Pf. bei Vereinsbestellung auch Verkaufer oder Nachnahme.

Jeder Besteller erhält das neue Zündholz 14 Tage zum Ausprobieren und verpflichtet uns auf nachdrücklichste, den Betrag bei nicht völliger Zufriedenstellung sofort zurückzulassen. 273/11

Kirberg & Co. in Boche Nr. 5 bei Solingen.
Weihnachtskatalog über viele Neuheiten, Kinderpiel- sachen, Christbaumgarn und vieles mehr und frei an jedermann.

Echte Nürnberger Bruchlebkuchen

Frischbackene, nur beim Backen etwas außer Fassung geratene Kuchen, sonst in Qualität und Geschmack vorzüglich, keine gewöhnliche Marktware, große u. mittelgroße Basler, Braune, Weiße u. Eisenlebkuchen gemischt, im Karton B. I. N. 5 Pfund 3.80 M. und 10 Pfund 7 M. Porto und Verpackung frei. Gegen Nachnahme oder Vereinsendung. 187/1*

Carl Gropp, Nürnberg 34, Schweglerstraße 31.

Schenken Sie so etwas!



Kronen-Arnhold,
Fabrik u. Verkaufsstelle, led. An.
Berlin S.W. Alexandrinenstr. 110
Belichtungskörper jeder
Uebart u. jedes Größtes b.z. einfach
Genü. Ganzlich Stark u. Schwachstromtauglich
Vorzüge dieses Apparates erhalten auf
Grund mein. Katalog 25 Pf. Schriftabakt.

Spezial-Geschäft für Seifen, Öle, Lichte

Wirtschaftsartikel. Billigste Preise!
Waschmaschinen zum Leihen pro Tag 40, 1/2 Tag 20 Pf.
Luftdruckdrehrolle mit elektr. Betriebe pro Stunde 30 Pf.
Um geeigneten Zuspruch bittet Hochachtungsvoll
Chr. Wegner
Rixdorf, Schillerpromenade 10.

Haut- u. Harn-

leiden, Ehrlich-Hata, Schäden d. Quecksilb. — Konsultation frei! Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc. !! Teilzahlung gestattet!!
Dr. Homeyer-Friedrichstr. 180
a.d. Kochb. Spr. 9-2-4, Sonnt. 11-12
Zigarren- W. Herbst
Fabriken gegr. 1892. — Tel.: IV, 3873.
BERLIN S.W., Ritterstr. 83
Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen.
— Tarifarbeit.

Beste Bezugsquelle zum Weihnachtsfest in allen Geschäften

Auf Teilzahlung wöchentlich nur 1 Mark.

Herren- und Damen-Uhren, Haupt-Uhren, Regulatoren, Preiswäcker, Ohringe, Broschen, Ketten, Ringe, Armbränder, Grammophone, Phonographen, Zithern, Spielzeug, Harmonikas, Mandolinen, Gitarren, Corsets, etc.

JUHRE & KÖNIG

Warschauer Str. 68, Bölowstr. 48 Invalidenstr. 7.

Sobem erschien eine Neuauflage des:

Rückwärts

Zentralorgan des schwarzen Blocks.
Offizielles Organ der deutschen Schaf- u. Schweinezüchter reich illustriert, Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs und Zeitungs- pediteure, sowie durch die
Buchhandlung Vorwärts.

Am Sonnabend, den 9. d. Mts., abends zwischen 7-7 1/2 Uhr, auf dem Wege von der Bannerstraße nach Dappold's Brauerei ein
Bestelportemonnaie
mit 331 Mark Inhalt verloren. Da ich das Geld ersetzen muß, ersuche ich den ehrlichen Finder, daselbe gegen hohe Belohnung bei Josephim. Panierstraße 19, abzugeben.

21 Begründet 1804 21

Pelz-waren.

Engros-Expert.
S. Schlesinger,
Neue Königstr. 21
Ordonnanzhaus.
Kein Laden!
II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigen Preisen
Pelz-Stolas
Muffen
Chick garnierte Damenpelzhüte federleicht.
Reparaturen sauber und billig.
Sonntag geöffnet.
Bitte genau auf Hausnummer 21 zu achten.

Große Firma vergibt
Teppiche, Gardinen, Stores,
Steppdecken, Portieren
auf Teilzahlung ohne Anzahlung.
Reine Realitäten. Chiffre S. 100. „Vorwärts“-Expedition, Auguststr. 60.

Pollmanns
Bandagen-
Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandsstoffe, Gummivaren etc.
Berlin N., Lötzhofstr. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

En gros detail
Knaben- und
Jünglings-Garderobe
fertig u. nach Maß
am billigsten und schnellsten in
der Fabrik
Koppenstr. 85, part.,
2 Minuten v. Schles. Bahnhof
77L **Karl Hustädt.**

Wenn nicht in geliefert, auf meine Kosten geg. Nachr. retour für Räucherware, frische Heringe, nicht Schweinöle.
Drück fertige vom 3. f. schöne Mandl ger.
Kiste 45 kl. Fettbücklinge, Stok. H. Rauchschlachs, ger. Schellfisch, H. Rollmops, Goss 40 Heringe, Milchsaucen, Lachsbröckl., Getreide, u. Brathering. Alle 9 leckere Sorten zusammen 2,95 M.
D. Napp, Altona-Ctrafen 62.

Damen-Täschchen

stets aparte Neuheiten
in allen Preislagen.
Gegr. 1828.
C. A. Flemming, Southstr. 11, am Spittelmarkt

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin nur S. Oranienstr. 158
Steppdecken in voller Bettgröße
Similiseide in den Farb. 525-2100
(Seideneresta) bord., 900-2700
Wollatlas blau, oliv
Similiseide (doppel-seitig) 825-2500
Daunendecken 2500-12500
Schlafdecken 250-4800
Echt Kamelhaar à 10 bis 30,00
Weihnachts-Extralist u. Katalog
enorm billiger Geschenkartikel (600 Abbild.) gratis u. franko.

Auf Teilzahlung wöchentlich nur 1 Mark

Grammophone, Pathephone, echte Menzenhauer Zithern, Geigen, Mandolinen, Gitarren, Handharmonikas
M. Jahres Musik-Spezialgeschäfte:
1. Geschäft: Brunnenstr. 117
2. Reinickendorfer Str. 107
3. Moabit, Gotzkowskystr. 31
4. Woldenberger Str. 2.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

Seal

von 9.50 an. Perslaner, Imt., von 6.50 an für eleg. Damen-Baletts.
Tuchinger Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, Berlische.

Sie haben recht,

5 Würfel 20 Pf., einzelne Würfel 5 Pf.

verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann ausdrücklich **MAGGI'S** Bouillon-Würfel

dann der Name **MAGGI** und die Schutzmarke Kreuzstern bieten Garantie für vorzügliche Qualität.



Bücher für den Weihnachtstisch

Klassiker-Ausgaben des Vorwärtsverlages:

Heines Werke Schillers Werke

Je 3 Bände gut gebunden. Eingeleitet und bearbeitet von Franz Mehring.
Preis für jedes Werk nur 4 M.

Sämtliche anderen Klassiker sind durch uns jederzeit zu beziehen.

Ein neues Buch der Freiheit:

Von Unten Auf

Gesammelt und gestaltet von Dr. Franz Diederich.

Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern und Bildwerken.

Preis 2 Bände gebunden 6 M.

Inhalt und Ausstattung lassen dieses Werk besonders als Weihnachtsgeschenk geeignet erscheinen.

Unser Wald. Von Kurt Grottelwitz, herausgeb. von Wlth. Bötische. 2.50, gebd. 3 M.
Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur. Von Kurt Grottelwitz. Mit einem Vorwort von Wilhelm Bötische. —.60, gebd. 1 M.
Aus Tag und Tiefe. Gedichte von Ludwig Lessen. 1.50 M.
Herzliche Grüße. Geschichten von Stefan Großmann. Brosch. 2.—, gebd. 2.50 M.
Gedichte von Klara Müller-Jahnke. Brosch. 3.50, gebd. 4.50 M.
Preussischer Kommiß. Soldatengeschichten von August Winnig. 1.50, gebd. 2.— M.
Erweckt. Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger. Gebd. 1.25 M.

Aus meinem Leben. Von August Sebel. Band I. Brosch. 1.50, gebd. 2.— M. Band II. „ 2.50, „ 3.— „
Die Frau und der Sozialismus. Von August Sebel. Gebd. 3.— M.
Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters. Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende. Gebd. 2.50 M.
Geschichte der Gesellschaftsklassen. Von P. Kampffmeyer. 1.50, gebd. 2.— M.
Die deutsche Revolution von 1848 und 1849. Von Wilhelm Blas. Illustriert. Gebd. 4.— M.
Der Ursprung des Christentums. Von Karl Kautsky. 5.75 M.
Biblische Geschichten. Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion. Von Max Maurenbrecher. Gebd. 7.50 M.

Verfassungswesen und Verfassungskämpfe. Von Georg Gradauer. Gebd. 3.— M.
Der deutsche Bauernkrieg. Von Friedrich Engels. Herausgegeben von Franz Mehring. Gebd. 2.— M.
Die Arbeiterfrage. Von F. A. Lange. Herausgegeben von Franz Mehring. 2.— M.
Der Untergang der Sklaverei im Altertum. Von E. Cicotti. Brosch. 4.50, Gebd. 5.50 M.
Garantien der Harmonie und Freiheit. Von Wilhelm Weitling. Herausg. von Franz Mehring. Gebd. 3.— M.
Wilh. Wolff, Gesammelte Schriften. Herausgegeben von Franz Mehring. Gebd. 2.— M.
Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Von Franz Mehring. 4 Bände 20.— M.

„Kulturbilder“

Wider die Pfaffenherrschaft.

Kulturbilder aus den Revolutionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts.
Von E. Rosenow und M. Ströbel.
Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten.
In zwei Bänden gut gebunden
Leinen 14 M., Halbfranz 16 M.

Die Hohenzollern-Legende.

Kulturbilder aus der preussischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert.
Von Dr. M. Maurenbrecher.
Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. In zwei Bänden gut gebunden
Leinen 14 M., Halbfranz 16 M.

Blut und Eisen.

Krieg und Kriegerturn in alter u. neuerer Zeit.
Von Hugo Schulz.
Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit, darunter viele ganzseitige Illustrationen sowie zwei farbige Kunstbeilagen.
In zwei Bänden gut gebunden
Leinen 14 M., Halbfranz 16 M.

Geschichte der Revolutionen.

Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution.
Von Dr. A. Courady.
Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten.
In zwei Bänden gut gebunden
Leinen 14 M., Halbfranz 16 M.

Jeder Band der „Kulturbilder“ ist ein für sich abgeschlossenes Ganzes und kann daher einzeln bezogen werden.

Ein gutes Hausbuch für die Arbeiterfamilie.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, Band I.

Der erste Band umfaßt die ersten zwanzig Hefte der mit so großem Beifall aufgenommenen Bibliothek. Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält viele Illustrationen und präsentiert sich in einem schmacken Einband. Behandelt werden folgende Gebiete:

Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. — Das erste Lebensjahr. — Gesundheitspflege des Nervensystems. — Der Achtstundentag. — Alkoholfrage und Arbeiterklasse. — Das Schulkind. — Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. — Nahrung und Ernährung. — Wie sollen wir uns kleiden? — Der Arbeiterschutz. — Frauenleiden und deren Verhütung. Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. — Vom medizinischen Aberglauben. — Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. — Verhütung und Heilung des Stotterns. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. — Zähne und Zahnpflege. — Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers. — Der Geschlechtstrieb. — Die Krankenpflege im Hause. — Die Proletarierkrankheit.

Der Preis beträgt 4.50 M.

Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.

Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.

Herausgegeben von Eduard Bernstein.

1. Band: Von 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes 1878.	2. Band: Unter dem Sozialisten- gesetz in den Jahren 1878 bis 1890.	3. Band: Von 1890 bis zur Gründung des Zentralverbandes von Groß-Berlin 1905.
--	--	--

Jeder Band ist auch einzeln zu beziehen.

Preis pro Band in Leinen 6.50 M., in Halbfranz 7.50 M.

Jugendschriften

Ulenbrook.

Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde.
Von Jürgen Brand.
Geschmackvoll gebunden und mit Buchschmuck versehen 1.50 M.

Eine Reise nach Island und den Westmännerinseln.

Reisebriefe u. Tagebuchblätter m. Illustrationen.
Von E. Sonnemann (Jürgen Brand).
Gebunden 2.50 M.

Im Reiche der Technik.

Geschichten für Arbeiterkinder.
Von Richard Woldt.
Reich illustriert gebunden 1.50 M.

Bilderbücher aller Art

(auch unzerreißbare auf Pappe)
in Preislagen von 20 Pf. bis 6 M.
— Vorzügliche Auswahl —

Die vom Bildungs-Ausschuß empfohlenen Bücher sind sämtlich durch uns zu beziehen.

Internationale Bibliothek

U. a.: Kautsky, Karl Marx' Oekonomische Lehren 2.— M., I. Stern, Die Philosophie Spinozas 2.— M., Lissagaray, Die Geschichte der Kommune von 1871 M. 3.—, Kautsky, Das Erfurter Programm 2.— M., Simon, Gesundheitspflege des Weibes 2.50 M., Mehring, Die Lessinglegende 3.— M., Dodel, Mosca oder Darwin 1.50 M., Deutsch, 16 Jahre in Sibirien 3.50 M., Deutsch, Viermal entflohen 2.— M., Bernstein, Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution 4.— M., Kautsky, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft 2.— M.

„Künstlerischer“ Wandschmuck

Die Marschallaise. Von Geré. Kupfergravüre. Bildgröße 47½:67 cm, Kartongröße 79:105 cm. Preis 3 M.
Jugendbild von Lassalle in farbigem Lichtdruck. Künstlerische Reproduktion eines sehr wertvollen Porträts. Preis 3 M.
Auch sehr geschmackvoll gerahmt zu haben.
Preis je nach Ausstattung 4.50—6 M.

Der erste Mai. Vorrüchlich ausgeführte Kupfer-
stauung. Bildgröße 47:69 cm, Kartongröße
73:95 cm. Preis 3 M.

Die Freiheit führt das Volk! Vorrüchlich
ausgeführte Kupfergravüre. Bildgröße 43:52 cm,
Kartongröße 72:95 cm. Preis 6 M.

Steinzeichnungen von Künstlerhand.
Drei verschiedene Sujets in vorzüglicher
farbiger Ausführung. Schacht: Jugendzeit —
Abendwolken — Darfildyl. Preis je nach
Ausstattung 3.— bis 6.— M.
Diese Bilder sind geeignet, das Heim des
Proletariats zu schmücken und wohnlicher zu
gestalten. Preis des einzelnen Bildes in ge-
schmackvollem Rahmen nur 3.50 M.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69

Die hier empfohlenen Schriften sind auch durch die Zeitungsausgabestellen des „Vorwärts“ zu beziehen.

Und sie verhandeln doch!

Am gestrigen Montag fanden die ausgesperrten Berliner Metallarbeiter wieder Aufnahme in den Fabriken, nachdem schon zuvor die Formner vereinbarungsgemäß die Arbeit begonnen hatten. Die Einstellung ging fast ohne Differenzen vor sich, da für dieselbe bis ins einzelne gehende Bedingungen festgelegt waren. Die Formner nahmen die Arbeit an demselben Tage nach erfolgreichem Kampfe wieder auf, als — wie wir an anderer Stelle melden — die akademisch vorgebildeten Eisenkonstruktoren einen wahrlich wacker geführten Kampf mit den Berliner Metallindustriellen als aussichtslos abbrechen mußten. Die Formner sind mit den materiellen Errungenschaften ihres Kampfes nicht zufrieden. Sie haben gegen dieselben gestimmt, weil ihnen die Zugeständnisse der Metallindustriellen nicht ausreichend erschienen. Nur der Umstand, daß zur Fortsetzung des Kampfes nach dem Statut des Metallarbeiterverbandes eine Dreiviertel-Majorität notwendig war, an der wenige Stimmen fehlten, führte zum Abbruch des Kampfes.

Dennoch muß man sagen, daß der Metallarbeiterverband ein Recht hat, auf das Ergebnis dieses Kampfes mit Stolz zu blicken. Er führte den Kampf mit einem der stärksten und erfolgreichsten Gegner der Gewerkschaftsbewegung und hat diesen aus Position auf Position verdrängt. Wenn auch ein fester Stundenlohn für die in Lohn arbeitenden Gießereiarbeiter nicht erreicht werden konnte, so sind doch für die Festlegung der Löhne Normen vereinbart, die eine Willkür ausschließen. Wertvoll ist, daß dem Akkordarbeiter in Zukunft die Zeit, in der er ohne sein Verschulden an der Weiterarbeit verhindert ist, vergütet werden muß. Auch daß der Akkordpreis bei Zuangriffnahme der Arbeit zu vereinbaren ist und der Akkordzettel in der Hand des Formners sein muß, ehe die fertige Arbeit seinen Platz verläßt, wird manchen Konflikt beseitigen, ebenso wie die Bestimmung, daß Änderungen der bestehenden Akkordpreise nur im Einverständnis mit dem Arbeiter vorgekommen werden dürfen. Daß in der Ausschlußfrage eine, wenn auch die Arbeiter nicht voll befriedigende, Regelung erfolgt ist, muß ebenfalls als ein Erfolg betrachtet werden. Ganz besonders wichtig ist die Einsetzung einer Kommission zur Schlichtung von Differenzen, die aus Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller zusammengefaßt ist und aus Vertretern der Arbeiterorganisation. Man muß wissen, mit welchen Mitteln der Verband der Metallindustriellen bisher die Arbeiterorganisation bekämpft hat, um ermessen zu können, welche einen gewaltigen Revision seiner bisherigen Anschauungen dieser Scharfmacherverband durch die Macht der gegen seinen ausdrücklichen Willen groß gewordenen Arbeiterorganisationen gedrängt worden ist, wenn er, um zu verhandeln, jetzt die Hände mit Vertretern der Arbeiter unter einen Tisch legt. Auch daß Mitglieder der Schlichtungskommission in Zukunft nicht von jedem Meister, sondern nur unter Zustimmung der Fabrikleitung entlassen werden dürfen, zeigt, daß man sich nicht unnützlich mit der Organisation der Arbeiter in Konflikt hineinstecken lassen will.

Wir sind überzeugt, daß es gar nicht zum Kampfe gekommen wäre, wenn der Verband der Metallindustriellen den Formnern diese und seine anderen Zugeständnisse sofort gemacht hätte. Lediglich die Art, wie die Metallindustriellen bei Beginn der Unterhandlungen die Arbeiter brüskieren zu können glaubten, ihr Versuch, diese in altgewohnter Scharfmachermantel niederzuknüppeln, die Politik der Drohungen, die schließlich den großen Worten folgende verlegene Tat, all das erbitterte die Arbeiter schließlich so, daß sie — über die Miene der Verweigerung aufgeregt — für den Wert der gemachten Zugeständnisse nicht den Maßstab fanden. Die Arbeiter sahen nur die drohende Miene, sie sahen aber nicht, wie der großphalerische Hegner trotz lauter Worte Schritt für Schritt zurückwich. Sie waren, durch die Geste des Gegners getäuscht, noch geneigt, sich in den Kampf zu stürzen, als das unter den gegenwärtigen Umständen Erreichbare bereits zugestanden war.

Man muß sich die ganze Entwicklung des Kampfes bis zu seinem Höhepunkt vor Augen führen: Im Juli schon formulierten die Formner und Gießereiarbeiter ihre Forderungen. Die Verhandlungen wurden von den Metall-

industriellen unter allen möglichen Vorwänden immer wieder abgebrochen und ihre Reueisnahme verzögert. Die Formner werden ungeduldig. Nach mehr als zwei Monaten, die sie ruhig aber entschlossen Gewehr bei Fuß gestanden hatten, beriefen sie für den 5. Oktober eine Versammlung ein, die auf den 6. verlegt werden mußte weil die Metallindustriellen wieder einmal zu keinem Ergebnis kommen konnten. Endlich erklärten sie plötzlich, daß sie die bis dahin schon gemachten materiellen Zugeständnisse zurückziehen müßten. Die Vorschläge über die Schlichtung von Streitigkeiten lehnten sie grundsätzlich ab! Man vergleiche damit das endliche Ergebnis des Kampfes! Man beschloß die Formner den Streik, erklärten sich aber zu weiteren Verhandlungen bereit. Die Metallindustriellen verlangten die Wiederaufnahme der Arbeit, ehe sie weiter verhandelten und drohten mit der Aussperrung von 60 Prozent ihrer Arbeiter, wenn die Formner die Arbeit nicht aufnehmen würden. Aber die Formner standen fest. Am 30. November erfolgte die Aussperrung!

Wie sie durchgeführt wurde? Es haben sich als ausgesperrt bei den Verbänden gemeldet: 18 845 Metallarbeiter, 1589 Transportarbeiter, 1176 Fabrikarbeiter, 431 Schmiede, 447 Holzarbeiter, 230 Maler, 126 Kupfer Schmiede, 73 Heizer und Maschinisten, insgesamt also 22 936 Mitglieder. Dazu kommen vielleicht noch einige Mitglieder des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter (S.-D.) und einige Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes. Nun werden ja von den Firmen alle diejenigen zu den Aussperrten gerechnet sein, die vor der Aussperrung wegen Arbeitsmangel aus Anlaß des Formnerstreiks ausgeschieden sind oder deshalb entlassen worden sind. Weiter kann man als Aussperrte noch gut gerechnet 8000 Unorganisierte in Anrechnung bringen. Damit dürfte aber alles, was mit der Aussperrung im Zusammenhang steht, erfasst sein. Hierdurch zeigt sich, daß der Beschluß, 60 Proz. der Arbeiter auszusperrn, von den Industriellen nicht ausgeführt worden ist. Einige Firmen — das ist ganz unabweisbar durch die Meldestellen des Metallarbeiterverbandes festgestellt worden — haben allerdings korrekt ausgesperrt, und wenn trotzdem die Gesamtzahl der wirklich Aussperrten hinter der Zahl erheblich zurückbleibt, die hätte herauskommen müssen, wenn auf der ganzen Linie 60 Proz. ausgesperrt worden wären, dann ist damit erwiesen, daß eine Anzahl Firmen den Beschluß des Metallindustriellenverbandes nur recht mangelhaft ausgeführt haben können. Daraus geht auch hervor, wie wenig die Behauptung in verschiedenen bürgerlichen Zeitungen zutrifft, monach der Aussperrungsbeschluß durch die Unternehmer seinerzeit einstimmig und gern gefaßt worden sein sollte. Das war — wie jetzt allmählich durchsicht — nur ein Scheinmandat, um die Arbeiter durch diese Drohung zum größeren Entgegenkommen zu zwingen. Der Beschluß kam in der Konferenz der Unternehmer sicher nur dadurch zustande, weil mit der Ausführung des Beschlusses, 60 Proz. der Arbeiter auszusperrn, nicht ernstlich gerechnet wurde.

Als trotz der Drohung die Einigung ausblieb, und der Termin der Aussperrung herankam, konnten die Unternehmer nicht gut mehr zurück und mußten wohl oder übel den Beschluß zur Ausführung bringen. Sie mußten dann weiter mit ansehen, daß die Formner trotz der Aussperrung feststanden, und mußten schließlich — was sie mit Scharfmachereiden geschworen hatten, nie zu tun, — sie mußten verhandeln, ohne daß vorher die verlangte Aufhebung des Streiks erfolgte. Erst als sie weitgehende materielle und prinzipielle Zugeständnisse gemacht hatten, erfolgte Zug um Zug die Aufhebung des Streiks und der Aussperrung.

So ist im Prinzip der Ausgang des Formnerstreiks ein schöner Erfolg. Mit seinem Vorstoß hat der Metallarbeiterverband dem absolutistischen System in den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen ein Ende gemacht und dem Fabrikinstitutionalismus Eingang verschafft. Diese wichtige und für alle Arbeiter der Metallindustrie folgende Wendung herbeigeführt zu haben, ist der wichtigste Erfolg des Formnerstreiks. Deswegen können die Berliner Formner auf ihren Kampf mit Stolz zurückblicken!

und die war denn auch hundert oder mehr Mann stark auf dem Plan erschienen, um die Streikenden zu verjagen, damit den Streikbrechern das alleinige Beschlußrecht über den Streik gesichert werde.

Im übrigen ist es möglich, daß trotz dieses Schwindelmandats einer „Aufhebung des Streiks“ demnächst Einigungsverhandlungen zu einer regelrechten Beilegung des Kampfes zustande kommen. Wenigstens hat der Magistratsrat v. Schulz als Vorsitzender des Einigungsamtes des Gewerbegerichts die Vertreter der Parteien auf heute nachmittag zu einer Besprechung eingeladen, und hier wird es sich ja zeigen, ob eine Einigung in dem trotz jener Schwindelmandats andauernden Kampfe möglich erscheint oder ob die Herren Konfektionäre hartnäckig mit der kleinen Schar Arbeitswilliger weiter patzieren wollen, mit Wadenhaken, die vielleicht für einen Augenblick einen Teil der Waffen der Streikenden irreführen, aber keineswegs den Frieden in der Damenkonfektion sichern können. Darüber sollten sich doch einigermaßen intelligente Konfektionäre klar sein, daß, wenn es ihnen wirklich gelingen würde, durch solch unredliche Mittel den Kampf für jetzt lahmzulegen, er zu einer ihnen vielleicht noch mehr ungeliebten Zeit mit weit größerer Kraft von neuem aufblühen wird.

Beendigung des Ausstandes der Berliner Eisenkonstruktoren.

Eine Versammlung der Berliner Eisenkonstruktoren beschäftigte sich am Freitag mit dem Stande der Bewegung. Von der Aktionsleitung wurde berichtet, daß im Verlauf der letzten Wochen sich eine wesentliche Verschlechterung der Situation vollzogen habe. Durch das unsolidarische Verhalten des Verbandes Deutscher Diplomingenieure und der von den Unternehmern (zum Schutze der nationalen Arbeit) herangezogenen Ausländer ist es den Eisenbauanstalten gelungen, 75 Prozent der freigebliebenen Plätze zu besetzen. Gleichzeitig gaben die Firmen die Annahme neuer Aufträge stark eingeschränkt und einen Teil der eilfertigen Arbeiten an auswärtige Firmen abgeschoben, so daß es ihnen trotz der geringeren Qualität des neuen Personals möglich sein dürfte, sich über die jetzt gerade einsetzende kalte Zeit hinwegzuhelfen. Alle Versuche, mit den Arbeitgebern zu Verhandlungen zu kommen, sind an der ablehnenden Haltung des Verbandes Berliner Metallindustrieller gescheitert, der den Konflikt unter allen Umständen als eine Nachfrage angesehen wissen wollte. Das beweist auch der Umstand, daß die Metallindustriellen bekanntlich keinen Augen-

blick gezeugert haben, mit der allerdings viel stärkeren Organisation der Metallarbeiter über die Beilegung des Formnerstreiks zu verhandeln, das gleiche Entgegenkommen aber den technischen Angestellten rundweg abgelehnt haben. Unter diesen Umständen glaube die Aktionsleitung trotz der vorzüglichen Haltung der am Kampf beteiligten Kollegen (von 221 am 30. September ausgetretenen Eisenkonstruktoren haben nur 14 die Solidarität gebrochen und sind in ihre früheren Stellungen zurückgekehrt) einer Fortführung des Kampfes nicht das Wort reden zu dürfen. Mit Rücksicht auf das bisherige Verhalten der Arbeitgeber hielt es die Versammlung für zwecklos, noch das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Nach eingehender Diskussion, die sich durch eine bemerkenswerte Debatte und Sachlichkeit auszeichnete, wurde dann in geheimer Abstimmung mit 95 gegen 41 Stimmen beschlossen, den Ausstand sofort abzubrechen. Der Bund der technisch-industriellen Beamten, dem die Eisenkonstruktoren mit wenigen Ausnahmen angehören, gab seinen Mitgliedern noch drei Monate über die Beendigung der Aktion hinaus Solidaritätsunterstützung, die im Durchschnitt siebzug bis achtzig Prozent des Gehaltes beträgt.

Deutsches Reich.

Zur Tarifbewegung in der Stapel-Herrenkonfektion.

Mit dieser Bewegung steht es bekanntlich so, daß durch die energische Tätigkeit des Schneiderverbandes wohl ein Tarifvertrag für die Zwischenmeister zustande gekommen ist, daß jedoch die Tarifvorlage, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen der bei ihnen beschäftigten Gesellen und Arbeiterinnen regeln sollte, von diesen abgelehnt wurde. Die Gesellen wollten auf die von ihnen geforderte Abschaffung der Pensumarbeit nicht verzichten, weil durch das Verlangen, ein bestimmtes, meist übermäßiges Arbeitspensum zu leisten, die im Tarif vorgesehene zehnjährige Arbeitszeit illusorisch gemacht würde, sie wünschten ferner, daß die Mindestlöhne der Wägler und Stepper gleichgestellt und auf 42 M. gesetzt werden sollten und erklärten sich zu weiteren Verhandlungen bereit. Die Zwischenmeister aber hatten die Tarifvorlage, wie sie aus den Kommissionsverhandlungen hervorgegangen war, angenommen, jedoch in derselben Versammlung, die am Tage vor der Gesellenversammlung stattfand, die Gründung einer besonderen Zwischenmeisterorganisation für ihre Branche in Aussicht genommen. Sie wollten eben nicht mehr, wie bisher, mit ihren Gesellen und Arbeiterinnen ein und derselben Organisation, dem Schneiderverband, angehören und meinten, daß sie durch einen eigenen Verband ihre Interessen besser wahrnehmen könnten. Mittlerweile ist diese neue Gründung zustande gekommen, und in der Gründungsversammlung erklärte zwar der Referent, daß die neue Organisation sich gegen die Unternehmer, aber nicht gegen die Gesellen richten werde, aber gleich darauf nahm Herr Heinrich Joseph das Wort und meinte, die Organisation müsse gegründet werden, um den unerschämten Forderungen der Gesellen entgegenzutreten. Im übrigen beschloß diese Versammlung, daß mit der Kommission der Gesellen wieder verhandelt werden sollte, jedoch auf Grundlage der Pensumarbeit und ohne Gleichstellung oder Erhöhung der Stepper- und Wäglerlöhne. Die Versammlungen der beiden Parteien hatten nun also ganz entgegengesetzte Beschlüsse gefaßt, und, wie nicht anders zu erwarten war, erklärten die Vertreter der Gesellen, unter diesen Umständen abermalige Verhandlungen für zwecklos. Im übrigen äußerten sich die Zwischenmeister sehr absperrnd über den mit den Konfektionären abgeschlossenen Tarif, als ob er ihnen kaum nennenswerte Vorteile gebracht habe, und meinten ferner, die Löhne der Gesellen seien schon so hoch, daß sie, die Meister, überhaupt nicht mehr auskommen könnten.

Am Sonnabend fand eine vom Schneiderverband einberufene Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Stapelkonfektion statt, in der die Arbeiter über den Stand der Tarifbewegung berichtete. Die Zwischenmeister hatten im Laufe der Woche durch ein Schreiben angefragt, ob man auf Seiten der Arbeiter zu weiteren Verhandlungen bereit sei, und um Vorschläge dazu ersucht, sowie ferner die Frage gestellt, ob die Arbeiter zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Firmen bereit seien, die sich dem Tarif noch nicht angeschlossen haben. Die Kommission der Arbeiter hat darauf ablehnend geantwortet. Wenn die Meister ein Vorgehen gegen jene Firmen wünschten, müsse es nunmehr ihrem eigenen Verband überlassen bleiben. Nachdem sie sich abgesondert, habe der Schneiderverband keine Lust, für sie einzutreten und sich nachher vorwerfen zu lassen, daß seine Tätigkeit ihnen keinen Nutzen gebracht habe. — Der Redner begründete diese Stellungnahme noch näher und sprach sich dahin aus, daß man nun nicht anders handeln könne, als durch den offenbar nötigen Druck bei gegebener Zeit dafür zu sorgen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der den Zwischenmeistern beschäftigten Arbeiternehmer so geregelt werden, wie es diese für notwendig erachten. Diese Auffassung fand bei der Versammlung, die stärker denn je zuvor besucht war, allgemeinen Beifall, und nach einer regen Diskussion wurde der Kommission Auftrag erteilt, wenn die Zeit gekommen ist, einer neuen Versammlung die notwendig werdenden Maßnahmen vorzuschlagen.

An die Textilarbeiter aller Orte!

Seit dem 15. September 1911, also seit 12 Wochen, stehen die Jutearbeiter und Arbeiterinnen in Bremen im Streik. Die Arbeiterschaft forderte eine Lohnerhöhung je nach den Abteilungen von 10 bis 20 Prozent. Die bis jetzt gezahlten Löhne betragen bei den Arbeiterinnen im Tagelohn 1,50 bis 1,70 M. pro Tag. Der Akkordlohn kommt bei den Spinnerinnen in nur sehr seltenen Fällen auf 2 bis 2,20 M. pro Tag. Die Männer erhielten einen Tagelohn von 2, 2,20, 2,50 und 3 M. pro Tag. Der Akkordlohn betrug in ganz wenigen Abteilungen bis zu 3,20 M.

Die Firma hat nun in sehr vielen Verhandlungen bis jetzt zugestanden bei den Webern auf einzelne Artikel 1 bis 6 Pf. pro 100 Meter. Für die Spinnerinnen wurden zugestanden 4 bis 5 Proz.

Daß bei solchen Löhnen die Arbeiter noch Hunger leiden müssen, ist in den Zeiten der allgemeinen Teuerung auch dem dümmsten Arbeiter begreiflich.

Dieses Angebot lehnten die Arbeiter in einer Versammlung am Sonnabend, den 9. Dezember, einstimmig ab.

Die Firma hat nun erklärt, daß sie die Spinnerinnen überhaupt nicht mehr gebrauche und daß sie sich fremde kommen lassen will. Wir eruchen die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Orte, auf Gesuche der Firma um Arbeitskräfte sich erst mit der Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Bremen, Ernst Daus, Luitzerstraße 103, in Verbindung zu setzen.

Unsere Ortsverbände aber weisen wir an, alle Gesuche erst nach dort zu senden und die Kollegen und Kolleginnen aufzuklären, daß der Streik in Bremen noch unüberdauert weiter dauert. Die Firma verhaßt, die Arbeitswilligen nur Zellpraktiken zu traktieren. Anständiger Löhne zu zahlen findet die Firma keine Veranlassung. Arbeiter und Arbeiterinnen aller Orte, übt Solidarität!

Vornehmlich wird sich die Firma ans Ausland wenden, um von dort Arbeitskräfte zu erhalten. Die Organisationen der Arbeiter werden diesen Plan zu verhindern wissen.

Alle Arbeiterzeitungen des In- und Auslandes werden um Abdruck gebeten.

Gau Hannover des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Emil Döbler, Hannover-Linden, Heunigsdstr. 4.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Schwindelnachricht über den Streik in der Damenkonfektion

verbreitete gestern Abend das „Berliner Tageblatt“, und sie lautet:

Zeich in der Berliner Damenkonfektion. In einer sehr feierlich verlaufenen Versammlung der Schneidermeister und Werkstättenbesitzer wurde heute nachmittag in den Anwaltskassen mit überwältigender Majorität beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Eine Kommission soll sofort mit dem Fabrikantenverband in Verbindung treten, um auf der Grundlage festgelegter Mindestlöhne eine Einigung zu erzielen. An der Versammlung nahmen annähernd tausend Personen teil.

Was steht dahinter? Es waren die arbeitswilligen Meister, die gar nicht am Streik teilgenommen, die Inhaber großer Werkstätten und auch Konfektionäre, die in einer Verlesung nach Rundtomachung streikender Meister, die man aus Versehen hineingelassen hatte, die Aufhebung des Streiks beschlossen. Eigentlich wollten die Herren Arbeitswilligen im Bunde mit den Konfektionären dieses große Friedenswerk ganz allein vollbringen, ohne Widerspruch von „unbesüßener“ Seite, damit die Beendigung des Streiks einstimmig beschlossen werden konnte. Aber trotz aller Vorsichtsmaßregeln waren einige Streikende in den Saal gelangt, die nach Meinung der Versammlungsleiter die ganze Sache gar nichts anging. Einer dieser Streikenden wagte es, den Antrag zu stellen, die Versammlung möge beschließen, den Konfektionären zu erklären, daß Verhandlungen zur Beendigung des Kampfes nur mit den Kommissionsvertretern der Streikenden geschehen werden sollten. Aber der Mann hatte keine Einladungskarte und somit kein Recht, Anträge zu stellen, ja nicht einmal das Recht, da zu sein. So mußte er sich hübsch ruhig verhalten, um mit better Gant aus dieser Versammlung der Friedensstifter der Damenkonfektion hinauszukommen.

Wenn in der Schwindelnachricht des „Tageblattes“ von annähernd tausend Versammlungsteilnehmern die Rede ist, so handelt es sich hier, so weit wir einen Ueberblick über die Sache gewinnen konnten, um eine starke Uebertreibung. Man hat wohl ein halbes Tausend von denen hinzugerechnet, die draußen bleiben mußten, weil sie keine Karten, und als Streikende kein Mitbestimmungsrecht über die „Aufhebung des Streiks“ hatten.

Zum Schutze ihres sichtbaren Zerrens hatten die Herren Arbeitswilligen offenbar von Anfang an die Polizei zu Hilfe gerufen,

Unserem Bezirksführer
Max Quappe
zu seinem 60. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen vom 588. Bezirk
8. Kreis.

Unserer Kollegin, der Zeitungsträgerin Frau
Charlotte Kottonau
zu ihrem 63. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.
Die Botenfrauen des Vorwärts,
Lautitzer Platz 14/15,
Speidition Böhm.

Todes-Anzeigen

Unserem kühnen und Genossen
Adolf Roth
senden zu seinem 43. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche!
Die Bayern von der Polackenecke

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(Weißer Bietel, Bezirk 180.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Wahlkreis
Eduard Bloeklinger
Lautzer Str. 8
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 12. Dezember, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes in Nitz-
dorf, Hermannstraße, aus statt.
207/12 Der Vorstand.

Am Donnerstag, 7. Dezember,
fiel nach kurzem, schwerem Leiden
meiner lieben Frau und guter
Vater, der Schlosser
Karl Wernlein
im 44. Lebensjahre.
Um hilfs Beileid bitten
Wwe. Wernlein und Tochter,
Kammerstr. 21.

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. Dezember,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Kapelle des Apostel-Paulus-Kirch-
hofes, Müllerstr. 44/45, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. Dezember verstarb unser
Genosse, der Schlosser
Karl Wernlein
Kammerstr. 21.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. Dezember, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Philippus-Apostel-Kirch-
hofes aus nach dem hiesigen Fried-
hof, Müllers Gde. Bestattung statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Klempner
Robert Schulze
am 8. d. Mts. an Schlaganfall
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 12. Dezember, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Nitzdorf, Hermannstraße, aus statt.

Berner starb unser Mitglied,
der Schlosser
Karl Wernlein
am 7. d. Mts. an Unfall.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. Dezember, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Nitzdorf, Hermannstraße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
162/16 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband
der Steinarbeiter.
Zahlstelle Berlin.
Am 9. Dezember starb unser
Kollege
Eduard Schütze
im Alter von 51 Jahren an der
Berkraftkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 3 1/2 Uhr von der
Leichenhalle des Dammfahrs-
Kirchhofes in Nieder-Schönhausen,
Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Straßauer Viertel.
(Bezirk 351 II.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Kupfer-
schmied
Karl Jehle
Wobauer Str. 3
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Central-Friedhofes, Friedrichs-
felde, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Kupferschmiede
Deutschlands.
Filiale Berlin.
Am 9. Dezember verstarb unser
Kollege
Karl Jehle
im Alter von 31 Jahren an
Lungenentzündung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des
Central-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Filialvorstand.
Die Sängere treffen sich um
7 1/2 Uhr im Sängersheim, Wagner-
straße 1.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 8. Dezember verstarb unser
Genosse, der Arbeiter
Friedrich Krause
Kameruner Straße 51.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 12. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt. 239/16
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Arbeiter
Albert Freigang
am 7. d. Mts. im Alter von
43 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 12. d. Mts., nach-
mittags 3 1/4 Uhr, von der Leichen-
halle des Stions-Kirchhofes,
Nordend, aus statt.
68/19 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Maler,
Leinwand-, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Unseren Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Maler
Albert Offer
am 8. Dezember verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 12. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Lukas-Friedhofes, Tempelhofer
Kottbus-Damm-Str., aus statt.
130/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Ernst Höhne
Hochstraße 4,
im Alter von 34 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 12. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, vom Kranken-
haus Friedrichshagen aus auf dem
Georgen-Kirchhof in der Lands-
berger Allee statt.
93/20 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes
Anton Kurzmann
sagen wir allen, die anders aber dem
Kampfplatz "Solidarität" für die er-
wiesene Ehre herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
Wwe. Marie Kurzmann nebst Kindern.
Berlin, Bornholmer Str. 72.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und
zahlreichen Kranzpenden bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes (sage
ich allen Beteiligten meinen tief-
gefühlten Dank. 1998b
Marie Schmidt.

Anfolge eines besagten Wertes
Unfalls auf der Tour nach
Freitag, den 8. Dezember, der
Verfahrer
Herr Friedrich Otto.
Der so tragisch aus dem Leben
Befchiedene hat seinen schweren
Beisatz mit nie verlassendem Fleiß
und großer Treue erfüllt.
Wir wollen seiner allzeit dank-
bar gedenken!
195/20
Direktion
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.
Aktiengesellschaft.
Berlin-Pankow, 11. Dezbr. 1911.
Beerdigung: Dienstag, den 12. De-
zember, 3 Uhr nachmittags, am
dem neuen Pankower Friedhof
am Bahnhof Schönholz.

Nach schwerem Krankenleiden,
durch Verunfallung, erlitt der
Tod am Sonntag früh 5 Uhr
meinen lieben Mann, den Zimmer-
mann
Georg Sorg.
Die trauernde Witwe
Frau Sorg, Dunderstr. 77.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. d. Mts., nach-
mittags 2 Uhr, vom Trauerhause
aus nach dem Kirchhof der Elias-
Gemeinde (Nordend) statt.

Nach kurzem schwerem Leiden
entschied sich mein innigstgeliebter
Mann, unser treusorgender Vater,
der Schanzmeister
Paul Schulze
Dies zeigt mit der Bitte um
stille Teilnahme an
Die trauernden Hinterbliebenen
Marie Schulze und Kinder.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von
der Leichenhalle des St. Thom-
skrankenhaus aus nach dem neuen
St. Pauli-Kirchhof statt. 200/3b

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und
die reichen Kranzpenden bei der
Beerdigung unseres lieben Sohnes
und Bruders
Ernst Fröhlich
sprechen wir allen Verwandten und
Bekanntem sowie dem Deutschen
Transportarbeiter-Verband und Kr-
beiter-Redaktionverein Groß-Berlin
unseren innigsten Dank aus.
Familie Schade.
Geschwister Fröhlich.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und guten Vaters
Eduard Geist
sagen ich allen Verwandten und Be-
kannnten sowie dem Wahlverein Rum-
melshagen, Holzarbeiterverband und
den Kollegen der Firma Betschmann
u. Oader meinen innigsten Dank.
Agnes Geist und Kind.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und den zahlreichen
Blumenkränzen bei dem Hinscheiden
meines geliebten Mannes, unseres
guten Vaters, Onkels, Bruders,
Schwiegerohnes und Schwagers sagen
wir allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem, sowie dem Wahlverein
Nitzdorf und dem Zentralverband der
Maler Deutschlands unseren innig-
sten Dank.
Witwe **Anna Schreiber**
nebst Kindern.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie zahlreichen Kranz-
penden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, des Schlossermeisters
Adolf Hoog
sagen wir allen Verwandten und Be-
kannnten, sowie dem Gefangenen
"Solidarität", dem 3. Reichstags-
wahlkreis, den Freunden und Be-
kannnten von "Lombardi", sowie allen
noch Beteiligten unseren tiefgefühlten
Dank. 2008b
Die trauernden Hinterbliebenen
Wwe. **J. Hoog** nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und
reichen Kranzpenden bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters **Gustav**
Bassow sprechen wir allen Ver-
wandten und Bekannten unseren
innigsten Dank aus. 195/18
Im Namen der Hinterbliebenen
Wwe. Ida Bassow.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise, herzlicher
Teilnahme und die überaus reichen
Kranzpenden bei der Beerdigung
meines lieben Mannes, unseres guten
Vaters, des Schriftsetzers
Otto Schumann
sagen wir allen Beteiligten, ins-
besondere der "Typographia" unseren
herzlichsten Dank. 1995b
Wwe. **Elise Schumann** nebst Kindern.
Halenstraße 65.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teil-
nahme und die Kranzpenden bei der
Beerdigung meines lieben Vaters,
unseres Vaters, Bruders und
Schwagers
Oskar Kanitz
sprechen wir allen Freunden und Be-
kannnten, insbesondere der Ortsver-
waltung des Deutschen Holzarbeiter-
verbandes wie den Genossen seines
Bezirks und dem 4. Wahlkreis herz-
lichen Dank aus. 2000b
Wwe. Agnes Kanitz.

Bei
herannahendem Weihnachts-
fest empfehle die
Benützung
nachstehenden Angebots.
Ich habe ein Sortiment
Nürnberger Lebkuchen zusam-
mengestellt und versichere
Ihnen, daß Sie bei Inanspruch-
nahme
dieser Offerte
Vorteile haben, die Ihnen
von anderer Seite nicht ge-
boten werden können.
Kaufen
Sie diesen Geschenk-Karton,
dann haben
Sie wirklich
etwas, womit Sie die ver-
schiedensten Ansprüche be-
friedigen können, denn der
Inhalt ist so gewählt, daß
jeder Geschmack befriedigt
wird.
Gut
ist es, mit der Bestellung
nicht zu lange zu warten, da-
mit Sie bestens und promptest
bedient werden können.
Mein Geschenk-Karton
enthält aus erster Nürnberger
Lebkuchen-Fabrik 36 Stück
Lebkuchen, darunter:
Elsen-, Schokoladen-, Rosen-,
Makronen-, Haselnuß-Kuchen,
Weiße, Braune, Basler und
ca. 80 Stück verschiedene
Sorten feinsten Plätzchen.
Preis per Karton **3.60 M.**
franko ohne Nebenspesen,
gegen Nachnahme 187/2*

Carl Gropp,
Nürnberg 34, Schweiggerstr. 31.

Frack-Verleih-Institut. Frack,
Gehrock, Smoking von
2 M. an, Hosen v. 1.50 an, Westen,
Zylinderhüte v. 1 M. an. S. Berg
Nachl. Berchard, Friedrichstr. 115.

Tyfloßbräu
Flößfimbrien
würfeligst bekannt,
überall
ganz gekümmert.
Ein Qualitäts ist fürwahrigant!

Feine Schneiderei
für elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass
Garantie für tadellosen Sitz
und beste Verarbeitung. Auf
Teilzahlung
Wochenrate von 1 M. an
J. Kurzberg
Rosenthaler Strasse 40
direkt am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstrasse.
Kein Waren-Kredithaus



Réunion-Cigaretten

Für die Qualität der Fabrikate
bürgt der Name **"Réunion"**

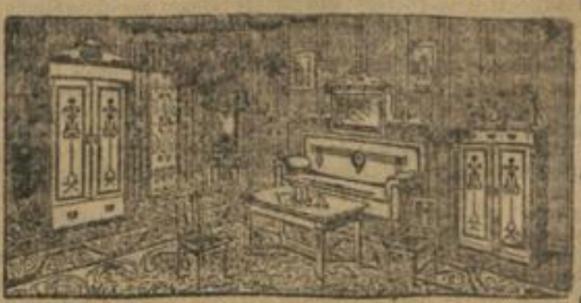


Spezialmarken:
Vinea 8b 2 Pfg.
Lookout 3 -
Flagship 4 -
Vinea-Crème 5 -

Hilsebein Brillant-Bier in
Pilsener Typ
Gebinden
und
Hilsebein Bürger-Bräu Flaschen
Münchener Typ erhältlich.
Hilsebein Lagerbier lich.
Berliner Typ
Hilsebein Kraft-Caramelbier
zeichnen sich aus durch vorzüglichen Geschmack
und hervorragende Bekömmlichkeit.
Berliner Bierbrauerei Akt.-Ges.
vorm. **F. W. Hilsebein.**
Fernsprecher: Amt Lützow 5406 u. 5407. Berlin SW., Am Tempelhofer Berg 6.

Geöffnet 8-8 Gegründet 1879 Sonntags 8-2

Moebel-Boebel
ges. geschützt
Berlin S. Oranienstr. 58
(direkt am Hauptplatz)
Kein Laden! Verkauf nur i. Fabrikgeb.
Nebenst. Wohnzimmer 271-
och Nassb. foura.
1 Kleiderständer M. 53.-
4 Stühle 6 8 M M. 24.-
1 Trumtau mit Stufa M. 14.-
1 Auszugstisch M. 30.-
1 Vertiko M. 42.-
1 Sofa M. 64.-
Umbau extra M. 30.-



Eigenes Werkstätten 5 Jahre Garantie Beschäftigung erhalten

Oeffentliche Wähler- u. Volksversammlungen

➔ Dienstag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr: ➔

- | | |
|--|---|
| <p>1. Kreis: Corona-Festsäle, Kommandantenstr. 72.
 2. Kreis: Kliems Festsäle, Hasenheide 13/15.
 " Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
 " Nibbles Festsäle, Dennewitzstr. 13.
 3. Kreis: Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97.
 " Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.
 4. Kreis: Mörners Festsäle, (Keller), Koppenstr. 29.
 " Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
 " Brauerei Lipps, Am Friedrichshain.
 " Germania (jetzt Löwenbrauerei), Frankfurter Allee 53.
 " Elystum, Landsberger Allee 40/41.
 " Markgrafen-Säle, Markgrafendamm 34.
 " Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
 " Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tor.
 " Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
 " Ressource, Manteuffelstr. 95.
 5. Kreis: Union-Säle, Greifswalder Str. 222.
 " Königsäle, Neue Königstr. 26.
 6. Kreis: Puhlmanns Theater, Schönhauser Allee 147.
 " Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/24.
 " Borussia-Säle, Alderstr. 6/7.</p> | <p>6. Kreis: Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42.
 " E. Daase, Brunnenstr. 154.
 " Frankes Festsäle, Badstr. 19.
 " Boigt Theater, Badstr. 58.
 " Franz Festsäle, Kösliner Str. 8.
 " Pharus-Säle, Müllerstr. 142 (2 Versammlungen).
 " Berliner Bockbrauerei, Abteilung II, Chaussee Str. 64.
 " Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.
 " Arminius-Hallen, Bremer Str. 70/71.
 Bernau: Franz Salzmann, Basdorfer Straße.
 Birkenwerder: Gesellschaftshaus, Feuerstaf, Hauptstraße.
 Hermsdorf: Restaurant Forsthaus.
 Kaulsdorf: Hamanns Gesellschaftshaus.
 Lichtenberg: P. Schwarz, Möllendorferstraße.
 " Steuer, Frankfurter Chaussee 128.
 Neu-Lichtenberg: Bürger (fr. Bube), Prinzen-Allee 30.
 Nieder-Schönhausen: Liedemit, Am Kirchplatz.
 Ober-Schöneweide: Wilhelminenhof.
 Oranienburg: Waldhaus Sandhausen.
 Weißensee: Tischentſchler, Langhansstr. 106.
 Berlin, Petersburger Viertel: Germania-Brauerei, Frankfurter Allee 53.</p> |
|--|---|

Tagesordnung:

Die kommende Reichstagswahl.

Referenten die Genossen: Aysche, Barth, Barisch, Braun, Brückner, Brühl, Büchner, Bühler, Carl, Clajus, Cohen, Däumig, Dittmer, Drunsel, Dupont, Düwell, Richard Fischer, Theodor Fischer, Glocke, Handke, Hartmann, Jaeck, Kloth, Küfer, Langhammer, Lehmann, Link, Mohs, Pfannkuch, Pick, Sassenbach, Spliedt, Georg Schmidt, Schubert, Stadthagen, Tarnow, Thurow, Ucko, Unger, Hans Weber, Wermuth, Wücke, Wuschick.

➔ Alle Anhänger der Partei, alle Genossen und Genossinnen sind zum Erscheinen verpflichtet. ➔

Die Wahlkomitees.

Achtung! Bauarbeiter!

Dienstag, den 12. Dezember, abends 8¹/₂ Uhr, in Graumanns Festsälen, Rohnstr. 27:

Große öffentliche Wählerversammlung

für sämtliche Bauarbeiter aus den Kreisen:

Guben-Lübben, Cottbus-Spreenberg, Kalau-Ludau.

Tagesordnung: 301/5*

Welche Bedeutung hat die Reichstagswahl für die Bauarbeiter? Referent: Karl Giebel.

NB. Alle Vertrauensleute der Bauarbeiter werden dringend ersucht, die in Betracht kommenden Bauarbeiter darauf aufmerksam zu machen. Der Clubvorsteher: Rich. Sinte.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Hof III. Amt Norden, Nr. 1299. Charlottenstraße 3. Amt Norden, Nr. 1087.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Die Vertrauensmännerkonferenz der Schlosser findet heute abend 8¹/₂ Uhr statt. Die Einladung zu der nächsten Konferenz erfolgt später durch Karten.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schmiede Zahlstelle Berlin.

Bureau und Werkstättenschloß: Lintenstr. 73. — Telefon: Amt Norden, 9714.

Die Bezirksversammlungen im Monat Dezember finden nicht statt.

Donnerstag, den 14. Dezember, abends 8¹/₂ Uhr, bei Becker, Weberstraße 17:

Große außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

„Welche Bedeutung hat die Reichstagswahl für die Gewerkschaften?“ Referent: Redakteur Genosse Hans Weber. Anträge der Verwaltung und Verschiedenes.

Kollegen, wir erwarten den vollständigen Besuch aller Mitglieder. Frauen haben Zutritt.

Gleichzeitig machen wir unsere Mitglieder auf die vom Gewerkschaftshaus herausgegebene

Bibliothek gegen die Schundliteratur

aufmerksam. Die Hefte zum Preise von 10, 15 und 25 Pf. sind in unserer Bibliothek zu haben. Bei Rückgabe der Bücher wird nach Wunsch der gezahlte Preis zurückerstattet oder es werden neue Bücher dafür geliefert. Der Inhalt der Bücher erhebt sich nicht nur auf eine gediegene Unterhaltungsliteratur, sondern behandelt auch Fragen des praktischen Wissens. Aus diesem Grunde empfehlen wir die Bücher unseren Kollegen und Ihren bevorzugten Kindern. Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupstabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

Großer Pelz-Stola-Verkauf



Eile zu Weile

119 Dresdener Str. 119 (Hochbahnstation Kottbuser Tor).

Eigene Kürschnerei

Nur prima Felle!

Riesenhafte Auswahl!

Sehr billige Preise.

Echt Skunks-Stola

von 25 M. an.

Echt Nerzmurmel-Stola

mit Köpfen u. Schweifen v. 18 M. an.

Alaska Fuchs-Imitation

von 7,50 M. an.

Bitte Eile zu Weile

zu achten!

119 Dresdener Str. 119.

Jedermann erhält die im Fenster

ausgestellten Gegenstände sofort

für den bezeichneten Preis.

Sonntags geöffnet.



Liköressenzen

leichteste Selbstherstellung von jedermann, ein Sortiment für Reiner.

12 Flaschen

sortiert. R. Liköre

für 12 Liter ausreichend, nur

2,75 M. franco überalhin.

Dr. G. Weishrod & Co.

Berlin 58, Greifenhagener Straße 70.

Hugo Beling
Weingroßhandlung u. Likörfabrik
60 eigene Filialen. Einzelverkauf zu Engrospreisen.

HERMANN TIETZ

In unserem Hause

Dienstag
bis
Donnerstag

Sowelt
Vorrat

Alexanderplatz

Kostümstoffe Meter **95** Pf.

Kammg. Serge Meter **1²⁵**

Elegante
Kostümstoffe 120 cm
br. Mtr **1⁸⁵**

Seidene
Blusenstoffe **95** **1²⁵**

Ein Posten
Schwedenkapp. **2⁹⁰**

Ein Posten
Korsette langhüftig, mo-
derne Form. **3⁷⁵**

Ein Posten Damen-
Strumpfhalter **38** Pf.

Regenschirme

Damenschirm farbig, mit
Bordüre **2⁷⁵**
Entoutcas mit Futteral, grün,
marine, lila **3⁷⁵**
Damenschirm m. Phantasie-
stegritz und
Futteral **2⁹⁰**
Damenschirm Gloria, mit
Phantasie-
u. Futteral **3⁷⁵**
Herrenschirm Gloria, mit
Futteral **2⁹⁰**
Herrenschirm Gloria, schön,
Naturgrün m.
Be schlag **4⁹⁰**



Ein grosser Posten
Kinder-Wäsche
für Mädchen **55, 85** Pf.
und Knaben

Ein Posten Beinkleider **1⁴⁵ 1⁶⁵ 1⁹⁵**
Hemden, Nachtjacken

Ein Posten
Untertaillen **95** Pf.
durchweg Stück

Ein Posten
Nachthemden **2⁹⁵**
reich mit Stickerel
besetzt

Kinder - Garnitur **95** Pf.
Muff u Kragen

Mufflon - Stola **1⁹⁰**
naturfarbig

Imitierte
Hermelin-Krawatte **4⁷⁵**

Imitierte
Weissfuchse **5⁹⁰**
doppelt
Pelz

Läufer, Milieux **2³⁰**
Handarbeit. Stück

Kissenplatten mit
Rück- **1⁷⁵**
teil, Handarbeit. Stück

Golfblusen **3⁵⁰**
Stück

Schürzen

Teeschürze **95** Pf.
Tändelschürz. **95** Pf.
Hausschürzen **95** Pf.
Blusenschürz. **95** Pf.
Servierschürz. **95** Pf.
Kinderschürz. **95** Pf.

Strumpfwaren

Damenstrümpfe engl. lang, schwarz geringelt **45**
Herrensocken Wolle gestrickt, meliert **45**
Kinderstrümpfe Wolle platziert, 1x1 gestrickt, Größe 2 bis 5 **45**
Pfennig

Trikotagen

Normal - Hemden und Hosen, Winterqualität **1⁴⁵**
Damen - Westen gestrickt, schwarz **1⁴⁵**
Knaben - Sweaters gestrickt, farbig **1⁴⁵**

Handschuhe

Damenhandschuhe Trikot, la Wolle **95**
Damenhandschuhe Trikot, mit farbigem Futter **95**
Herrenhandschuhe Trikot, ganz gefüttert, mit Druck-
verschluss **95**
Pfennig

Herrenartikel

Herren-Oberhemden farbig mit Perkal-Einsatz **1⁸⁵**
Herren Oberhemden weiss m. Piqué-Falteneins. **2⁹⁰**
Herren-Krawatten offene Binder **45** Pf.

Frische Blumen	Farn- und Moostöpfe	20, 30, 50, 60	Pf.
	Primeltöpfe	15, 20, 30, 40	Pf.
	Alpenveilchen	30, 40, 80	1 ⁰⁰
	Kleine Palmen	50, 60	1 ⁰⁰ 1 ⁵⁰

**Blumen Arrangements
Tafel-Dekorationen**

Auslegung der Wählerlisten

für die Neuwahlen zum Reichstage in den Vororten.

Nach der bisherigen Bekanntgabe einer Anzahl Gemeindevorsteher liegen die Wählerlisten in den nachfolgenden Orten in der Zeit vom 14. Dezember bis einschließlich den 21. Dezember an folgenden Stellen aus:

Ebersteuburg. Im Statistischen Amt, Lüthowstr. 8a, von 8-3 und 5-8 Uhr wochentags. Am Sonntag, den 17. Dezember, von 9-3 Uhr.

Kirchhof. An den Verträgen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Wahlbureau und den Nebenräumen, Rathaus, Eingang Veitner Straße 92, 1 Treppe links. Außerdem liegt die Liste an den Werktagen von 8-3 Uhr abends für die Bezirke 1-15 und 12-75 in der Turnhalle Donaustr. 120-127 (Röbchenmittelschule), die Listen der Bezirke 10-20, 26, 31, 55-57, 61, 77 und 71 in der Turnhalle Erstr. 27-28 (Realschule), die Listen der Bezirke 47-50, 53, 54, 55-58, 62-69 in der Turnhalle Weisstr. 19/20 (21. und 22. Gemeindefschule), die Liste der Bezirke 27, 29, 30, 32 bis 40, 51 und 52 in der Turnhalle Emserstr. 133/137 (Oberrealschule) aus. Am Sonntag, den 17. Dezember, liegen die Listen von 1-5 Uhr nachmittags in den angeführten Stellen aus.

Schöneberg. Im Bureau M., Feuerstr. 63, 1 Treppe, Zimmer 4 und 5 des Vorderhauses, an den Werktagen von 8-2 Uhr und am Sonntag, den 17. Dezember, von 9-1 Uhr.

Wilmersdorf. Im Wahlbureau, Götzeiner Straße 11, 2 Tr., von vormittags 8 Uhr bis 3 Uhr nachmittags.

Grünow. Im hiesigen Rathaus, Zimmer 6, und zwar an den Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags und am Sonntag von 10-12 Uhr vormittags.

Groß-Lichterfelde. Im hiesigen Amtshaus, Schillerstr. 82, Zimmer 12, wochentags von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und am Sonntag, den 17. Dezember, von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

Grünau. Vormittags von 9-12 im hiesigen Stabsbureau, Amtshaus Grünau-Feld.

Grünau. An Wochentagen von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und am Sonntag von 9-11 Uhr vormittags im Gemeindehaus, Mittelstr. 10, Zimmer 2.

Lichterfelde. An den Wochentagen während der Dienststunden von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr, außerdem am Freitag, den 15., und Dienstag, den 19. Dezember, nachmittags von 6 bis 8 Uhr, sowie am Sonntag, den 17. Dezember, von 9-12 Uhr vormittags, im Gemeindeamt Herzfelde, Dorfstr. 88.

Marienthal. Im Rathaus, Zimmer 11, an den Wochentagen von 8-12 Uhr vormittags und von 3-6 Uhr nachmittags. Am Sonntag, den 17. Dezember, von 9-12 Uhr vormittags.

Nieder-Schöneweide. Im Gemeindehaus (Meldeamt), Grünauer Straße 11, während der Dienststunden von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 3-5 Uhr nachmittags.

Oberschöneweide. Im Einwohnermeldeamt, Zimmer 4, während der Dienststunden von 8-3 Uhr und am Sonntag, den 17. Dezember, vormittags von 9-12 Uhr.

Tempelhof. Im Kommissionsstuhlgemach der Gemeinde, Dorfstr. 42, parterre, in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Am Sonntag, den 17. Dezember, von 8-10 Uhr vormittags und von 12-1 Uhr nachmittags.

Triptow. An den Werktagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, am Sonntag, den 17. Dezember, von 8-10 Uhr vormittags im Rathaus, Neue Krugallee 1/3, Zimmer 59.

Wilmersdorf. Im Gemeindeamt, Hauptstraße 98, Zimmer 8, während der Dienststunden von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Am Freitag, den 15., sowie am Dienstag, den 19. Dezember werden die Listen von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr abends, am Sonntag, den 17. Dezember, von 10-12 Uhr vormittags.

Wannsee. Im Rathaus, Zimmer 3, während der Dienststunden, an Wochentagen von 8-3 Uhr, am Sonntag, den 17. Dezember, von 11-12 Uhr vormittags.

Wilmersdorf. An den Verträgen von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr und am Sonntag von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr, im großen Sitzungssaal des hiesigen Rathauses.

Vorlagen-Nummelsburg. An den Wochentagen von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, am Sonntage von vormittags 10-12 Uhr, im hiesigen Rathaus, Türschmidtstraße 26, 3 Treppen, Zimmer 94 (Wahlbureau).

Wannsee. Im Rathaus, Zimmer 25, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Auch können die Listen bei Herrn Kitzmann, Mühlstr. 30 und Parfen, Breitenstr. 45, eingesehen werden.

Wilmersdorf. Wochentags von 8-3 Uhr und am Sonntag, den 17. Dezember, von 12-5 Uhr, im Rathaus, Zimmer 10.

Wilmersdorf. Im Sitzungssaal des Rathauses, Hauptstr. 38, und zwar an den Wochentagen von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Sonntag, den 17. Dezember, von 9 bis 9 1/2 Uhr vormittags und 11 1/2 vormittags bis 2 Uhr nachmittags. Aufträge zur Einsichtnahme nehmen neben den mit Plakaten versehenen Geschäftsstellen auch die Bezirksämter entgegen.

Wilmersdorf. Im Rathaus, Albrechtstr. 6, Eingang Einwohnermeldeamt. (Zeit ist aus der amtlichen Bekanntmachung nicht ersichtlich.)

Wilmersdorf. Im Magistratsbureau, Zimmer 2. (In der amtlichen Bekanntmachung fehlt Bekanntgabe für die Einsichtnahme.)

Zehlendorf. An den Wochentagen während der Dienststunden von 8-1 Uhr und von 3-6 Uhr und am Sonntag, den 17. Dezember, vormittags von 10-1 Uhr, und zwar für den Stadtteil Nonnenbäum mit Sternfeld und Pusttern im Magistratsbureau, Fesenerstr. 2, für den Stadtteil Fesenerstr. mit Saldhof und Neue Pusttern im Magistratsbureau, Gartenfelder Straße 33, für alle übrigen Stadtteile im Rathaus, Zimmer 11/12. Für denjenigen Teil des Nonnenbäum, welcher vom Kreise Niederbarnim abgetrennt und dem Stadtteile Spandau einverleibt worden ist, ist eine besondere Wählerliste aufgestellt. Dieser Teil gehört noch wie vor zu dem Reichstagswahlkreise Niederbarnim-Lichtenberg; die Wähler aus diesem Bezirk haben also im Kreise Niederbarnim ihr Wahlrecht auszuüben.

Diejenigen, die verhindert sind, selbst Einsicht in die Liste zu nehmen, können eine auf den ausgehängten Plakaten vermerkte Person mit der Einsichtnahme betrauen. Die in die Liste Einsichtnehmenden tun gut, wenn sie sich vorher mit genügender Legitimation (Wahlkarte, Wahlzettel, Wählzettel) versehen, damit bei Unrichtigkeiten oder Fehlern in der Wählerliste der Protest sofort erhoben werden kann.

Zehlendorf. An den Verträgen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, abends am Sonntag, den 17. Dezember, von 10-12 Uhr vormittags, im Rathaus, Königsplatz, Zimmer 2.

Zehlendorf. Im hiesigen Gemeindeamt 2, Pöfendorferstr. 1, Zimmer 3, und zwar wochentags während der Dienststunden von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr, am Sonntage von vormittags 8 bis 10 Uhr.

Zehlendorf. Im Gemeindebureau, Rudower Straße 61.

Marienthal. Während der Dienststunden werktäglich von 8 bis 3 Uhr und Sonntag von 9-12 Uhr.

Groß-Beeren. An den Wochentagen von 12-3 Uhr nachmittags und am Sonntag, den 17. Dezember, von 10-12 Uhr vormittags im hiesigen Gemeindebureau.

Nikolsch. An den Wochentagen während der Dienststunden von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr, am Sonntag, den 17. Dezember, von 9-12 Uhr vormittags im hiesigen Gemeindeamt, Normannenstr. 1.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Versammlungsleiter! Die Leiter der heutigen Versammlungen werden gebeten, sofort nach Schluß der Versammlungen einen Voten mit kurzer Nachricht über Besuch der Versammlung, Person des Referenten und etwaige Zwischenfälle auf die Redaktion des „Vorwärts“ zu entsenden.

Fußball-Kreis, zweite Abteilung, Gemeindefachlicher Fußballabend der Wahlbezirke 441-448 Mittwoch, den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den „Königsfelsen“, Neue Königsstr. 26, Eingang Badjestraße. Vortrag des Genossen Reefe: „Vollstauspländerung - Kriegsgehe - Reichstagswahlen.“ Rege Beteiligung erwünscht. Der Abteilungsleiter.

Friedenau. Am Donnerstag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiser-Bühnengarten“: Wesentliche Wählerversammlung. Genosse Fritz Jubel spricht über: „Die Reichstagswahlen.“ - Am Mittwoch, den 13. d. Mts., abends 7 Uhr, von den Bezirkskollegen aus: Allgemeine Flugblattverbreitung, zu der die Genossen pünktlich und vollständig erscheinen müssen. Der Vorstand.

Marienthal. Der Jahlabend findet am Freitag, den 15. Dezember, bei Schuster, Kirchstraße, statt. - Am Mittwoch, den 13. d. Mts., Volksversammlung in Lichterfelde. Abfahrt vom Bahnhof Marienthal abends 8 Uhr. Genosse Fritz Jubel hat das Referat übernommen. Der Vorstand.

Triptow-Baumhüttenweg. Heute abend von 7 Uhr ab: Wichtige Flugblattverbreitung von sämtlichen Bezirkskollegen aus. Der Vorstand.

Friedrichsfelde. Mittwoch pünktlich 8 1/2 Uhr: Gemeindefachlicher Jahlabend bei Sandort, Berliner Straße 18: Fr. Larnow spricht über: „Die grundsätzlichen Ziele der Sozialdemokratie.“

Johannisthal. Der Jahlabend für den Ort fällt am Mittwoch aus. Am Dienstag, den 12. d. M.: Mitgliedserversammlung. Tagesordnung: „Die technische Arbeit zur Reichstagswahl.“ Der Vorstand.

Kaulsdorf. Heute Dienstag, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Wesentliche Versammlung in Hannanns Gesellschaftshaus“ (Jns. Köpffstraße), Frankfurter Chaussee. Tagesordnung: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen.“ Referent: Kandidat des Kreises Arthur Stadthagen. Preis Diskussion. Die Parteigenossen und Genossinnen wollen für Massenbesuch der Versammlung Sorge tragen. Die Bezirksleitung.

Wilmersdorf. Heute Dienstag, abends 7 Uhr ab, vom Jugendheim, Wilmersdorfer Straße, aus: Wichtige Flugblattverbreitung. - Am Mittwoch, den 13. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Raul, Wilmersdorfer 10: Gemeindefachlicher Jahlabend. Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindefachler. 2. Der Wahlkampf. 3. Parteiangelegenheiten. - Genossen und Genossinnen! Seid zahlreich zur Stelle!

Grünau. Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, vom Genossen Franz aus: Flugblattverbreitung. - Mittwoch abend ebenfalls dasselbe wichtige Mitgliederversammlung. Der Vorstand.

Alt-Ostende. Am Mittwoch, den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Petermann, Rudower Str. 54: Mitgliederversammlung des Wahlkreises. Tagesordnung: 1. Bericht von der Konferenz am 28. November. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. - Gleichzeitigkeit werden die Genossen auf die am Freitag, den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, vom Verkefrolat stattfindenden Handzettelverbreitung aufmerksam gemacht. Der Vorstand.

Königs- und Deutsch-Wasserhaußen. Mittwoch, den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkskollegen aus. Der Vorstand.

Franz-Buchholz. Der Jahlabend findet von jetzt ab in den Bezirken statt, und zwar für den 1. Bezirk, unlosend die Postwälder Straße, Kantower Str., Bahnhofsstraße, Pankstraße, Pfauenburg, im Lokal Gabbert; 2. Bezirk: Berliner Straße, Rosenthaler Straße, Schönhauser Straße, im Lokal Näthe; 3. Bezirk: Hauptstraße links Seite, Gartenstraße, Mühlentstraße, Platenstraße, Schwere- linder Straße, Triftstraße im Lokal Rosch; 4. Bezirk: Hauptstraße rechte Seite, Gnamstraße, Eisenallee, Grotzensteinstraße, im Lokal Rosch.

Berliner Nachrichten.

Wählerversammlungen.

Die nächsten Wochen, die uns noch von dem Termin der Reichstagswahl trennen, werden neben der schriftlichen Agitation durch Flugblätter auch eine erhöhte mündliche Propaganda für die Wahl der Kandidaten für die verschiedenen Parteien bringen. Das gesprochene Wort ist vielfach auf die Zuhörer einen größeren und nachhaltigeren Einfluss aus als das geschriebene. Auch unsere Partei wird von der Abhaltung eigener Versammlungen größeren Gebrauch machen als bisher. Wählerversammlungen sind in der letzten Zeit eine ganze Reihe abgehalten worden, und es sind für die nächste Zeit noch zahlreiche in Aussicht genommen. Es dürfte deshalb angebracht sein, unsere Wohnung zu wiederholen, die wir früher bei Abhaltung von Versammlungen an die Besucher gerichtet haben: **Unterlasst das Rauchen in den Versammlungen!** Es ist für viele Besucher von Versammlungen unangenehm, stundenlang in rauchgeschwängerten Räumen sich aufhalten zu müssen. Zahlreiche Arbeiter sind infolge ihrer schweren Arbeit in ihrer Gesundheit schon so stark angegriffen, daß ein Besuch in einer rauchgeschwängerten Versammlung zu einer Plage wird. Auch auf die Frauen, die den Tabakrauch noch viel weniger als die Männer vertragen können, sollte Rücksicht genommen werden. Schließlich hat auch der Medner in einer solchen Versammlung unter dem Rauch erheblich zu leiden; er muß sich weit mehr anstrengen als er das in einer Versammlung nötig hat, in der reine Luft herrscht. Auf alle die genannten Personen sollte in den Versammlungen Rücksicht genommen werden, indem das Rauchen vermieden wird.

Dann müssen wir noch auf einen anderen Punkt aufmerksam machen, der den Besuch gegnerischer Versammlungen betrifft. Soweit es sich um die Agitation in der Provinz handelt, werden unsere Agitatoren vielfach direkt gerichtet sein, gegnerische Versammlungen zu besuchen. Das ist oft schon deshalb nötig, weil unsere Genossen an vielen Orten auf dem Lande Lokale zur Abhaltung eigener Versammlungen nicht erhalten, aber den Wunsch haben, mit den Wählern in Fühlung zu kommen. Wo das aber geschieht, sollte das den die Wahlen leitenden Personen überlassen werden, die dann auch für geeignete Medner sorgen. In Berlin liegt es anders. Hier verfügt die Partei über genügend Säle zur Abhaltung eigener Versammlungen. Es ist hier nicht nötig, zu dem Notbehelf des Besuchs gegnerischer Versammlungen zu greifen, wie das die Genossen auf dem Lande tun müssen. Von unserer Partei wird das Versammlungsbedürfnis vollauf befriedigt werden. Es liegt nicht der geringste Anlaß vor,

gegnerische Versammlungen zu besuchen und sie durch Eingreifen in die Diskussion erst interessant zu gestalten. Mit vollem Recht hat deshalb der Zentralvorstand der Wahlvereine von Groß-Berlin beschlossen, daß der Besuch gegnerischer Wählerversammlungen zu unterbleiben habe. Die Kräftezerplitterung, welche durch solche spontane Teilnahme herbeigeführt werde, sei unnötig und könne nicht zum Vorteil gereichen, speziell, wenn im Namen der Partei ganz Unberufenen das Wort ergreifen. Das ist vollkommen richtig und es ist nur zu wünschen, daß unsere Genossen diese Grundsätze streng beachten.

Der Steuerlädel Berlins

hat im Staatjahr 1910 (1. April 1910 bis 31. März 1911), aus dem jetzt der Jahresbericht der Steuerdeputation des Magistrats vorliegt, wieder etwas mehr Einnahmen als im vorhergehenden Jahr gehabt. Die Steuererziehung brachte diesmal im ganzen etwa 86 1/2 Millionen Mark Gemeindesteuern, ziemlich 2 1/2 Millionen mehr als im Jahre 1909, dessen Ertrag sich auf nur 84 1/2 Millionen Mark gestellt hatte und sogar etwas geringer als der aus 1908 gewesen war.

Vergleicht man indes die in 1910 eingekommene Steuersumme mit dem Vorschlag des Etats, so ergibt sich, daß diesmal die tatsächliche Einnahme sehr beträchtlich hinter dem erwarteten Betrag zurückgeblieben ist. Für 1909 waren nur 81 1/2 Millionen Mark Gemeindesteuern in den Etat eingestellt worden, die Sollsumme aber wurde mit den Resten aus dem Vorjahr auf ziemlich 80 1/2 Millionen Mark berechnet, und das Einzugsresultat ging dann mit 84 1/2 Millionen Mark um reichlich 2 1/2 Millionen über den Vorschlag des Etats hinaus. Für 1910 dagegen hatte die freistimmige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, um in dem Etat das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe zustande zu bringen, volle 88 1/2 Millionen Mark Steuereinnahmen eingestellt, wolle 88 1/2 Millionen Mark mit den Vorjahresresten auf annähernd 94 1/2 Millionen Mark berechnet, die Einzugsresultat aber brachte mit noch nicht 86 1/2 Millionen Mark um reichlich 1 1/2 Millionen weniger, als im Etat veranschlagt worden war.

An diesen 86 1/2 Millionen Mark Steuerertrag sind allein die Einkommensteuer mit etwa 40 1/2 Millionen, die Grundsteuer mit ziemlich 20 1/2 Millionen, die Gewerbesteuer mit 11 1/2 Millionen, die Umsatzsteuer mit annähernd 4 1/2 Millionen beteiligt. Der Rest setzt sich zusammen aus verschiedenen kleineren Steuern, von denen hier nur noch die in 1910 zum ersten Male erhobene Wertzuwachssteuer mit zunächst 1 1/2 Millionen Mark Ertrag besonders genannt sei. Von den drei hauptsächlichsten Steuerarten hätte diesmal nur die Grundsteuer einen über den Vorschlag des Etats hinausgehenden Ertrag, nämlich 2 1/2 Millionen Mark mehr, dagegen blieb der Ertrag hinter dem Etatjahre zurück bei der Gewerbesteuer, um fast 1 1/2 Millionen und bei der Einkommensteuer um volle 2 1/2 Millionen. Bei der Gewerbesteuer waren rund 13 Millionen Mark angelegt worden, aber schon die Sollsumme mit den Vorjahresresten wurde nachher auf nur 11 1/2 Millionen berechnet, und die Istsumme stellte sich schließlich, wie oben angegeben, auf nur 11 1/2 Millionen, noch keine 90 Prozent der Sollsumme. Die Einkommensteuer war mit 43 1/2 Millionen Mark in den Etat eingestellt worden, und die Sollsumme mit den Vorjahresresten wurde auf 45 1/2 Millionen berechnet, aber von dieser Summe kamen nur 90 Prozent ein, nicht viel über 40 1/2 Millionen, wie oben angegeben.

Die Differenz zwischen Sollsumme und Istsumme - bei der Gewerbesteuer über 4 Prozent, bei der Einkommensteuer rund 10 Prozent - setzt sich zusammen aus Beiträgen, die wegen Nichtbefristung abgingen, aus solchen, die wegen Unbereitschaft niedergebühren wurden, und aus solchen, die als Reste dem nächsten Jahr verblieben. Ueber die Schwierigkeit der Verteilung der Einkommensteuer findet sich in dem Bericht eine Aeußerung, die erkennen läßt, daß die den Arbeitern in den letzten Jahren bescherte höhere Veranlagung doch auch ihre Unerschlichkeit für die Steuerverwaltung hat. Wir lesen da: „Daß von der arbeitenden Bevölkerung die Steuer bei höherer Veranlagung auch schwerer bezutreiben ist, liegt auf der Hand; daher auch die erhebliche Zunahme der Einsprüche.“

Die Sonntagstraße im Barbier- und Friseurgewerbe erfährt durch die Feiertage keine Milderung und darf also wie sonst nur bis spätestens 2 Uhr nachmittags gearbeitet werden.

Ein Anleihen von 2 1/2 Millionen aufzunehmen hat die Berliner Stadtkasse beschlossen. Diese wird damit begründet, daß die Berliner Stadtkasse von 1899 bis 1911 Beträge von 2 420 000 M. für Erwerb, Einrichtung und Unterhaltung von Kirchhöfen, für Kirchenbauten usw. in die ordentlichen Etats eingestellt hat, während sie diese Summe aus Anleihenmitteln hätte übernehmen können. Daß dies noch nachträglich gefehle, sei durch die Sachlage geboten. Die Anleihe soll nicht höher als mit 4 Proz. verzinst und mit mindestens 1 Proz., höchstens 2 Proz., jährlich unter Zuwachs der ersparten Zinsen getilgt werden.

Es ist eine recht eigenartige Finanzwirtschaft der Stadtkasse, als laufende Ausgaben in den Haushaltungsbudget eingestrichelte Mittel nachträglich in Anleihenmitteln umzuwandeln. Aber bei dem fortgesetzten Dolles der Kirchgemeinden müssen die schwierigsten Sachen gemacht werden.

Mit dem Kopf durch die Scheiben. Ein außerordentliches Selbstmord rief Sonntag abend um 7 1/2 Uhr an der Ecke der Rosenthaler und Pankstraße großes Aufsehen hervor. Im vierten Stock des Hauses Linienstr. 22a bewohnte seit 1. September der 25 Jahre alte Schmiedegeselle Gustav Bretschneider ein möbliertes Vorderzimmer. Der junge Mann war vor einiger Zeit in einen Verleumdungsprozess verwickelt, in dem er unterlag. Das mag er sich sehr zu Herzen genommen haben. Am Sonntagabend nahm der Mann einen Kufel Sprung mit dem Kopf durch die Fensterscheiben auf die Straße hinaus. Der Selbstmörder streifte einen achtjährigen Anaben, der an der Hand seines Vaters gerade vorüber kam und schlug mit großer Wucht auf den Bürgersteig auf. Allerdings fielen die Scheiben der Fensterscheiben hinter ihm her. Zum Glück richteten sie kein Unheil an. Der grausige Vorgang veranlaßte bei dem starken Weihnachtsverkehr in der Rosenthaler Straße einen Anlauf von 7-800 Personen. Mehrere Schutzleute vom 12. Revier hatten Mühe, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Nachdem man den Schwerverletzten, der sich an den Glasfenster des Geschäftszimmers und durch den Kopfroll den Schädel zerquetsert hatte, vorläufig auf dem Platz geborgen hatte, veranlaßte eine große Menschenmenge das Haus, bis er dann nach der Rettungswache in der Reibstockstraße gebracht wurde. Hier konnten die Ärzte nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Zu dem Leichensund auf dem Tempelhofer Felde wird mitgeteilt, daß gestern nachmittags die Obduktion der Leiche der Frau Wolf stattgefunden hat. Sie hat ergeben, daß Anzeichen eines gewaltsamen Todes weder in noch an der Leiche vorhanden sind. Der Tod

In höchstwahrscheinlich infolge Harnvergiftung in Verbindung mit einem Krampfanfall eingetreten.

Ein Automobil Diebstahl beschäftigt wieder die Kriminalpolizei. Am vergangenen Donnerstag hielt gegen 11 1/2 Uhr vormittags ein vierstelliger Brennenwagen, der 6000 M. wert ist, an der Ecke der Tauben- und Friedrichstraße. Kurze Zeit stand er dort ohne Aufsicht. Diese Gelegenheit benutzten zwei junge Burysen, sich an ihm zu schaffen zu machen. Als nun ein Jettelverteiler sie zur Rede stellte, schwangen sie sich hinaus und fuhren davon, indem sie dem Mann zuriefen, daß sie von dem Eigentümer beauftragt seien, den Wagen wegzubringen. Der gestohlene Wagen hat vier Zylinder, die Erkennungsnummer I 0315, die Fabriknummer 1276 und die Motornummer 1564. Sein Motor ist 8-18 PS. stark.

Eine spätere Meldung besagt, daß die beiden jungen Burysen in Marburg ergriffen worden sind. Dort luden sie bei einem Kraftwagenhändler vor, um eine neue Auffüllung Benzin zu kaufen. Sie wollten dann erst gleich weiterfahren, kamen aber mit dem Geschäftsmann in eine Unterhaltung und ließen jetzt durchblicken, daß sie nicht abgehängt seien, ihren Wagen zu verkaufen. Der Händler war bereit, ihn zu kaufen, verlangte aber von den Besitzern die Führerzeugnisse und die sonst erforderlichen Papiere. Als sie diese nicht vorweisen konnten, hielt er sie hin und ließ heimlich die Polizei holen. Diese nahm die beiden fest. Nachfragen ergaben denn auch, daß der Wagen in Berlin gestohlen war.

Zwei Kinder überfahren. Im Norden Berlins wurden gestern nachmittags fast gleichzeitig zwei kleine Kinder überfahren und schwer verletzt. An der Ecke der Schönhauser Allee und Danzigerstraße geriet die fünfjährige Tochter Lieschen des Rutschers Dopp auf der Danziger Straße 1 unter die Räder einer Automobilmaschine. Die Kleine erlitt schwere innere Verletzungen und eine klaffende Kopf-wunde und erliegt auf der Infirmität in der Gaudystraße die ersten Verbände. Das Befinden des Kindes ist besorgniserregend. In der Pappelallee wurde der fünfjährige Sohn Robert des Bau-arbeiters Hansen aus der Pappelallee 47 von einem Geschäfts-wagen überfahren. Der Knabe trug schwere Quetschungen beider Unterschenkel davon und erliegt auf derselben Infirmität die erste Hilfe. Auch sein Zustand ist bedenklich.

Ein gefährlicher Unglücksfall ereignete sich, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, am Freitag nachmittag im Botanischen Garten. Dort fiel eine mit Sand beladene Lori dem Arbeiter Paul, Eberstr. 69 in Schöneberg wohnhaft, auf die Beine und verletzte den Arbeiter in der rechten Seite. Als man den Vermisglückten unter der Lori hervorholte, hing das linke Bein nur noch lose am Körper; das Schenkelbein war durchgebrochen. Es heißt, daß die Bohlen, auf denen die zum Transportieren der Loris bestimmten Schienen liegen, morlich gewesen seien und deshalb brachen, wodurch die Sandlari umstürzte. Der Schwerverletzte wurde ins Schöneberger Kranken-haus gebracht.

Ein fast unglücklicher Vorfall ereignete sich, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, am Freitag nachmittag im Botanischen Garten. Dort fiel eine mit Sand beladene Lori dem Arbeiter Paul, Eberstr. 69 in Schöneberg wohnhaft, auf die Beine und verletzte den Arbeiter in der rechten Seite. Als man den Vermisglückten unter der Lori hervorholte, hing das linke Bein nur noch lose am Körper; das Schenkelbein war durchgebrochen. Es heißt, daß die Bohlen, auf denen die zum Transportieren der Loris bestimmten Schienen liegen, morlich gewesen seien und deshalb brachen, wodurch die Sandlari umstürzte. Der Schwerverletzte wurde ins Schöneberger Kranken-haus gebracht.

Goldschmiede drangen gestern nacht in das Kontor des Bau-meisters Schmidt und der Architekten Heidenreich u. Wibel auf dem Kaiserdamm ein und entwendeten 1000 M. und einen Scheck über 6000 M.

Der Handtaschenräuber im Tiergarten ist in der Person eines erst 19 Jahre alten Burysen ermittelt worden, der in Gemeinschaft mit anderen Kumpanen mindestens 23 Epizyblereien begangen haben will.

Ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem zwei Personen schwer ver-letzt wurden, ereignete sich in der vergangenen Nacht gegen 12 1/2 Uhr in der Großen Frankfurter Straße. Der Chauffeur Otto Vorkholz fuhr dort mit seiner Kraftmaschine vor dem Hause Nr. 133 gegen eine Straßensperre, daß sie umbrach und das „Auto“ auf den Bürger-steig geriet. Die in diesem Augenblick an der Neueler Str. 45 und Hermann Linde aus der Gubener Str. 11 gerieten unter die Räder der Droßke und wurden überfahren. Zimmermann erlitt einen komplizierten Bruch des rechten Unterschenkels, Linde Brustquetschungen und innere Verletzungen. Ein Schuttmann brachte die Verunglückten in zwei Krankenwagen nach dem Krankenhause am Friedrichshain. Der Chauffeur soll nach Zeugenaussagen keine Schuld treffen, da das „Auto“ auf dem bereiten Strohenpflaster schleuderte und im ent-scheidenden Augenblick die Steuerung verlor.

Von einem belagerten Werten Geschick ist am Sonntag der 15jährige Schüler K. Sieber in der Leibnizstr. 183 betroffen worden. Der junge Mann, der ein hiesiges Gymnasium besucht, gilt als ein hochbegabter Schüler und ist trotz seiner Jugend bereits Inhaber mehrerer Patente. Seit einiger Zeit beschäftigte sich K. mit der Erzeugung eines neuen Magnetlichtes. Als er vorgestern wieder in seiner Wohnung experimentierte, entstand plötzlich eine Explosion. Der junge Erfinder wurde dabei schwer verletzt. Durch ein emporgeschleudertes Eisenstück erlitt er Verwundungen am Kopf und an den Augen, ferner wurde die rechte Hand durch Stichwunden so verbrannt, daß sie im Kranken-hause amputiert werden mußte. Durch die Explosion wurden fast sämtliche Fenster Scheiben des Hinterhauses eingedrückt.

Feuerwehrrückkehr. Am Montag früh um 5 Uhr wurde die Feuerwehre nach dem Savoyhotel in der Friedrichstraße 103 alarmiert. Dort hatte sich ein Gast aus dem Fenster gestürzt. Er wurde sofort nach der Klinik in der Siegelstraße gebracht und dort ver-bunden.

Nur 7 Uhr ließen mehrere Alarme aus dem Grünen Weg 18 ein. Dort stand die Mühlenfabrik von R. Simonsohn in Flammen. Heil schlugen die Flammen aus dem dritten Stock des Vorderhauses empor. Dieses hat früher als Betriebsstätte für Webereien gedient. Lieber der Mühlenfabrik befindet sich eine Werkstatt der Firma B. Temppler, in der elektrische Apparate hergestellt werden. Die Arbeiter dieser Firma mußten eilends flüchten. Zwei Frauen wurden von der Feuerwehre über die verquälten Treppen in Sicherheit ge-bracht. Die Flammen hatten in den großen saalartigen Räumen an den Vordächern und der Einrichtung reiche Nahrung gefunden. Trotzdem gelang es, die Flammen durch kräftiges Wassergeben auf den dritten Stock zu beschränken und eine Panik zu verhüten. Auch verließen die Arbeiter und Arbeiterinnen die Räume. Aus-gelommen ist der Brand durch Fahrlässigkeit beim Feueranmachen.

Ferner hatte die 2. Kompanie in der Dresdener Straße 55 zu tun, wo auf dem Hofe des nach der Annenstraße 45 durchgehenden Grundstücks in einer Lederfabrik der Firma Tuchnitz u. Joppich aus unbekannter Ursache Feuer ausgebrochen war, das im dritten Stock des Vorderhauses wütete, so daß mit drei Rohren Wasser gegeben werden mußte. Die Entstehung dieses Brandes ist noch nicht er-mittelt.

Wegen eines Wasserrohrbruchs erfolgte ein Alarm nach der Ecke der Friedrich- und Fesselstraße, und bösartigweise wurde die Wehr nach der Untenstraße Ecke Rappental alarmiert. Der Täter ist jedoch abermals unerkannt entkommen. Außerdem hatte die Feuer-wehr noch an verschiedenen anderen Stellen zu tun. Wegen eines Feuers wurde die 4. Kompanie der Berliner Feuerwehre am Montagmittag nach der Chausseestr. 49, gegenüber der Markfäher-Asierne, alarmiert. Dort stand auf dem Hofe eine Werkstatt der Goldleistenfabrik von Ruhmann in Flammen. Die Feuerwehre griff sofort mit mehreren Schlauchleitungen das Feuer wirksam an, und es gelang, alle übrigen Betriebe und die an-grenzenden Wohnräume zu schütten. Der Schaden soll durch Ver-sicherung gedeckt sein.

Vorort-Nachrichten.

Der Armenetat

hat infolge der allgemeinen Teuerung in den letzten Jahren in Charlottenburg erheblich erhöht werden müssen. Der Grund dafür ist wie auch im Verwaltungsberichte gesagt wird, daß gerade in Charlottenburg die Mietpreise für kleine Wohnungen und die Kosten für die notwendigen Lebensbedürfnisse eine Höhe erreicht haben, wie kaum in einer anderen Stadt. Daher kommt es, daß trotz der höheren Unterstützung- und Verpflegungssätze die Armen in Char-lottenburg doch nicht mehr erhalten, als in anderen Städten, nämlich nicht mehr als das unbedingt Notwendige.

Allerdings ist die Fürsorge der Stadt Charlottenburg in den letzten Jahren auch in erhöhtem Maße auf einige Arbeitsgebiete ausgedehnt worden; so stieg die Zahl der in Waisenpflege genom-menen Kinder auf 1519 gegen 1392 im Vorjahre. Erhöht wird der allgemeine Koststand auch durch die gesteigerte Arbeitslosigkeit. Hauptsächlich infolge dieser Steigerung ist die Zahl der Unterstützungs-gesuche auf 14 553 gegen 13 814 im Vorjahre gestiegen. Der Armen-etat ist infolgedessen weit mehr gewachsen als die Bevölkerung. Diese wuchs im letzten Jahre um 6,8 Proz., der Armenetat wuchs aber einseitlich der Erstattungen an andere Armenverbände und abzüglich der von solchen erstatteten Beträge auf 1 060 122 M. gegen 1 422 738 im Vorjahre, also um 287 884 M. Dieser Mehraufwand verteilt sich mit etwa 50 000 M. auf bare Unterstützung, 22 000 M. auf Pflegegelder, 2 100 M. auf Kleidung, mit 15 000 M. auf die Fürsorge für Geistesranke, Elende, Krüppel, 14 000 M. auf das städtische Bürgerhaus, 77 000 M. auf Erstattungen an den Kranken-haushalt für auf Armenlosen verpflegte Personen, 24 000 M. auf Erstattungen an auswärtige Armenverbände und 40 000 M. Auf-wendungen für Verpflegung in Heilanstalten der verschiedensten Art.

Das städtische Obdach war 1909 erst zwei Monate im Betriebe, daher die bedeutenden Mehrkosten in 1910.

Der Mehraufwand bei den Barunterstützungen entstand zum wesentlichen Teile durch die erhöhten Zuschüsse zu Mietzahlungen bei kleinen Wohnungen. Während im Jahre 1909 der Durchschnitts-Preis einer Einzimmerwohnung pro Monat 24,58 M. betrug, erhöhte er sich 1910 auf 25,51 M.

Die Zahl der in städtischer Kostpflege genommenen Waisenkin-der hat, wie schon erwähnt, 1910 sehr stark zugenommen. Es wurden im ganzen 1519 Kinder verpflegt, von denen nur 347 im Laufe des Jahres wieder ausschieden. 1064, etwa 70 Proz., von ihnen waren vom Generalvormunde überwiesene uneheliche Kinder, dessen Be-zugnis von der Deputation für Waisenpflege im Laufe des Jahres dahin erweitert wurde, daß er, wo es ihm notwendig schien, jedes seiner Mängel für Rechnung der Stadt in eine städtisch beauftragte Pflegefamilie in Charlottenburg oder auswärts unterbringen konnte.

Diese Kinder stehen, soweit sie noch unter zwei Jahren sind, seit dem 1. Juli 1910 unter der besonderen Sorge und Aufsicht der Säuglingsfürsorgeämtern, damit in Charlottenburg von unehelichen Kindern nicht länger doppelt so viele im ersten Lebensjahre sterben als von ehelichen.

Außer den Erstattungen von auswärtigen Armenverbänden, Krankenkassen und Berufsvereinigungen im Gesamtbetrage von 286 394 M., verschiedenen Posten von geschenktem Verbrauchsmaterialien erhielt die Armenverwaltung auch bare Beschenke von 17 Bekehrten im Gesamtbetrage von 8205,60 M. (darunter 50 M. von der Kaiserin). Auch sind im vorigen Jahre einige ziemlich bedeutende Vermächtnisse und Stiftungen zugunsten Charlottenburger Hilfsbedürftiger gemacht worden. Es dauert aber meist länger als ein Jahr, ehe die nach-gesuchte königliche Genehmigung zur Annahme dieser Erbchaften erfolgt.

Wilmersdorf-Halensee.

Legitimationsarten zu den Reichstagswahlen. Wie anderwärts, so hatten auch in Wilmersdorf die sozialdemokratischen Stadterordneten beantragt, daß der Magistrat ersucht werden möge, in der Weise, wie es bereits zu den Stadterordnetenwahlen geschieht, den Wählern auch zu den Reichstagswahlen Legitimationsarten mit An-gabe ihrer Listennummer und des Wahllokals zu-zustellen. Der auch von bürgerlichen Stadterordneten unter-zeichnete Antrag sollte in der am Mittwochabend 6 Uhr in der Aula der Victoria-Pais-Schule stattfindenden Sitzung der Stadterordnetenversammlung zur Beratung gestellt werden. In-zwischen ist der Magistrat aber diesem Antrage zuge-zogen. Er hat nämlich an die Stadterordnetenversammlung ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Der Stadterordnetenversammlung teilen wir ergebenst mit, daß beabsichtigt wird, gelegentlich der voraussichtlich am 12. Januar 1912 stattfindenden Reichstagswahl an die in der Wählerliste verzeichneten Reichstagswähler eine amtliche Wahl-karte zur Ausgabe zu bringen, wie dies bereits anlässlich früherer Reichstagswahlen geschehen ist. Die Wahlkarte, welche u. a. die Nummer der Wählerliste und das Wahllokal enthalten wird, soll den Zweck haben, ein leichtes Auffinden der Wähler in der Wählerliste zu ermöglichen und dadurch eine schnellere Abfertigung der Wähler herbeizuführen; sie soll zugleich den Wählern als Legitimation dienen. Die entstehenden Kosten, die bei einfacher Wahl etwa 1400 Mark betragen werden, sollen aus den entsprechenden Etatsstellen entnommen werden.“

Wir geben das Schreiben im Wortlaut wieder, damit unsere parteigenösslichen Gemeindevorordneten dort, wo die Angelegenheit noch der Entscheidung harret, bei etwa entstehenden Schwierig-keiten sich auf die verständige Haltung des Wilmersdorfer Magistrats beziehen können. Durch das Schreiben ist der vorhin erwähnte An-trag unserer Parteigenossen natürlich erledigt. Am nächsten Mittwoch wird die Stadterordneten-Versammlung weiter die am 20. November von uns erteilte Magistratsvorlage über die Genehmigung des Vertrages mit dem Kreise Tellow, die Auflösung der Krankenhausgemeinschaft be-ziehend, zu erledigen haben.

Friedenau.

Die Kavalserie um die Platzfrage für das neue Rathaus, die schon in der vorletzten Sitzung zu widerlichen Exentzen zwischen den bürgerlichen Herren führte, nahm in der Donnerstagsitzung ihren Fortgang. Der Antrag des Gemeindevorstandes, eine Kommission zur Beschaffung von Rathhäusern in anderen Städten zu wählen, gab den erwünschten Anlaß, eine Komödie aufzuführen, wie sie wüßelos nicht gedacht werden kann. Der erwähnte Antrag ver-langte, daß der um drei Mitglieder (zwei Gemeindevorleiter und einen Schöffen) verhärtete Vorausschuß diese Kommission bilden sollte. Die Herren Gerken, Schulz u. w. spielten hierbei wieder eine komische Rolle. Erst verlangten sie nämlich, daß ihnen, als Gegner des jetzigen Projektes, diese drei Sitze eingeräumt würden; sie schlugen hierzu den Herrn Schöffen Wache, und die Herren Ge-meindevorleiter Gerken und Schulz vor. Die beiden letzteren hatten sich vorher zur Annahme der Wahl bereit erklärt. Als Herr Wache nun erklärte, daß er nicht annahme, rief Herr Gerken, wie man das in einer Kleinfinderschule öfter findet: „Ja, meine Herren, wenn Herr Wache nicht annimmt, nehmen wir auch nicht an!“ An-statt nun weitere Vorschläge entgegenzunehmen und darüber ab-stimmen zu lassen, überließ der Bürgermeister ganz die Handhabung der Geschäfte den schon vorher erwähnten Herren, die es fertig brachten, den Antrag dreimal anzunehmen, ihn wieder aufzuheben und zuletzt ganz abzulehnen. Wahrscheinlich ein Schauspiel, wie es nur unter den Erwählten eines elenden Dreiklassenwahlrechts mög-lich ist. Auf Antrag des Gemeindevorstandes wurde beschlossen, die circa 10 000 Wahlberechtigten zum Reichstag mittels Postkarte zur

Wahl einzuladen. Im Dezember 1910 hat die Vorverwaltung des Schlosses, die Arbeitszeit der Arbeiter der Gärten- und Friedhof-verwaltung im Sommer auf 10 und im Winter auf 8 Stunden festzusetzen. Da die hier in Frage kommenden Gärtnern und Hilfs-arbeiter Stundenlöhne beziehen, ging ihnen im Winter, wo die Ausgaben im Haushalt steigen, täglich ein Stundenverdienst ver-loren. Sie petitionierten deshalb um Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden mit entsprechender Erhöhung des Lohnes. Bemerk-t sei hier noch, daß gelehrte Gärtnern mit 42 Pf. Stundenverdienst eingestellt werden, während der Höchsterdienst selten 55 Pf. er-reicht. Genosse Richter, sowie der Bürgerliche Hausstein traten ent-schieden für die beschriebenen Forderungen der Arbeiter ein. Doch muß geschah das Unglaubliche! Auf Antrag des Gemeindevorstandes wurde beschlossen, die Arbeitszeit für Sommer und Winter auf 10 Stunden zu verlängern. Nur um den Stundenlohn nicht zu erhöhen, wagt man einen Schritt, wie ihn selbst der ärgste Schars-macher in einem Privatbetriebe nicht durchführen würde. Daß zur Veranlassung der Tagesordnung stehende Ordinalstatut über die Sonntagruhe im Handelsgewerbe erluderte der Gemeindevorstand zu vertragen, da man erst abwarten wolle, bis Steglitz dazu Stellung genommen habe. Genosse Richter protestierte energisch gegen diesen Vorschlag; er bezeichnete es als lächerliches Verlecken, weil in Steglitz die Angelegenheit mit genau denselben Vorwänden unter Zugunahme auf Friedenau verschleppt werden könne. Die Sache wurde, da es sich nur um die Interessen von Angestellten und Arbeitern handelte, natürlich vertagt. Der nächste Punkt zeigte die Herren wieder auf der Höhe. Zur Auffrischung des sogenannten patriotischen Empfindens wurden für die nächste Geburtsstagsfeier des Kaisers II. 400 M. bewilligt.

Niedorf.

Einen seltenen Fund machten vorgestern vormittag die Straßen-reiniger in der Thomaststraße. Sie fanden dort einen blutigen Finger, den sie zur Polizei brachten. Die Mitteilung von der Auf-indung des Fingers gab in der Thomaststraße zu den wildesten Gerüchten Anlaß. Die Polizei ermittelte aber bald, daß der Finger einem Arbeiter Felix Kühn aus der Hernemannstraße gehörte. Dieser ist in der Fabrik für Ofentüren und Bratpfannen von Otto Schiffer in der Bodestraße am vergangenen Sonnabend mit der Hand in das Getriebe einer Maschine geraten. Hierbei wurde ihm der Mittel-finger vollständig abgerissen. Der Verunglückte begab sich mit anderen Arbeitern, die den abgerissenen Finger in Papier gewickelt hatten und bei sich trugen, nach der Infirmität XII in der Stein-meystraße. Auf dem Wege dorthin verloren sie dann den Finger und konnten ihn trotz eifrigsten Suchens auch nicht wiederfinden. Kühn wurde auf der Infirmität verbunden und dann nach dem Krankenhaus in Budow gebracht.

Steglitz-Friedenau.

Eine kinematographische Märchenaufführung für Kinder findet morgen, Mittwoch, den 13. Dezember, nachmittags pünktlich 3 Uhr beginnend, im „Reinischloß“ in Friedenau, Rheinstr. 80, statt. Ein-trittsarten für Kinder 10 Pf. und für Erwachsene 20 Pf. sind nur an der Kasse zu haben. Der Bildungsausschuß.

Brix.

Aus Anlaß der letzten Gemeindevertretung, die sich mit einigen wichtigen, die hiesige Bevölkerung interessierenden Be-ratungsgegenständen beschäftigte, hatten sich zahlreiche Orts-bewohner im Hörsaalraum des Sitzungssaales eingefunden. Ob-wohl der Raum noch für mehrere Personen Platz geboten hätte, soll, wie uns mitgeteilt wird, der Gemeindevorstand einige Einlässe begehrende abgewiesen haben, weil der Hörsaalraum besetzt sei. Da der Beamte hierzu kein Recht hat, wäre es erwünscht, wenn es vom Gemeindevorstand auf das Unzulässige seines Vorgehens auf-merksam gemacht würde. Zur Teilnahme an öffentlichen Sitzungen ist jeder Einwohner berechtigt, soweit es die Verhältnisse des hierfür zur Verfügung stehenden Raumes gestatten.

Ober-Schönewalde.

Einschränkung der Sonntagarbeit. Der am Dienstag zu-sammentretenenden Gemeindevertretung ist der Entwurf eines Orts-Statuts zugegangen, welches eine Herabsetzung der Beschäftigungs-dauer der Angestellten in offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes vorsieht. Im Gegensatz zu den geltenden Vorschriften, nach denen am Sonntag die Beschäftigung bis 9 1/2 und von 11 1/2 bis 2 Uhr gestatte war, sollen nach der neuen Bestimmung in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September die Angestellten nur von 8 bis 10 und von 1. Oktober bis 30. April nur von 12 bis 2 Uhr beschäftigt werden dürfen. Die Neuregelung soll auf den Handel mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln, sowie auf den Handel mit Blumen keine Anwendung finden. Bei den Beteiligten hat hierüber eine Umfrage stattgefunden.

Herzfelde.

Durch niederdringende Temperaturen erheblich verlegt wurde am Sonntag ein auf der hiesigen Lehnquitzstraße an der Wöll-strasse im Loubach beschäftigter polnischer Arbeiter. Derselbe dürfte auf längere Zeit arbeitsunfähig sein.

Die Notiz am Sonnabend: „Tödtlich verlegt“ enthält einen Irrtum. Nicht der Arbeiter Houhe hat den Arbeiter Barth tödlich verlegt, sondern Barth den Houhe. Letzterer ist demnach im Kranken-hause verstorben.

Reinickendorf.

Der Kartoffelverkauf, den die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung auf Antrag unserer Genossen beschlossen, findet nunmehr am kommenden Mittwoch und Donnerstag auf dem Güterbahnhof Reinickendorf-Dorf an der Groß-Rödem-Allee statt. Es werden Mengen von nicht über 3 Zentner und nicht unter 10 Pfund abgegeben. Der Preis stellt sich auf 3,50 M. pro Zentner. Der Verkauf erfolgt nur an solche ortsbefugte Familien, deren Haushaltungsvorstand nicht mehr als 1800 M. im Jahre verdient. Doch kann in geeigneten Fällen (große Familie usw.) von dieser Bestimmung abgesehen werden.

Pankow.

Im Holzschlößchen ist aufgefunden wurde am Sonntag früh der in der Tonwarenfabrik Kaiser Friedrich-Straße beschäftigte Arbeiter Gustav Krüger. Es wird vermutet, daß Kr., der im 4. Stock beschäftigt war, den Holzschlößchen wolle. In der Meinung, der Holzschlößchen befände sich vor ihm, müßte er einen Schritt zu weit ge-gangen und so in den Schacht gestürzt sein. Später fand man Krüger schwer verletzt und blutend, tot im Keller neben dem Holz-schlößchen liegend auf. Soweit die uns gemachte Mitteilung. Sache der Untersuchung wird es sein, festzustellen, ob das Unfälle durch eine Anordnung des Betriebsführers oder durch ein Versehen des tödlich Verunglückten herbeigeführt worden ist.

Berliner Arbeiter-Verein.

- Osten I: jeden Donnerstag 4,9 Uhr bei Ost, Rädermacher Str. 50.
- II: jeden Donnerstag 4,9 Uhr bei Rode, Or. Frankfurt Str. 52.
- Sachsen: jeden Donnerstag 4,9 Uhr bei Meyer, Dramatick 103.
- Sachsen: jeden Freitag 4,9 Uhr bei Wähler, Rottschab 17, 1. Hofsteine 13.
- Norden I: jeden Freitag 4,9 Uhr bei Reck, Wagner 13b.
- II: jeden Freitag 4,9 Uhr bei Reck, Wagner 13b.
- III: jeden Donnerstag 4,9 Uhr bei Reck, Wagner 13b.
- IV: jeden Donnerstag 4,9 Uhr bei Reck, Wagner 13b.
- V: jeden Freitag 4,9 Uhr bei Reck, Wagner 13b.
- Nordwest I: jeden Freitag, abends 4,9 Uhr bei Rumpff, 10.
- II: jeden Donnerstag, abds 4,9 Uhr bei Rumpff, 10.
- Nordost I: jeden Freitag 4,9 Uhr bei Brandt, 19.
- II: jeden Donnerstag 4,9 Uhr bei Bormann, Hermannstr. 75.
- III: jeden Freitag 4,9 Uhr bei Brandt, 19.
- Nachtag: jeden Freitag 4,9 Uhr bei Brandt, 19.
- Südost: jeden Donnerstag 4,9 Uhr bei Brandt, 19.
- Charlottenburg: jeden Freitag 4,9 Uhr bei Brandt, 19.
- Ober-Schönewalde: jeden Freitag 4,9 Uhr bei Brandt, 19.

Aus aller Welt.

Die Grubenkatastrophe in Nordamerika.

Ueber die Opfer des schrecklichen Grubenunglücks in Knogville liegen auch heute noch sehr widersprechende Zahlen vor. Nach einer Meldung sollen 207 Bergleute in dem Kohlen-schacht eingeschlossen sein, während eine andere Nachricht von 100 Opfern der Explosion spricht. Vor dem Eingang zur Grube spielen sich furchtbare Szenen ab. Scharen von Frauen und Kindern drängen sich um die Schächte, ein jeder hat in der Anglistende einen teuren Auserwählten, der vorausichtlich als Toter zu beklagen ist. Denn die Hoffnung auf Rettung der Eingeschlossenen ist gering. Bald nach Beginn der Vergungsaktion mußte die Arbeit eingestellt werden, den Rettern schlugen die hellen Flammen entgegen. Rauchwolken, die aus verschiedenen Schächten der Grube dringen, reden eine deutliche Sprache: die Grube brennt. Es ist daher zu fürchten, daß die Ueberlebenden der Katastrophe den giftigen Rauchschwaden zum Opfer fallen.

Eine furchtbare Anklage gegen die Sicherheit in den Gruben liegt in der Tatsache, daß am Tage vor der Kohlenstaubexplosion die Grube revidiert wurde; natürlich war alles „in bester Ordnung“. Wenige Stunden später ereignete sich die furchtbare Explosion, die bei gewissenhafter Revision sicherlich vermieden werden konnte.

Ermordung eines Soldaten.

In der Sonntagsnacht geriet der Hodoist Raasch vom 180. Infanterie-Regiment in Mex mit Alex Samain, dem Vorstehenden der schilleren Sorrairie Sportive, in der Römerstraße in Straßburg. Einer der vier Gefährten Samains ging von hinten an den Hodoisten heran, hielt ihm einen Revolver hinter das Ohr und schoss ab. Die Kugel drang dem Manne durch das Gehirn und führte nach wenigen Minuten den Tod herbei. Samain und sein Bruder wurden verhaftet.

Im Laufe des Montags sind auch die übrigen drei an dem Streik mit dem Hodoisten Raasch Beteiligten verhaftet und ebenso wie die Brüder Samain, in Untersuchungshaft genommen worden. Einer von ihnen, namens Martin, gibt zu, geschossen zu haben, will aber in die Luft gefeuert haben.

Wolflauer Klosterleben.

Nachdem Demakern erscheinen die Klosterbrüder als Menschen, die im Geruche besonderer Heiligkeit stehen und ihre Zeit mit Selbstleistungen und Vorbereitung auf die himmlische Seligkeit verbringen.

Was es heißt, daß manchmal auch die klügsten Klostermänner den Teufel Vitru nicht abhalten, daß Frömmigkeit und Fleißeslust sich zu schönster Harmonie verbinden. So macht ein Wolflauer Mutt jetzt Enthaltungen über das Spazillaster in Wolflau, wonach die Klosterräume mehr an ein Freudenhaus als an eine Stätte der Tugend und Selbstüberwindung erinnern. Nach dem Blatte haben 66 Hauswirte gegen den Prior des Klosters Klage beim heiligen Synod eingereicht, weil ihre Frauen und Töchter im Kloster verführt worden sind. Ähnlich sind in den Klosterräumen wüste Orgien gefeiert worden, wozu der weibliche Teil vom Prior und seinen Spießgesellen unter religiösen Vorwänden herbeigelockt wurde. Während man die Tage mit frommen Gebetsübungen verbrachte, sorgte man nachts nach besten Kräften für das Wohl des Leibes und der Sinne. In lustiger Tafelrunde wurde gezecht, gesungen und der Göttin Venus reichlicher Tribut gezollt.

Bombenexplosion in einem Kineoheater.

Ein Bombenattentat wurde am Sonntag in einem Kineotheater in Lüttich von einem Unbekannten verübt. Während der Vorstellung, die von etwa tausend Personen, meist Arbeiter mit ihren Frauen, besucht war, explodierte unter einer Bank eine mit Sprengstoffen gefüllte Bombe, die mehrere Personen verletzte. Die durch die Explosion hervorgerufene Panik war außerordentlich. Alles stürzte den Ausgängen zu, Frauen und Kinder wurden dabei zu Boden gerissen und durch Fußtritte erheblich verletzt. Im ganzen trugen über vierzig Personen Verletzungen davon. Acht von ihnen sind schwer verwundet, einigen müssen Arme oder Beine amputiert werden. Die Behörden glauben, daß es sich bei dem Attentat um das Werk eines entlassenen Angestellten des Theaters handelt.

Ein Radikalmittel.

In Pollanten, einem Orte der frommen Oberpfalz, gingen die Wogen der Gemeindevorbereitung hoch; es bestand die Gefahr, daß der Unglaube triumphieren und die „gute Sach“ unterliegen würde. Alle wahrhaft Frommen waren darob tiefbekümmert. Aber der Herr Pfarrer wachte, wie immer, Rat. Er beauftragte die Kinder in der Schule, täglich sechs Vaterunser zu beten, damit aus der Bürgermeisterei ein Mann hervorgehe, der dem Geiste des Herrn erfüllt sei. Und es half! Der Bürgermeister, wie alle anderen Gewählten, sind heute, die der Geist des Herrn fest beim Zügel hat. Das Mittel ist probat und wird vielleicht bei den kommenden großen Wahlen allgemeinere Anwendung finden, sonst geht es schließlich dem Zentrum schlecht.

Edisons neueste Erfindung.

Walter Thomas Edison, dem es bereits vor einigen Monaten gelungen war, Häuser ganz aus Betonguß herzustellen, kündigt jetzt eine neue Erfindung an, wonach es ihm auch gelingen wird, Möbel aus Betonguß herzustellen. In der Ankündigung heißt es: Ich hoffe in einigen Monaten beweisen zu können, daß diese Möbel billig, haltbar und brauchbar sein werden und den Möbeln aus Holz nicht nachsehen. Der Preis eines Hauses mit Ausstattung, der sich gegenwärtig in Amerika auf 5500 Pfund Sterling beläuft, würde nach der neuen Methode nur noch 1250 Pfund Sterling betragen. Weiter hofft Edison, beweisen zu können, daß man die Einrichtung eines Schlafrumes für fünf Dollar liefern könne.

Die bürgerlichen Parteien des Reichstages scheinen die Erfindung vorausgeahnt zu haben. Dem bekanntlich ist in der Reichsversicherungsordnung eine Wassenaussteuer für Kinder versicherungspflichtiger Witwen vorgelesen, die 25% Warl beträgt. Bei der eventuellen Einführung der Betonguhmöbel kann es ja den glücklichen Empfängern der fürstlichen Wassenaussteuer an nichts fehlen.

Keine Notizen.

Der Schuttmann als Ausbrecher. Der seit Wahrung wegen sechs schwerer Einbrüche und anderer Verbrechen in Wilhelms-Hafen in Haft befindliche Schuttmann Glaub ist in der Sonntagsnacht ausgebrochen und entwichen.

Doppelmord im Hamburger Börsegebäude. Am Montagmorgen schossen sich während der Börsezeit auf der Galerie der Hamburger Börse zwei Damen, Mutter und Tochter, namens Rich, angeblich aus Düsseldorf, Schüsse in die Schläfe. Die Mutter ist tot, die Tochter schwer verletzt. Der Grund soll in dem Verlust ihres Vermögens zu suchen sein.

Opfer des Eisports. In Schöden (Provinz Bosen) brachen sechs Knaben beim Eislaufen auf der Weina ein; fünf von ihnen sind ertrunken.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1895. (S. 6. 7.) Heute abend 9 Uhr im Restaurant Adenstr. 18/19: Sitzung.

Marktblatt von Berlin am 9. Dezember 1911. nach Veröffentlichung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktblattpreise (Reinhandel), 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Kochen 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Linen 40,00—60,00. Kartoffeln 7,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Gemmefleisch 1,30—2,30. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,00—2,40. Hefe 1,20—2,30. Bänder 1,40—3,60. Rechte 1,20 bis 2,60. Vorkäse 1,00—2,00. Käse 1,40—3,20. Fleisch 0,50—1,40. 60 Stück Strebe 2,40—24,00.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 12. Dezember 1911.

Anfang 7 1/2 Uhr.

A. Opernhaus. Der Rosenkavalier. A. Schauspielhaus. Die Welt in der man sich langweilt. Deutsches Theater. Lucandol. Opernhaus. Die Schatzkammer. Neues Schauspielhaus. Die Schatzkammer.

Anfang 8 Uhr.

Artena. Fandertische 48/49. Durch die Tropenländer Java, Siam und Javone. Schauspielhaus. Die Schatzkammer. Neues Schauspielhaus. Die Schatzkammer.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Artena. Fandertische 48/49. Durch die Tropenländer Java, Siam und Javone. Schauspielhaus. Die Schatzkammer. Neues Schauspielhaus. Die Schatzkammer.

Anfang 9 Uhr.

Artena. Fandertische 48/49. Durch die Tropenländer Java, Siam und Javone. Schauspielhaus. Die Schatzkammer. Neues Schauspielhaus. Die Schatzkammer.

Anfang 9 1/2 Uhr.

Artena. Fandertische 48/49. Durch die Tropenländer Java, Siam und Javone. Schauspielhaus. Die Schatzkammer. Neues Schauspielhaus. Die Schatzkammer.

Anfang 10 Uhr.

Artena. Fandertische 48/49. Durch die Tropenländer Java, Siam und Javone. Schauspielhaus. Die Schatzkammer. Neues Schauspielhaus. Die Schatzkammer.

Anfang 10 1/2 Uhr.

Artena. Fandertische 48/49. Durch die Tropenländer Java, Siam und Javone. Schauspielhaus. Die Schatzkammer. Neues Schauspielhaus. Die Schatzkammer.

Anfang 11 Uhr.

Artena. Fandertische 48/49. Durch die Tropenländer Java, Siam und Javone. Schauspielhaus. Die Schatzkammer. Neues Schauspielhaus. Die Schatzkammer.

Anfang 11 1/2 Uhr.

Artena. Fandertische 48/49. Durch die Tropenländer Java, Siam und Javone. Schauspielhaus. Die Schatzkammer. Neues Schauspielhaus. Die Schatzkammer.

Schiller-Theater O. Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Die Wildente. Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Wildente. Donnerstag, abends 8 Uhr: Don Carlos.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr: Madame Sans-Gêne. Mittwoch, abends 8 Uhr: Maskerade. Donnerstag, abends 8 Uhr: Maskerade.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr: Das Mädchen von Montmartre. Erstaufführung: Fritz Masaryk. Sonntag, 9 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.

Theater des Westens.

8 Uhr: Fata Morgana. Mittwoch und Sonnabend nachm. 8 1/2 Uhr: Max und Moritz. Sonntag, 9 1/2 Uhr: Die Dame in Rot.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Klegander. Heute 8 Uhr: Ein Walzer von Chopin. Schwan in 3 Akten v. Léon d. Barré. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Walter Baedeker.

Union-Theater.

Abends 8 Uhr: Baronesse Claire. Belle-Alliance-Theater. 8 1/2 Uhr: Narrenspiel. Morg. nachm. 4 Uhr: Hagenbrüel. abend 8 1/2 Uhr: Narrenspiel.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Kaiserneulust. Mittwoch 4 Uhr: Das veränderte Schicksal. 8 Uhr: Die größte Liebe.

Metropol-Theater.

Die Nacht von Berlin! Große Jahresrevue in 7 Bildern von Paul Freund. Musik von S. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz. Anfang 8 Uhr. Rauschen gestallt.

Voigt-Theater.

Dienstag, den 12. Dezember 1911: Schauspiel im Moabit Wintergarten, früher Artsthal, Verlberger Str. 26. Von der Zensur freigegeben! Prinz und Bettlerin. Englisch-Parasiten-Drama in sechs Bildern von Siegf. B. Lub. Außeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

MIDGETS TOWN
— Die Hauptstadt im Lande der Lilliputaner. —
In sämtlichen Räumen von Castans Panoptikum
Große Zirkus- und Varieté-Vorstellung.
Täglich geöffnet von 10 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.
Eintritt 1 Mark.

Union-Theater
Heute Dienstag nachm. 3 Uhr
Gr. Weihnachts-Kinder-Vorstellung
im Union-Theater
Moritzplatz.
Riesen-Weihnachtsblume. Festprogramm. Präsent-Verteilung.

Roads Theater.
Direktion: Robert Hill.
Berlin N., Brunnensstraße 16.
Gastspiel in Eubers' Festsälen, Weihenstephan, Berliner Allee 211:
Giane, die weiße Frau.
Schauspiel in 6 Akten v. Blumenthal.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr: Schalek: Durch die Tropenländer Java, Siam und Javone. Hörsaal 8 Uhr Dr. Berndt: Abstammungsprobleme. Das Programm der Hörsaalvorträge im 1. Quartal 1912 ist erschienen und kostenlos erhältlich.

Passage-Theater.
Das große Festprogramm.
Der Triumph der Schönheit!
Lebende Kunstwerke
Claire Waldoff
Der tapfere Herr Ängstlich
Burlast-Sketch mit
Georg Kaiser u. W. Goldmann
in den Hauptrollen
und 12 Varieté-Sensationen.

Passage-Panoptikum.
Acht Wochen bei den
Feuerfressern
Täglich zu sehen! Lebend
Die wilden Essnas
Karawane sudanesischer
Schrei-, Heul- und Feuer-Fakire
in einem besonders auf-
gebauten Dorfe.
Ohne Extra-Entree.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Gastspiel
Robert
Stödl.
Weihnachts
Programm.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Zirkus A. Schumann
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Geschwister Weise
Die Hiesiger. Hier noch nie
gesehene Original-Tricks.
5 Affen am fliegenden Trapez.
Les Briatores
fr. Dora Schumann.
Außerdem
sämtliche Attraktionen
und die große Poesie
in 5 Bildern
1000 Jahre
auf dem Meeresgrund
nach Motiven aus 1001 Nacht.

Casino-Theater
Lohninger Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Neuheit! Neuheit!
Das Sensations-Lustspiel
Der Kampf ums Dasein!
Sonntag 3 1/2 Uhr: Die Tochter
des Sträflings.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Mandelblüths Volkerabend.
Losgelassen.
Waffenübung.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Fräulein.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Von 10 Uhr an geöffnet.
Nachmittags: Militär-Konzert.
Um 5 1/2 Uhr:
Das Weihnachtsmärchen
Schneewittchen
Abends 8 Uhr:
Das prachtvolle Eishallott:
Alpenzauber
Die kleine Charlotte
Apachenkino — Pushballspiel.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
an halbes Preis.
Restaurant ersten Ranges.

Volks-Theater.
Rigold, Hermannstr. 20.
Sonntag, 17. Dezember: Der Hund
von Passerbille, Diebstahlsomödie
in 5 Akten von H. Sachse.
Montag, 18. Dezember: Geschlossen.
Für den Jubel der Quirare
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Zirkus Busch
Sonntag, 2. Dezbr., 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Fortsetzung des Karl Hagon-
beckeschen Gastspiels der
Menschen-Affen
Max und Moritz.
Hektor und Lolette,
Equilibristen.
Norman Tolma,
der mysteriöse Billardspieler.
Um 9 1/2 Uhr zum 62. Male:
Origin.-
Aus-
stattungs-
stück des
Zirkus
Busch
in
5 Bildern.

Apollo Theater
Abends ab 8 Uhr.
Ein sensationeller Erfolg
der großen Attraktionen mit
Harry Walden
in 1. Bandrolle: Der Brettlknig.

Herrnfeld Theater
Noch nie dagewesener Lacherfolg!
Das Kind der Firma
mit Anton und Donat Herrnfeld in den
Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—8 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Ecke Dolgmarkt u. Wiegandstraße
vom 1. bis 16. Dezember:
„Familie Müller“
großes Volksstück in zwei Bildern
und das reichhaltige
Spezialitäten-Programm.

